

ersch. täglich außer Montag, Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer mit Nachr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 4,70 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Lungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark 50 Pf. Sonntags-Beilage für 1892 unter Nr. 4022

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeitspaltel oder deren Raum 20 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 2 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Ernst Bruns, Nr. 19, Benth-Str.

XX 500

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Str. 2.

Sonnabend, den 1. Oktober 1892.

Expedition: SW. 19, Benth-Str. 3.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Oktober eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts“
Berliner Volksblatt
mit der illustrierten Sonntagsbeilage
„Neue Welt“.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expediteure, sowie unsere Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus,
wöchentlich 28 Pfennige.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

3,30 Mark für das 4. Quartal

entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1892 unter Nr. 6652.)

Neu hinzutretenden Abonnenten wird der bisher erschienenen Theil des Romanes

„Die Waffen nieder!“

Eine Lebensgeschichte von Bertha von Suttner, auf Verlangen gratis nachgeliefert, worauf wir noch besonders aufmerksam machen.

Die Redaktion und Expedition des
„Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Steuerpolitisches.

Wie die Alten sungen, so zwitschern die Jungen, heißt es im Sprichwort, und in der Politik kann man denselben Satz so ausdrücken: wie die Minister pfeifen, so tanzen die Bürgermeister. In der „neuen Aera“ indirekter Steuerpolitik wenigstens, mit welcher das arbeitende Volk jetzt beglückt werden soll, wetzeln die Gewaltigen im Staat und in den Städten beinahe miteinander, wer das vollständigste System von Verbrauchsteuern erfinden kann, unter welchem den breiten Massen jeder Pfennig und jeder Schilling vertheuert wird. Noch pfeifen es nur die Späher von den Dächern, daß im Reich neue gewaltige indirekte Steuern eingeführt werden sollen, und schon wandeln die kleinen bürgerlichen Machthaber in den Gemeinden geschick mit verdoppeltem Eifer dieselben volksbeglückenden Pläne.

Man kann aus den letzten Wochen eine ganze Reihe von Thatfachen zusammenstellen, die beweisen, daß der Eifer städtischer Machthaber in der Auspressung des Volkes für

die Gemeindefinanzen in erhöhtem Grade erwacht ist. Voran marschirt die Eingabe einer Reihe rheinischer Oberbürgermeister, die beim preussischen Finanzminister die Erlaubniß für hohe Bier-, Wein-, Branntwein- und Fleischaufläge an den Thoren ihrer Städte erwirken möchten. Nach allen Vorkommnissen in Rheinland-Westfalen, bei denen eine systematische Betrügerei der Städte durch die reichen Besitzenden gerade in Sachen der Steuern festgestellt worden ist, gehört wirklich eine ziemliche Portion Muth dazu, zur Revanche an eine Mehrbelastung der unteren Volksschichten zu denken. Aber der Muth nach unten hat den städtischen Behörden in Deutschland immer viel weniger gefehlt, als der Muth nach oben. Da die ungerechte Miethsteuer doch noch so eine große Rolle in den Finanzen der Städte spielt, auch derjenige, welche von sehr „reisinnigen“ Leuten regiert werden, so konnt es schließlich auf eine neue Preßre, die man dem schmalen Geldbeutel des Arbeiters anlegt, nicht an. Also hohe städtische Auflagen auf Bier und Branntwein — so ruft die rheinischen Bürgermeister, und sie haben damit sicher manches schmerzliche Echo in der Brust der Stadtväter anderer Orte erweckt. Wie der Proletariat schließlich seine Nahrung noch zusammenfressen soll, wenn ihm auch Bier und Branntwein noch unerwünscht gemacht und seine elende Wurst kräftig durch einen Preisaufschlag gewürzt wird, das kümmert die hochwürdigen Herren nicht. Und der preussische Finanzminister hat die rheinischen Bürgermeister in seiner Antwort sehr kollegialisch behandelt. Die Bier- und Branntwein-Krise läßt sich zwar noch nicht gleich wahren, aber gegen eine Schlachtsteuer, welche die mageren Fleischbissen der Arbeiter recht „kostbar“ macht, hat Herr Miquel in seiner bekannten Arbeiterfreundlichkeit gar nichts einzuwenden, zu dieser Erfindung wünscht er seinen früheren Kollegen ordentlich Glück. Und die Stadtväter aller Orten haben wie gesagt ein feines Verständnis für solche steuerpolitische Fingerzeige. Obgleich die Antwort Miquel's direkt nur für rheinische Städteverwaltungen bestimmt war, wurde sein Wink auch anderwärts beherzigt. In der letzten Sitzung der Potsdamer Stadtverordneten-Versammlung wurde die Forthebung der Schlachtsteuer als Kommunalsteuer auf weitere drei Jahre beschlossen. Die Fleischsteuerung hatte an den Finanzminister ein Gesuch gerichtet, in welchem sie ersuchte, der Stadt Potsdam die Befugniß zur Erhebung der Schlachtsteuer vom 1. April l. J. ab zu entziehen. Begründet wurde dieses Gesuch damit, daß die Schlächter mit den Berlinern und den in der Umgegend gar nicht konkurriren könnten und daß sie genehmigen wären, da die Versteuerung des Fleisches nach Stückzahl des Viehes geschehe, nicht die schwerste Waare an Vieh zu kaufen, zu welcher der kleine Fleischer nicht die notwendigen Mittel habe. Der Potsdamer Magistrat trat diesen Ausführungen gegenüber democh für Beibehaltung der Schlachtsteuer ein, weil dieselbe einen wesentlichen Faktor des städtischen Finanzplans bilde und beispielsweise im verfloßenen Etatsjahr 210 000 M. eingebracht habe, ein Betrag, der auf eine

andere Weise nicht annähernd gedeckt werden könne. Ein schönes Eingeständniß! Weil die ungerechten Verbrauchssteuern in der Hauptsache die breite, beschloße Masse der Bevölkerung treffen und das Geld der armen Leute zu Hunderttausenden in die städtische Kasse lenken, kann man die Auflage „nicht entbehren“. Man will sie also beibehalten, gerade weil die armen Leute bluten müssen! Und so ließen sich die Beispiele aus anderen Städten, z. B. aus Spandau, wo man den ohnehin mit der Noth kämpfenden Kleingewerbetreibenden das städtische Gas nochmals vertheuern will, beliebig häufen. Das Angeführte genügt wohl für heute. Nebenbei zeigt es, wie wichtig es ist, daß die Genossen überall für die Vertretung unserer Partei in den Stadtverordneten-Körpern durch unermüdbliche Betheiligung an den Wahlen sorgen.

Vertheuerung des Lebensunterhalts und der Erwerbsmittel für die arbeitenden Klassen in Reich, Staat und Stadt, das ist also die Parole, die jetzt wieder besonders laut von den Machthabern und Besitzenden ausgegeben wird. Unsere Partei wird sich zu rüsten haben, daß sie auch hiergegen allerorten mit aller Macht Stellung nimmt. Sie wird sich dadurch ungezählte neue Sympathien in den Kreisen erwerben, die ihr noch fernstehen. Und auch für die Kräftigung des Widerstandes, den wir allen Vertheuerungsplänen entgegenzusetzen müssen, gewinnen wir reichen Vortheil, wenn wir uns an den kommunalen Kämpfen betheiligen. Durch die Kritik der bürgerlichen Wirtschaft in der Gemeindeverwaltung lernen wir immer Neues für den Streit in Staat und Reich. Unsere Steuerpolitik ergiebt sich dann in klassischer Einfachheit aus dem Grundsatz der Gerechtigkeit: die Lasten für die Reichen, den Armen Erleichterung, wo sie nur geboten werden kann!

Marseille und die bürgerliche Demokratie.

In einem bürgerlichen Blatte, das über den Marceller Kongreß lehrte, liest man u. a.:

Wenn die französischen Sozialisten dem deutschen Sozialisten Liebknecht den Bruderkuß gaben und auf das „arbeitende Deutschland“ — es wird verhältnismäßig nur wenige Deutsche geben, die nicht arbeiten — ein Hoch ausbrachten, so liegt der Grund zu dieser großen Freundschaft für jeden Kenner auf der Hand: nicht echt brüderliche Gesinnung hat bei den meisten Sozialisten dieses Verhalten diktiert, sondern wohl die stille Hoffnung, daß die deutsche Sozialdemokratie einen Riß in das gehasste Deutsche Reich macht, an dem dieses selbst zu Grunde geht. Daß die internationale Gesinnung der französischen Sozialisten nicht durchaus zweifellos ist, das geht klar aus den Vorgängen hervor, die sich in der letzten Zeit an der französisch-belgischen Grenze abspielten und immer noch keinen befriedigenden Abschluß gefunden haben. Sie sind eine bezeichnende Illustration zu den auf dem Kongreß von Marseille gehaltenen Reden, und

Feuilleton.

Nachdruck verboten.)

335

Die Waffen nieder!

Eine Lebensgeschichte von Bertha von Suttner.

Viertes Buch.

1866.

Und so war es denn wieder da — dieses größte aller denkbaren Unglücks — und wurde von der Bevölkerung mit dem gewohnten Jubel begrüßt. Die Regimenter marschirten aus (wie würden sie wiederkehren?) und Sieges- und Segenswünsche und schreiende Gassenjungen gaben ihnen das Geleit.

Friedrich war schon vor einiger Zeit nach Böhmen beordert worden — noch ehe der Krieg erklärt war und gerade als die Dinge so standen, daß ich zuversichtlich hoffen konnte, der unselbige, so geringfügige Herzogthümerstreit werde sich gütlich beilegen. Diesmal also war mir das herzzerreißende Abschiedsdrama erspart geblieben, welches dem direkten „In den Krieg ziehen“ des Geliebten vorausgeht. Als mir mein Vater triumphirend die Nachricht brachte: „Jetzt geht's los“, war ich schon seit vierzehn Tagen allein. Und seit letzter Zeit war ich auf diese Nachricht schon gefaßt gewesen — wie ein Verbrecher in seiner Zelle auf Verlesung des Todesurtheils gefaßt ist.

Ich beugte den Kopf und sagte nichts.

„Sei guten Muth's, Kind. Der Krieg wird nicht lang

dauern — über heut' und morgen sind wir in Berlin. . . Und so wie er aus Schleswig-Holstein zurückgekommen, so wird Dein Mann auch aus diesem Feldzug heimkehren, aber mit viel grünerem Vorbeer bedeckt. Unangenehm mag es ihm zwar sein, da er selbst preussischen Kampfmuth ist, gegen Preußen zu ziehen — aber seit er in österreichischen Diensten steht, ist er ja doch mit Leib und Seele einer von den unsern. . . Diese Preußen! Aus dem Bünd wollen sie uns hinauswerfen, die arroganten Windbeutel — das werden sie schon bereuen, wenn Sch.ien wieder unser ist, und wenn die Habsburger —

Ich streckte die Hände aus:

Vater — eine Bitte: laß mich jetzt allein.“

Er mochte glauben, daß ich das Bedürfnis fühlte, mich anzuhängen, und da er ein Feind aller Nährzinnen war, so willfahrte er bereitwilligst meinem Wunsch und ging.

Ich aber weinte nicht. Es war mir, als wäre ein betäubender Schlag auf meinen Kopf gefallen. Schwer athmend, starr blickend sah ich eine Zeit regungslos da. Dann ging ich zu meinem Schreibtisch, schlug die rothen Hefte auf und trug ein:

Das Todesurtheil ist gesprochen. Hunderttausend Menschen sollen hingerichtet werden. Ob Friedrich auch dabei ist? . . . Folglich auch ich. . . Wer bin ich, um nicht auch zu Grunde zu gehen, wie die anderen Hunderttausend? — Ich will! Ich will! schon tod.“

Von Friedrich erhielt ich am selben Tag einige stüchtig geschriebene Zeilen:

„Mein Weib! Sei muthig — hoch das Herz! Wir waren glücklich, das kann und Niemand nehmen, selbst wenn heute, wie für so viele andere, auch für uns das Dekret gefallen wäre: Es ist vorbei. Derselbe Gedanke, wie ich in meinen rothen Hefen: die vielen anderen

Verurtheilten.) Heute geht's dem „Feind“ entgegen. Vielleicht erkenne ich drüben ein paar Kampfgenossen von Düppel und Affen — vielleicht meinen kleinen Better Gottfried. . . Wir marschiren nach Liebenau mit der Königsgarde des Grafen Lam-Gallas. Von nun an giebt's zum Schreiben keine Zeit mehr. Erwarte Dir keine Briefe. Höchstens, wenn sich die Gelegenheit bietet, eine Zeile zum Zeichen, daß ich lebe. Vorher möchte ich noch ein einziges Wort finden, das meine ganze Liebe in sich faßt, um es Dir — falls es das letzte wäre — hier niederzuschreiben. Ich finde nur dieses „Martha!“ Du weißt, was mir das bedeutet.“

Konrad Althaus mochte auch anstücken. Er war voll Feuer und Kampfeslust und von genügendem Preussenhass besetzt, um gern hinauszuziehen; dennoch fiel ihm der Abschied schwer. Die Heirathsbewilligung war erst zwei Tage vor dem Marschbefehl eingetroffen. „O, Pili, Pili!“ sprach er schmerzlich, als er seiner Brant Leberwohl sagte, „warum hast Du so lang gezögert, mich zu nehmen? Wer weiß nun, ob ich wiederkomme!“

Meine arme Schwester war selbst von Neue erfüllt. Jetzt erst erwachte leidenschaftliche Liebe für den Langverschmähten. Als er fort war, sank sie weinend in meine Arme.

„O, warum habe ich nicht längst „ja“ gesagt! Jetzt wäre ich sein Weib.“

„Da wäre Dir der Abschied nur desto schmerzlicher geworden, meine arme Pili.“ Sie schüttelte den Kopf. Ich verstand wohl, was in ihrem Innern vorging — vielleicht klavert, als sie es selber verstand: sich trennen müssen bei noch ungefülltem — vielleicht ewig ungefülltem — Begehren; — den Becher von den Lippen weggerissen und müdglicher Weise

es begreift sich, daß von ihnen auf dem Kongress kein Sterbens-
wörtchen gesprochen wurde."

So zu lesen nicht in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“
oder in der „Kreuz-Zeitung“, sondern in der „Frankfurter
Zeitung“ (Nr. 74 vom 30. September). Nicht das erste Mal
ist das Organ der bürgerlichen Demokratie der französischen
Arbeiterbewegung in den Rücken gefallen, und nicht zum ersten
Male haben wir uns deshalb mit ihm auseinandergesetzt.

Wenn die „Frankfurter Zeitung“ sich an dem Ausdruck:
„arbeitendes Deutschland“ stößt, so begreifen wir diese Empfind-
samkeit eines Blattes, dessen Bedeutung als Organ der Börse und
des „läsen Handels“ von Niemand bezweifelt wird. Gewiß giebt
es „verhältnismäßig nur wenige Deutsche, die nicht arbeiten“, sie
„arbeiten“ alle, die Aktionäre, Rentiers, Jobber und Genossen.
Wenn man sich im politischen Teil der „Frankfurter Zeitung“
mouquirt über das „arbeitende Deutschland“ im Namen
jener edlen Schaar „Arbeiter“, und so bekannt aus
den Kämpfen in der Presse und im Parlament, in
Versammlungen und Flugchriften, so begreife man, daß auch
alles Politische nur ein Gleichniß. Die Helden des politischen
Theils schlagen sich für die Streikenden des Handelsstands.
Wenn der politische Teil ganze Bände schreibt über den Kurs-
wechsel, das Geheimnis wird offenbar in den Mysterien der
Handelszeitung, die allein schwört auf den Wechselkurs. Hier
sind Moses und die Propheten.

So beschuldigt die „Frankfurter Zeitung“ die französische
Sozialdemokratie, ihre internationale Gesinnung, die Erkenntnis
der proletarischen Zusammengehörigkeit sei Betrug und Possen-
spiel. Aber, bei allen Göttern der Olymp, gläubt denn die
„Frankfurter Zeitung“, die Klassenbewußten Arbeiter Frankreichs
seien aus demselben quammig-quabbigen Stoff geknetet, wie jene
Frankfurter und Stuttgarter Pantiers der
deutschen Volkspartei, die auf dem bekannten
Kongress zu Stuttgart im Jahre 1893 ihren
Anschluß an die Statuten der Inter-
nationalen Arbeiter-Assoziation feierlich er-
klärten, um nach eines Jahres Umlauf von schlotternder Ge-
wissenspein über ihr Wagnis gepakt zu werden?

Ja es eine schamliche, wie durch nichts begründete Unter-
stellung, unseren französischen Genossen, den Einzigen, die den
Chauvinismus bis aufs Messer bekämpfen, chauvinistische Beweg-
gründe unterzuschreiben, so ist die von der „Frankfurter Zeitung“
in langatmiger Diatribe versuchte Begründung, parlamentarisch
gesprochen, eine unerhörte Unverschämtheit. Unsere Leser sind
über die Vorgänge in dem nordfranzösischen Kohlenrevier von uns
genau unterrichtet worden. Sie wissen, daß die französische und
belgische Arbeiterpartei gemeinsam vorgegangen sind, um die
Zwangsarbeiten beizulegen, daß es ihnen zu verdanken ist, wenn
der Konflikt sich nicht noch mehr zuspitzt hat, daß gerade in
diesem Falle sich die Brüderlichkeit der Sozialisten auf das
Glänzendste bewährt hat.

Mit schmerzlichen Bedauern giebt das Frankfurter Blatt
die Ausführungen eines belgischen Kapitalistenblattes, des
„Journal de Mons“, wieder:

„Das Blatt (das Journal de Mons) giebt zu, daß der
Franzose mehr verdient, aber er gebe mehr aus und zwar nicht
immer zu guten Zwecken; daher fehle es ihm trotz des verhältniß-
mäßig hohen Lohns immer an Geld, weshalb er häufig streike,
um eine Lohnerhöhung zu erzwingen. Der Belgier dagegen sei
der beste Erbenarbeiter, dabei einfach, nüchtern und sparsam,
und deswegen erziele er mit seinem Lohne ganz andere Erfolge
als der Franzose. . . . Das belgische Blatt mag hier zu Gunsten
seiner Landsleute mit etwas lebhaften Farben auftreten, aber
Kenner der Verhältnisse versichern, daß etwas Wahres daran ist.
Die Belgier gelangen bald zu einem gewissen Wohlstande und zu
einer beglückten Lebensführung, während die Franzosen in jeder
Beziehung zurückbleiben. Das Gefühl der letzteren, daß sich in
dem Ause Tod den Belgiern“ ausspricht, wäre somit im tiefsten
Grunde nichts als Neid; der Arbeiter, der mit seinem Lohn nicht
hauzughalten versteht, würde demjenigen helfen und verfolgen,
der aus seinem Lohne die größtmöglichen Vortheile zieht.“

Den Kennern der Verhältnisse“ ist offenbar die Lage der
belgischen Erbenarbeiter im Vorzuge ein siebenfach versiegeltes
Geheimnis, sie scheinen von den grandvollen Ergebnissen der
belgischen Arbeiter-Enquete von 1890, die das grenzen-
lose Elend, die Hungerelände, die Arm- und Weiberarbeit
unter Tage u. s. w. enthüllt, nichts gehört, haben. Nicht die
Schmutzkonkurrenz, der blasse Neid wäre also die Ursache des
Zwiesels.

Freilich salviert sich das Frankfurter Blatt: „Wir wollen
die Mißstimmung der französischen Arbeiter nicht weiter analysiren,
aber es bleibt genug hängen. Kenner der Verhältnisse“ versichern
ja, daß „etwas Wahres daran ist“. Wenn die „Frankfurter
Zeitung“ dann aus besserer Lust die Behauptung fördert, die
französischen Arbeiter, die sich gegen die bel-
gischen Arbeiter vergangen,“ seien „zu
einem großen Theile Sozialisten“ gewesen,
so gehen wir, daß wir solch eine Plunkerei, die den
Stempel der Unwahrheit so offen an der Stirn trägt, nicht ein-
mal im „Reichsboten“ gefunden haben. Wäre im französischen
Erbenarbeit der Sozialismus schon genügend entwickelt, dann

zerseht sich, ehe man noch einen einzigen Trunk gethan
— das mag wohl doppelt quälend sein.

Mein Vater, die Schweitern und Tante Marie über-
siedeln jetzt nach Strumitz. Ich ließ mich leicht bereuen,
samt meinem Sohnen mitzukommen. So lange Friedrich
fort war, schien mir der eigene Herd erstorben — ich hätte
es da nicht ausgehalten. Es ist sonderbar: ich fühlte mich
so vertrieben, als wäre die Nachricht von dem aus-
gebrochenen Kriege zugleich die Nachricht von Friedrich's
Tod gewesen. Manchmal, mitten in meine dumpfe Trauer,
fiel ein lichter Gedanke: „Er lebt und kann ja wieder-
kommen“ — daneben aber stieg wieder die schreckliche
Idee auf: er krümmt und windet sich in unerträglichen
Schmerzen. . . er verschmachtet in einem Graben — schwere
Wagen fahren über seine zerfetzten Glieder weg —
Wägen und Ameisen wimmeln auf seinen offenen Wunden;
— die Leute, welche das Schlachtfeld räumen, halten den
erstarrt Daliegenden für tot und scharren ihn lebendig
mit anderen Toten in die seichte Grube — hier kommt er
zu sich und —

Mit einem lauten Schrei fuhr ich aus solchen Vor-
stellungen empor:

„Was hast Du nun wieder, Martha?“ schalt mein
Vater. „Du wirst noch verurteilt werden, wenn Du so
brütest und ausschreist. Beschwörst Du Dir wieder so
dumme Bilder vor die Einbildung? Das ist sündhaft.“ . . .

Ich hatte nämlich öfters diese meine Ideen laut werden
lassen, was meinen Vater höchlichst entrüstete.

„Sündhaft“, fuhr er fort, „und unanständig und
unsinnig. Solche Fälle, wie sie Deine überspannte
Phantasie ansieht, die kommen mitunter — unter
tausend Fällen einmal — bei der Mannschaft — vor, aber
einen Stabsoffizier, wie Deinen Mann, lassen die Anderen
nicht liegen. Ueberhaupt, an solche Grauensdinge soll man
nicht denken. Es liegt eine Art Frevel, eine Entheiligung
des Krieges darin, wenn man statt der Größe des
Ganges die elenden Einzelheiten ins Auge faßt. . . an die
denkt man nicht.“

„Ja, ja, nicht daran denken“, antwortete ich, „das ist
von jeder Menschenbrach allem Menschenelend gegenüber . . .

wären die Ausschreitungen überhaupt nicht vorgekommen. Fest-
steht aber, daß die sozialistischen Arbeiter die Friedens-
und Ruhehüter gewesen sind.“

Was verschlägt dies der „Frankfurter Zeitung“? Um dem
Sozialismus ein auszuweichen, dünkt ihr die schoke Ver-
dächtigung und eine Kampfschweife gerade gut genug, die ihre
Waffen aus derselben Kammern holt, wie die Lohndrücker-
und Schienenläder-Organ des Vaare-Gründes.

Politische Ueberlicht.

Berlin, den 30. September.

Der erste Oktober. Die Sozialdemokratie feiert
heut einen Gedenktag, seit zwei Jahren ist das Sozialisten-
gesetz verschwunden. Erdrückt von ihrer eigenen Schande,
haben die Mäter dieses Wechselbalsgs reaktionär-kapitalisti-
scher Gesetzgebung es nicht gewagt, die Arbeiter Deutsch-
lands noch länger vermittelst des Ausnahmegesetzes der
Polizeimilitär auszuliefern.

Seit zwei Jahren marschirt die Sozialdemokratie dieser
Fesseln ledig, und benutzt die in heißen Ringen erklärteste
Bewegungsfreiheit, um die Köpfe und Geister der Arbeiter-
klasse zu revolutioniren, um die Kämpfer für die Befreiung
des Proletariats zu wehren.

Weder in den Prinzipien noch in der Taktik der
Sozialdemokratie hat der Fortfall des Sozialistengesetzes
etwas geändert; unsere Parole ist — gleichviel ob uns
Ausnahmegesetze drohen, oder ob uns Zuständnisse locken
— vorwärts zum Siegel! —

Ueber die Unterredungen, welche unser Genosse
Liebknecht während seines Aufenthaltes in Marseille mit
mehreren Korrespondenten von Pariser Blättern gehabt
haben soll, bringen letztere Berichte, welche Aeußerungen
Liebknecht's zweifellos falsch und entstellend wiedergeben. So
soll unser Genosse nach einem dieser Berichte die Anti-
semiten „Schufte im Dienste der großen Grundbesitzer und
des Herrn von Bismarck“ genannt haben, weiter von
Werner und Wiltberger behauptet haben, daß sie „Werk-
zeuge der Bourgeoisie seien, die nur einige hundert Poli-
tisten als Anhänger hätten“, über Vollmar läßt der Bericht
Liebknecht sagen, daß derselbe, „wenn er fortfahren sollte,
so zu schreiben und zu sprechen, wie bisher, aufhören werde,
ein Vertreter der sozialistischen Partei zu sein.“ Von
Liebknecht, der augenblicklich auf der Rückreise von Marseille
begriffen, Versammlungen im Elsaß und in Baden abhält,
liegt bis jetzt keine authentische Mittheilung über den In-
halt seiner Aeußerungen vor. Trotzdem aber halten wir
uns zu der Erklärung berechtigt, daß Liebknecht Aeuße-
rungen, wie sie ihm die französischen Berichterstatter in den
Mund legen und wie wir sie vorstehend wiedergeben, gar
nicht gethan haben kann. Es handelt sich hier zweifellos
um Mißverständnisse und wahrscheinlich auch um Zuthaten
der Korrespondenten aus dem Eigenen. —

Der Bundesrath tritt, wie die „National-Zeitung“
(Nr. 564 vom 30. September) meldet, am 8. Oktober zu-
sammen. Die Militärvorlage, die ihm dann wohl
postwendend zugehen wird, soll angeblich den Titel führen:
„Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Friedenspräsenzstärke
vom 1. Oktober 1893 bis 31. März 1899.“ Da das jetzige
Septennat am 31. März 1894 abläuft, so würde die Vor-
lage uns mit Festlegung des Militärbudgets auf 5 1/2 Jahre
überraschen. Weshalb übrigens das Gesetz mit einem so
langen Namen belasten? Blutig elgeseh wäre kürzer,
treffender und verständlicher. —

Gegen die Militärvorlage, schreibt dem „Hamburger
Echo“ ein süddeutscher Genosse, muß im ganzen Reich mit
aller Energie angeklämpft werden, nicht nur in der Presse,
sondern namentlich in öffentlichen Volks-
versammlungen. Und dazu ist nunmehr die höchste
Zeit, der Worte sind genug gewechselt, es muß zur That
geschritten werden. Ueberall, wo immer möglich, mögen die
Genossen öffentliche Versammlungen veranstalten, mit der
Tagesordnung: „Die neue Militärvorlage“, um nicht bloß
die Arbeiter, sondern auch die Kleinbürger, die ganze Be-
völkerung über die Wirtschaft- und Finanzlage und die
Ungeheuerlichkeit dieser Forderungen, wie über ihre volks-

„Nicht denken“: darauf ist ohnehin alle Barbarei gestützt.“

Unser Hausarzt, Doktor Bresser, war diesmal nicht in
Grumitz; er hatte sich freiwillig dem Sanitätskorps zur
Verfügung gestellt und war nach dem Kriegsschauplatz ab-
gegangen. Auch mir war der Gedanke gekommen: sollte ich
nicht als Krankenpflegerin mitziehen? . . . Ja, wenn ich
gewußt hätte, daß ich in die Nähe Friedrich's käme, daß ich
bei der Hand wäre, falls er verwundet würde, da hätte ich
nicht gezögert; aber für Andere? Nein, da gebrach es mir
an Kraft, da fehlte der Opfermuth. Sterben sehen, röcheln
hören — hundert Hilfsbedürftigen heifen wollen und nicht
helfen können, — den Schmerz, den Klet, den Jammer auf
mich laden, ohne dabei Friedrich beizustehen — im Gegen-
theil, dadurch die Chancen, daß wir uns wiederfinden, ver-
mindern, denn die Pflegenden begeben sich auch in vielfache
Todesgefahr. . . nein, ich that es nicht. Zudem beehrte
mich mein Vater, daß eine Privatperson, wie ich, zur
Krankenpflege in den Feldhospitälern gar nicht zugelassen würde
— daß dieses Amt nur von Sanitätsoldaten oder höchstens
von barmherzigen Schwestern ausgeübt werden dürfe.

„Charpie rupfen“, sagte er, „und Verbandzeug für die
patriotischen Hilfsvereine herrichten, das ist das einzige,
was ihr für die Verwundeten leisten könnt, und das sollen
denn meine Töchter auch fleißig thun — dazu geb' ich
meinen Segen.“

Und diese Beschäftigung war es nun auch, welcher
meine Schwestern und ich viele Stunden des Tages
widmeten. Rosa und Lilli verrichteten ihre Arbeit mit
sanft gerührten und dabei fast freundigen Mienen. Wenn
die feinen Mädchen sich unter unseren Fingern zu weichen
Massen häuften, wenn wir die Leinwandstreifen
schön ordentlich übereinander gefaltet, so brachte
dies den beiden Mädchen etwas von den Empfindungen
des barmherzigen Pflege-Amtes: es war ihnen, als linderten
sie brennende Schmerzen und verhüteten sie das Verbluten
der Wunden; als hörten sie die erleichterten Seufzer und
sähen die dankbaren Blicke der Gewarrieten. Es war beinahe
ein freundliches Bild, welches ihnen da von dem Zustand
des „Verwundetseins“ vorschwebte. Die beneidenswerthen
Soldaten, welche, den Gefahren des tobenden Kampfes ent-

überblickte Wirkung aufzuklären. Es gibt, einen M a s s e n -
a n s t u r m des Volkes gegen den Moloch-Militarismus
und seine Unerfäßlichkeit in Szene zu setzen. Geschieht
dies rechtzeitig und mit der nöthigen Wucht und Besonnen-
heit, so wird der neue Kurs dem Ansturm schwerlich Stand
halten können.“

Die Redaktion des „Hamburger Echo's“ meint dazu:
„Wir sind mit dem Vorschlage, daß das Volk in seiner
Gesamtheit gegen die neuesten Ansprüche des Militär-
molochs aufgerufen werde, völlig einverstanden, halten es
aber für verfrüht, diesen Feldzug schon jetzt zu unternehmen,
wo thatsächlich noch der sichere Anhalt fehlt dafür, wie groß
der Hunger des gestöhnigen Ungehens Militarismus ist.
Um es energisch anpacken zu können, muß man es in seiner
ganzen abschreckenden Leiblichkeit vor sich sehen, damit man
nicht seine Liebe in die Luft führt. Sobald jedoch der
Inhalt der Militärvorlage bekannt ist, dann ist es an der
Zeit und dann muß schleunigst gehandelt werden.“ —

Unserer Ansicht nach könnte dann der Ansturm leicht post
festum kommen. Es ist noch nicht bekannt, wie hoch das
Opfer bemessen werden wird, das die Regierung dem
deutschen Volk wieder zumuthet, aber daß es ein ungeheures
ist, kann nicht bezweifelt werden. Der Vorschlag des süd-
deutschen Genossen ist uns daher durchaus sympathisch. —

Wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe.

Dieser altromische Satz scheint bei der Berliner Staats-
anwaltschaft noch in Geltung zu sein. Vor dem Berliner
Gericht wurde vor kurzem ein Prozeß verhandelt, in welchem
Jemand angeklagt war, eine sehr hohe Dame, die einem
freundigen Familienereignis entgegen sah, gröblich beleidigt
zu haben. Der Verbrecher hatte in Bezug auf die Dame
und das bevorstehende Ereignis einen sehr derben, zuweilen
in der Bandwirthschaft angewendeten Ausdruck gebraucht,
und bestritt, daß er sich dadurch einer Beleidigung schuldig
gemacht habe, weil er denselben Ausdruck unter gleichen
Verhältnissen auf seine eigene Frau anwende.

Der von dem Angeklagten zu seiner Entlastung
geladene Arzt bezogte die Wahrheit dieser Be-
hauptung und erläuterte dem Gerichtshof die Sprech-
weise des Angeklagten, der, frei von jedem Joni-
mus, gewöhnt sei, physiologische Vorgänge mit Aus-
drücken aus dem Thierleben zu bezeichnen und in Bezug
auf seine Frau dies dem Zeugen gegenüber in einer, ab-
gesehen von der Verbtheit des Ausdrucks, durchaus fürsorg-
lichen und liebevollen Weise gethan habe. Der Staats-
anwalt, der an den sich aufstellenden Gesichtern und der
freundlich werdenden Stimmung der Richter vielleicht nicht
mit Unrecht den Verlust seiner Partie ahnte, erhob sich, um
dem Angeklagten die Frage vorlegen zu lassen, ob er der
sozialdemokratischen Partei angehöre. Der
Angeklagte, von dem Präsidenten beudetet, daß er
nicht zu antworten brauche, umging eine direkte
Beantwortung, indem er mittheilte, daß seine Ver-
ehrung für die, natürlich ungewollt, unter staats-
anwaltlichem Schutz stehende Dame ihm Veranlassung ge-
wesen sei, dieselbe in Gips seiner Häuslichkeit einzur-
verleiben.

Nachdem der Angeklagte auch diese Feuertprobe bestanden,
endete der Prozeß mit Freisprechung desselben.

Daß der Staatsanwalt sich die Frage nach der Partei-
stellung des Angeklagten leistete, wundert uns nicht, ist doch
vielfach die Thatfache, daß Jemand Sozialdemokrat ist, ge-
nühend, um ihn ohne weiteres der schwarzesten Verbrechen
für fähig zu halten. Jetzt scheint es — wie die staats-
anwaltliche Frage beweist — Praxis werden zu sollen,
Aeußerungen um bedürfen für strafbar zu erklären, weil
ein Sozialdemokrat dieselben macht. Erstmaligerweise ist
der erste Ansturm zurückgeschlagen. Aber was nicht ist,
kann ja noch werden. —

Zur Versicherungs-Gesetzgebung. Aufsehen
offiziös leitartikel die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“
(Nr. 458 vom 30. September) über die Versicherungs-Gesetz-
gebung und bemerkt u. A.: „Bei den Erörterungen über
die Sozialgesetze sollte man daher den Gesichtspunkt fest-
halten, daß wohl die Form der Fürsorge, deren verwaltungs-
technische Ausgestaltung geändert, verbessert werden kann,
daß man jedoch Abstand nehmen sollte, Vorschläge zu dis-
kutiren, welche an deren Wesen einschneidende Aenderungen
vornehmen wollen.“ Dieser Wink richtet sich nicht nur an

rennen, jetzt auf weichen, reinen Betten hingestreckt, da ge-
pflegt und gehätschelt werden, bis zu ihrer Heilung, größten-
theils in halb bewußtlosen, blüthlich-müden Halbschlummer
gelullt, zeitweise wieder zu dem angenehmen Bewußtsein
erwachend, daß ihr Leben gerettet, daß sie zu den Ihren
heimkehren und noch in fernen Zeiten erzählen können,
wie sie in der Schlacht von E. threnvoll bleibet worden
seien.

In dieser naiven Auffassung verstärkte sie denn auch
unser Vater:

„Brav, brav, Mädels — heute seid ihr wieder
fleißig. . . da habt ihr wieder vielen unserer tapferen
Verteidiger eine Freude gemacht! Wie das wohl thut, so
ein Päckchen Charpie auf der blutenden Wunde — ich weiß
was davon zu erzählen: . . . Damals, als ich bei Palestro
den Schuß ins Bein bekam — u. s. w., u. s. w.“

Ich aber seufzte und sagte nichts. Ich hatte andere
Geschichten von Verwundungen vernommen, als die, wie sie
mein Vater zu erzählen liebte; — Geschichten, welche sich
zu den gebräuchlichen Veteranenanedoten verhalten, ungefähr
wie die Wirklichkeit elenden Hirtenlebens zu den Schäfer-
bildchen von Watteau.

Das rothe Kreuz. . . ich wußte, durch welches auf
das Schmerzlichste erschütterte Völkermitleid diese Institution
ins Leben gerufen ward. Seiner Zeit hatte ich den darüber
in Genf geführten Verhandlungen gefolgt und die Schrift
Dunant's, welche den Anstoß zu dem Ganzen gegeben, hatte
ich gelesen. Ein herzzerreißender Jammerruf, diese Schrift!
Der edle Genfer Patriot war auf das Schlachtfeld von
Solferino geeilt, um zu helfen, was er konnte; und das,
was er dort gefunden, hat er der Welt erzählt. Zahllose
Verwundete, welche fünf, sechs Tage liegen geblieben —
ohne Hilfe. . . Alle hätte er retten mögen, doch was
konnte er, der Einzelne, was konnten die Anderen
Wenigen diesem Massenelend gegenüber thun? Er sah
solche, welchen durch einen Tropfen Wasser, durch einen
Bissen Brot das Leben hätte erhalten werden können: er
sah solche, die noch athmend, in fürchterlicher Eile begraben
wurden. . . Dann sprach er aus, was schon oft erkannt
worden, was aber jetzt erst Nachhall fand: daß die Ver-

die Adresse der deutschfreisinnigen Gegner des „Neugesetz“ u. s. w., sondern auch gegen die junkerlichen Vertreter des Versicherungsgeschäftes, denen jeder Deller zu viel ist. Wer die neueste agrarpolitische Veröffentlichung des Vereins für Sozialpolitik, die sich auf von Grundbesitzern ausgefüllte Fragebogen stützt, hierauf ansieht, wird sein blaues Wunder erleben. —

Stuttgart. Die „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 273 vom 29. September) schreibt: „Aus den Magdeburger Nachrichten“ übernimmt der „Vorwärts“ eine Reihe von Schriftstücken, die erweisen, daß in den Stuttgarter Werken Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie wirtschaftlich geschädigt worden seien. . . . Es wird hier ein sehr wunder Punkt in unseren politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen berührt, auf den in erster Reihe die staatlichen Behörden im Interesse der Erhaltung des sozialen Friedens ihr Augenmerk richten sollten.“ —

Worte und Thaten. In einer Polemik gegen einen kornitren Artikel des „Hannoverschen Couriers“ über die tapfere Art und Weise, in welcher sich unsere Presse jeder Beschwerde der kleinen Leute annimmt, hat die national-liberale „Straßburger Post“ ein paar helle Augenblicke. Sie schreibt: Nur durch die Vereinnahmung mit anderen gleichgesinnten Elementen finde der kleine Mann die nötige Stärke. Und diese Vereinnahmung stelle sich eben nur in der Sozialdemokratie dar. Wenn man sich die Mühe giebt, diesem Gebauengange nachzugehen, so wird man sofort einsehen, daß die Sozialdemokratie vollständig logisch vorgeht, wenn sie fortwährend die mehrerwähnte Fülle von Notizen persönlicher Art herausgibt. An uns allen ist es, ihr dies Treiben dadurch unmöglich zu machen, daß — wir ihr die Grundfrage zu solchen Veröffentlichungen wegnehmen. Dazu gehört freilich mehr, als der bloße Voratz; dazu gehört vor allem Selbstverleugnung! Man muß vor allem, auch oben, sich daran gewöhnen, den Sozialdemokraten nicht als Proletariat, sondern als gleichberechtigten Staatsbürger anzusehen, der vollen Anspruch nicht nur auf den Schutz der Geseze, sondern auch auf die ganze Bewegungsfreiheit hat, welche die Geseze gestatten.“ O, wie schön die Worte stehen — möchte man da mit dem Schulmeister in „Bar und Zimmermann“ ausrufen. Wir wollen sogar annehmen, daß sie ehrlich gemeint sind, und registrieren die indirekte Kritik des ganzen heutigen Polizeisystems, die in obigem Ausspruch liegt, mit großem Vergnügen. Wie sieht es aber mit den Thaten, z. B. mit der Unterjähigung der „Straßburger Post“ für die Beseitigung des vorinstanzlichen reichsständischen Vereinsrechtes? U. U. m. g.!

Herr von Soden, der Gouverneur von Ostafrika, wird nicht mehr in die Kolonien zurückkehren. Er hat ebenfö wenig etwas Positives geschaffen, wie Wismann, Peters und Genossen. —

Die Sonntagsruhe im Güterverkehr der preussischen Staatsbahnen ist den rheinisch-westfälischen Grob-Industriellen ein Dorn im Auge. Das bische Profit, das bei der weniger schnellen Güterbeförderung, an einem Tage der Woche verloren geht, schmerzt sie tief; und dann die Angst, daß die Herren auch bald für ihre Arbeiter die Sonntagsruhe einführen müssen! Da schreibt denn die „Köln. Ztg.“ als Laai der erzmürten Unternehmer: „Im Eisenbahnbetriebe macht sich empfindlicher Wagenmangel bemerkbar, eine auffällige Erscheinung bei der augenblicklichen Lage des Verkehrs. Im Interesse einer besseren Sonntagsruhe wird die Mehrzahl der Güterzüge an den Sonntagen nicht mehr gefahren. Da die durchschnittliche Zahl der Güterzüge im Kohlenrevier beladenen Wagen gebrauchen, um leer zur Ladestelle zurückzuführen, auf vier Tage gestrichelt werden kann, so ergibt sich das einfache Exemplar, das nach der Einführung der Sonntagsruhe für die Güterzüge derselben Wagen, welche früher in vier Wochen sieben Mal ihren Kreislauf vollenden konnten, in gleicher Zeit jetzt nur sechs Mal diesen Weg laufen können. Die Sonntagsruhe hat also die Ausnutzungsfähigkeit der Eisenbahn-Güterwagen um nicht ganz ein Siebentel vermindert. Wird der in Rheinland-Westfalen umlaufende, hier zu betrachtende Güterwagenpark nur auf 42 000 Stück geschätzt, so würde die Leistungsfähigkeit dieser Wagen jetzt nur der Leistungsfähigkeit von 36 000 Wagen vor der Einführung der Sonntagsruhe entsprechen. Sollen diese 6000 Wagen zur Aufrechterhaltung der früheren Leistungsfähigkeit des Wagenparks neubeschafft werden — und das wird sich als dringender Bedarf herausstellen, sobald der Güterverkehr wieder

pflegungs- und Rettungsmittel der Heeresverwaltung den Anforderungen einer Schlacht nicht mehr gewachsen seien. Und das „Roths Kreuz“ ward geschaffen.

Oesterreich hatte sich der Wiener Konvention damals noch nicht angeschlossen. Warum? . . . Warum wird allem Neuen, wenn es noch so segensreich und einfach ist, Widerstand entgegengezet? — Das Gesetz der Trägheit — die Gewalt des heiligen Schlendriens. . . . Die Idee ist recht schön, aber unausführbar,“ hieß es da — auch meinen Vater hörte ich öfters jene, während der Konferenz von 1863 von verschiedenen Delegirten vorgebrachten Zweifelsargumente wiederholen. — „unausführbar, und selbst, wenn ausführbar, so doch in mancher Hinsicht sehr unzulänglich.“ Die Militärbehörden könnten Privatmitwirkung auf dem Schlachtfelde nicht angemessen finden. Im Kriege müssen die taktischen Zwecke der Menschensfreundlichkeit vorangehen — und wie könnte diese Privatmitwirkung mit genügenden Bürgschaften gegen das Spionwesen umgeben werden? Und die Anslagen! Kostet der Krieg nicht ohnehin schon genug! Die freiwilligen Krankenwärter würden durch ihre eigenen stößlichen Bedürfnisse dem Proviantamt lästig fallen; oder, wenn sie sich in dem besetzten Lande auch selber verproviantiren, entsteht da nicht eine bedauerliche Konkurrenz für die Heeresverwaltung durch den Anlauf von für die Verwaltung notwendigen Gegenständen und die unmittelbare Erhöhung ihres Preises?“

O diese Behördenweisheit! — So trocken, so gelehrt, so sachlich, so Klugheitsstriebsend und so — bodenlos dumm.

(Fortsetzung folgt.)

bedrückendere Verhältnisse angenommen haben wird —, so wird aus der Sonntagsruhe ein zweiter Uebelstand erwachsen. Die 6000 Wagen müssen an den Sonntagen auf den Stationen aufgestellt werden. 6000 Wagen erfordern also zur Aufstellung eine Geleislänge von mindestens 48 000 m. W ed angenommen, daß 24 km Geleislänge noch zur Aufstellung von Wagen auf den Stationen verfügbar sind, so müssen doch weitere 24 km Geleise lediglich zur Aufstellung der durch die Sonntagsruhe mehr notwendig gewordenen Wagen gebaut werden. Welche Summen werden sich da für das ganze Staatsbahnetz ergeben? Bieleicht löst sich der Finanzminister noch in den Verein zur Milderung der Sonntagsruhe aufzuheben.“ Wie geschieht die Sache gedreht ist! Um den eigenen Profit ist es den Kohlenbaronen nicht, beileibe nicht. Sie haben nur Angst, daß der preussische Staat zu große Ausgaben für die Vervollständigung seines Wagenparks machen muß. Natürlich ist das pure Heuschreck. Das Interesse des eigenen Geldsacks veranlaßt den Schmerzensschrei, und mit beispielloser Kohheit, ja mit Hohn und Spott wird über das Bedürfnis der Eisenbahnbediensteten hinweggegangen, doch auch sozusagen einmal von der Arbeit auszurufen. So denkt der Kapitalist und seine Preskmente! Dabei sind die Kohlenbarone in ihrer Profitwuth des Augenblicks so kurzichtig, zu übersehen, welche ein gutes „Geschäft“ sich in jehiger Zeit anlässlich der Bestellung 6000 neuer Wagen machen ließe! —

„Aus tiefer Noth.“ Der Verein zur Verbreitung konservativer Zeitschriften, begründet 1883, hat jüngst ein vom „Berliner Tageblatt“ (Nr. 490 vom 30. September) mitgetheiltes Rundschreiben erlassen, worin es u. a. heißt: „Noch in keinem Jahre sind so viele Anträge um Bewilligung von Frei-Exemplaren und Unterstützung konservativer Zeitungen an den Vorstand gelangt, von denen leider ein großer Theil wegen Mangels an Geldmitteln unberücksichtigt bleiben mußte; auch wollen wir schon jetzt mittheilen, daß eine von uns unterstützte konservative Provinzialzeitung hat eingehen müssen. Es ist dies um so schmerzlicher, da in dem Orte ihres Erscheinens Blätter freisinniger und sozialdemokratischer Richtung in großer Auflage bestehen. . . . Leider müssen wir aber gesehen, daß die konservative Presse den verhältnismäßig geringsten Umfang einnimmt, da dieselbe nur wenige größere Organe von Einfluß besitzt.“

Mit den großen Worten der konservativen Presse, die von dem Konservatismus „des deutschen Volks“ bramarbasirt, stimmt dieser Hilseschrei gerade nicht überein. Geld und Unterstützung heißt der Vereinsvortrag. Wie frivol von ihm, der doch wissen muß, wie kläglich die Lage jener nothleidenden Landwirthe ist, die ihr seltschweres Haupt unter gesticktem Strohdach zur Ruhe betten müssen! —

Ein bairisches Stimmungsbild. Dem katholischen „Bayerischen Vaterland“ (Nr. 222 vom 30. September) wird aus der Hochburg des bayerischen Zentrums, aus dem bauerlichen Niederbayern geschrieben:

In Bezug auf die nächste Kammerwahl hört man bei uns Stimmen fallen wie die folgenden: Das Wahrscheinlichste ist, daß ich zum bayerischen Landtage gar nicht mehr wähle; wenn aber doch, so gebe ich meine Stimme den Sozialdemokraten. In unserer ultramontan-liberalen Landtagswahl müssen etliche sozialdemokratische Heule, damit sie in den wohlthätigeren Macht- und Autoritätskultus den notwendigen Freiheitsodem blasen. Widersprochen hat Niemand.“

Deutsche Justiz. Die Bamberger Strafkammer hat den Monteur W. Koch von Forchheim wegen Vergehens wider die Religion, das darin bestand, daß Koch im Wirthshausgespräch Christus als ersten Sozialdemokraten bezeichnete, zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt! Gegen dieses Urtheil wird hoffentlich Berufung eingelegt. —

In eigener Sache. Am 30. September ging uns folgender Gerichtsbeschluss zu:

Beschluß
in der Strafsache gegen Enderz.
118 G. 3311. 92.
Der Beschlagnahme-Beschluss vom 9. September 1892, betreffend die Nr. 209 des „Vorwärts“ wird aufgehoben, da die nötigen Strafanträge des Herrn Justizministers von Schelling gegen dieses Blatt nicht gestellt sind.
Berlin, 19. September 1892.
Königl. Amtsgericht I, Abth. 118.
gez. von Podewils, Amtsgerichtsrath.
Ausgefertigt.
Berlin, 22. September 1892.
Denthaus, Gerichtsschreiber.

England. Die antiparnellitischen Frend haben in einem Aufruf an die Zeländer im Auslande erklärt, die Partei sei von der Aufrichtigkeit der Absicht der liberalen Regierung, eine für das irische Volk befriedigende Homerule-Vorlage trotz etwaigem Widerstand seitens des Oberhauses durchzuführen, überzeugt.“ Die Parnelliten haben Herrn Gladstone gleichfalls ihr Vertrauen öffentlich ausgesprochen. So lange die Frend eine Macht im Parlament sind, wird er ihnen nach Kräften zu Willen sein. —

Russisches. Die Zahl der im Jahre 1892 in Russland einzuberufenden Wehrpflichtigen ist auf 262 000 festgesetzt, nicht mitinbegriffen 3400 Mann aus der östlichen Bevölkerung des Ter- und Kuban-Gebiets und Transkaukasien, durch welche die im Kaukasus besonders formirten Heeresabtheilungen zu ergänzen sind. —

Berichtigung. Im gestrigen Leitartikel „In erster Linie“ muß es bei der Dividendenberechnung in der mittleren Spalte heißen: „so daß jede 600 M. Aktie von 1873—1891 die hübsche Gesamtdividende von 1768 M. oder 294% M. für je 100 M. Aktienkapital erhielt.“

Parteinachrichten.

Von der Agitation. Der sozialdemokratische Arbeiterverein in Wolfenbüttel wählte nach einem Vortrage des Genossen Eisenbed aus Braunschweig eine Kommission, welche die Landagitation zu leiten hat.

Ueber die sozialdemokratische Presse schreiben die konservativen „Grenzbote“: Die sozialdemokratische Tagespresse hat die Leistungen der kleinen Provinzialpresse, die von

politischen Wochenschriften und vom Tageskaffee leben muß, vielfach überlagert. Jedem haben ihre Mitarbeiter täglich Gelegenheit, die soziale Frage an ihrem Leibe und ihren Wagen zu studiren, und die Redaktionen verfahren nicht, ihnen fleißig das Wort zu lassen. Der schon einmal in „Grenzbote“ gegebene Rath, die sozialistische Presse aufmerksam zu verfolgen, kann deshalb nur wiederholt werden. Sie ist für die besser gestellten Klassen, die nicht selbst im gewerblichen Leben stehen, fast das einzige Mittel, ein Bild von der Lage der arbeitenden Bevölkerung zu gewinnen.

Delegirtenwahlen zum Berliner Parteitag. Feib-Adolf Hoffmann. Striegau: Saubach.

Gegenüber der Pfaffenliege, daß die Sozialdemokratie die Religion gestören wolle, mag einer Rede des Theologen von Wächter erwähnt sein, welche derselbe in einer Volksversammlung zu B o t h n a n g (Württemberg) hielt. Er setzte den zahlreichen erschienenen Anwesenden die Bestrebungen unserer Partei auseinander und kam nach dem Bericht der „Schwab. Tagwacht“ zu dem Schluß, daß ein Sozialdemokrat wohl einer Religion angehören könne, da unsere Partei die Religion nicht an sich verwerft, sondern sie nur als Privatsache betrachtet wissen will. Der Dringlichkeit, der zu dieser Versammlung eingeladen und auf das Thema aufmerksam gemacht worden war, zog es vor, nicht zu erscheinen, dafür wird er wahrscheinlich in Zukunft die Sozialdemokratie von der Kanzel herab um so heftiger bekämpfen.

Genosse S. Goldstein in Dresden, welcher in der dortigen Gegend und im übrigen Sachsen seit vielen Jahren ausübt thätige für die Sozialdemokratie gewirkt hat, siedelt zu B r i c k a u über, wo er die Redaktion des „Sächsischen Volksübernimmt.

Den unwahren Gerüchten, daß sich die Genossenschaft Buchdruckerei der in Solingen erscheinenden „Vergleich Arbeiterstimme“ wirtschaftlich im Rückgange befinden Vorstand und Aufsichtsrath dieser Genossenschaft in ein öffentliches Erklärung energisch entgegen. An jenen Gerüchten sei kein wahres Wort. Sämmtliche Geschäftszweige arbeiten in gutem Nutzen, was im Verein mit der geübten Sparsamkeit i Verlag in den Stand gesetzt habe, nicht nur Fehler der früher Verwaltung wieder weit machen, sondern auch weitere erhebliche Fortentwicklung des Unternehmens mit voller Zuversicht voraussetzen zu können. Jedem Genossenschaftler würde auf Wunsch gern persönlich genauer Aufschluß über den Stand der Genossenschafts-Buchdruckerei gegeben und Einsicht in die Bücher genöthet.

In Braunschweig hat die Polizei das wegen der Cholera erlassene Verbot aller öffentlichen und Vereinsversammlungen wieder aufgehoben.

Die Redaktionen aller arbeiterfreundlichen Blätter werden von Unterzeichnetem ersucht, ihm je ein Exemplar derjenigen Nummer ihres Blattes zuzusenden, in welcher der in Nr. 226 des „Vorwärts“ und in Nr. 115 des „Volksblatts für Anhalt“ veröffentlichte Aftenaustausch des Stuttgarter Bürgermeisters Reinhard mit dortigen Unternehmern in Sachen der Mitregelung von Arbeitern zum Gegenstande einer Erörterung gemacht ist. Es handelt sich um zweckdienliche Verwendung dieser Presstimmen. Mit sozialdemokratischem Gruß
Otto Mürtens
Leopoldshall bei Stuttgart, Karlstr. 10.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Unser Parteigenosse Jahn, welcher zur Zeit im Centralgefängnis zu Rottbus eine ihm wegen Religionserschleichung auferlegte Gefängnisstrafe von neun Monaten verbüßt, stand am 29. September vor dem Landgericht in Sagan, angeklagt, in einer im letzten Sommer dort gehaltenen Rede das Offizierskorps beleidigt und gegen die §§ 190—191 des Reichsstrafgesetzbuches verstoßen zu haben. Jahn wurde für schuldig befunden und ihm zu den bereits rechtskräftigen neun Monaten noch weitere sechs zuerkannt, so daß unser Genosse jetzt zu einer Gesamtstrafe von einem Jahre und drei Monaten verurtheilt ist. Wie wir erfahren, sind Jahn im Rottbuser Centralgefängnis alle Vergünstigungen verweigert, er wird mit den gemeinen Verbrechern auf gleichem Fuße behandelt. Einen ehrenhaften Menschen um ein paar unbedachtamer Worte willen, welche von den Zuhörern wohl längst wieder vergessen sind, auf 1 1/2 Jahre nicht nur der Freiheit zu berauben, sondern ihn auch noch allen körperlichen und geistigen Torturen zu unterwerfen, welche unser Strafvolk für die sogenannten gemeinen Häftlinge festsetzt, das kann eben doch nur bei uns — in Vorder-Rußland — geschehen.

— Wie's gemacht wird. In Tschereen bei Forst hatte ein Grundstücksbesitzer Namens Pötte unseren Forster Genossen seinen Garten zu einer Versammlung überlassen. Darauf schrieb ihm, wie die Frankfurter „Märtische Volksstimme“ berichtet, der Amtsvorsteher in Drehe, wenn er seinen Garten einer Partei, welche Staat und Kirche zu stürzen bestrebt sei, zu Versammlungen überlasse, dann würde die Kündigung der ihm auf Hypothek geliehenen 900 M. Kirchengelder die unbedingte Folge sein. Indeß schien der Amtsvorsteher diese Wachsenschaft selbst für etwas ungeschickt befunden zu haben, denn er ließ das erwähnte Schreiben wieder abholen, nachdem er zu seinem Bedauern erfahren hatte, daß der damit beabsichtigte Erfolg democh ausbleibe. Weiter meldet das genannte Volksblatt: „Im Februar d. J. hatte uns der Herr Schankwirth Lehmann in Biesenthal sein Lokal bestimmt zugesagt, und schon waren alle Vorbereitungen getroffen, eine Versammlung dort abzuhalten, da kommt unerwartet von Lehmann ein Schreiben folgenden Inhalts: „Biesenthal, den 12. Februar 1892. Werther Freund . . . und Genosse! Ich muß Dir zu meinem Bedauern mittheilen, daß ich heute beim Herrn Amtsvorsteher in Drehe Termin hatte, wo ich aufgefordert wurde, mein Lokal zu der Versammlung zu verweigern, wenn ich das nicht thue, werde ich vom Königl. Landrathsrath Sorau mit der doppelten Gewerbesteuer veranlagt und viel anderes mehr, was ich hier nicht erst nennen will. — Der Spruch sagt schon: Jedermann sei unterthan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat.“ Und so geht es mir! Denn der Herr Amtsvorsteher ist selbst beim Herrn Landrath gewesen, was ich mit meinen Augen gesehen habe, da auch ich gerade in Sorau war. Ich habe mich unterschreiben müssen, daß ich die Versammlung nicht stattfinden lasse. Auch hat der Amtsvorsteher den Einrufer der Versammlung selbst durch eingeschriebenen Brief davon unterrichtet. Lieber Freund . . . ! Ihr werdet darüber sehr böse sein; ich kann aber mit dem besten Willen nicht gegen den Strom schwimmen. Ich dachte Euch den Gefallen zu thun; da sie mich aber gleich so scharf hernehmen, so muß ich davon Abstand nehmen, denn das kann ich denn doch nicht aushalten, wenn sie mir das Fell über die Ohren ziehen und die Polizei mir alle Tage auf den Hals schiden, so daß ich keine Stunde mehr auf der Welt frei bin; denn da könnte man sich lieber den Tod wünschen. Also seht nur zu, wo Ihr ein anderes Lokal bekommt, denn ich kann und darf das meinige nicht geben. Mit Achtung grüße ich Euch guten Freunde und Genossen. August Lehmann, Schankwirth.“ Die ungeschönen Maßnahmen des Amtsvorstehers in Drehe fördern natürlich nur unsere Sache. Die Versammlung in Tschereen war gut besucht und nahm das Refect ansehnlich Genossen Meyer aus Rottbus mit stürmischem Beifall auf. Weitere Versammlungen werden folgen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Sonnabend, den 1. Oktober.
Spernhaus. Was die Krone? Djamieh. Klassische Brautwerbung.
Schauspielhaus. Donna Diana.
Lesung-Theater. Die Orientreise.
Deutsches Theater. Der Misanthrop. Das Wunderkind.
Berliner Theater. König Richard III.
Wagner-Theater. Die Braut von Messina.
Schiller-Theater. Geschlossen.
Prall's Theater. Der Freischütz.
Kendens-Theater. Der selige Tompino.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Schürzen.
Thomas-Theater. Onkel Bräutigam.
Adolph Ernst-Theater. Die wilde Madonna.
Alexanderplatz-Theater. Die Liebe vor Gericht.
National-Theater. Theodora.
Volks-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Inter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Infmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Brüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.

Die wilde Madonna.
Gesangspöcke in 8 Akten von L. Treplow.
Couplets von G. Adress. Musik von G. Steffens. Mit neuen Kostümen und Dekorationen aus dem Atelier des Herrn Lütkenmeyer in Coburg.
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alexander-Platz-Theater.

Heute, den 1. Oktober:
Zum ersten Male:
Novität! Novität!
Die Liebe vor Gericht.
(Trial by Jury.)
Operette in 1 Aufzuge von W. S. Gilbert und Arthur Sullivan.
Hierauf:
Tannhäuser.
Große Ausstattung u. Gesangs-Pöcke.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Tannhäuser.

Große Ausstattung u. Gesangs-Pöcke.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Circus Corty-Althoff.

Berlin, Friedrich-Straße.
Sonnabend, 1. Oktober, Abends 7 1/2 Uhr: **Gala-Eröffnungsvorstellung.** Aus dem reichhaltigen Programm sind hervorzuheben: Vorführung des wunderbar dreifürten Napphengstes **Incroyable** durch den Direktor **Pierre Althoff**. **Fräulein Adèle**, Parforce-Reiterin. **3 Gebr. Gelli**, chinesische **Excentrique-Akrobaten**. **Mlle. Vidal**, Schulfreierin. **Mrs. Daniels**, Original-Gigant-Clown. **Herr A. Rossi**, Jockey-Reiter. **Troska**, höchste hohe Schule, geritten vom Direktor **Pierre Althoff**, ohne Sägel. **Austr. der Luftgymnastiker 3 Gebr. Danbar**. — Sonntag, den 2. Oktober, Abends 7 1/2 Uhr: **Prämienvorstellung** mit neuem Programm. **Kühneres die Platane**. Hochachtungsvoll
Die Direktion: Corty-Althoff.

Feen-Palast

Burgstraße, neben der Börse.
Heute, Sonnabend, den 1. Oktober etc., Privatfestlichkeit halber **keine Vorstellung.**
Morgen, Sonntag: Gr. Vorstellung mit ganz neuem Programm.
Anfang 6 Uhr.

Passage-Panopticum.

Fuß!!
ein
Riesen-
Kind!!!
Ohne Extra-Entrée.
von 11-1 und 4-9 Uhr.

Castan's Panoptikum.

Geöffnet von 9 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.

Egyptische Ausstellung.

Stadtbahnstation Zoologischer Garten.
Geöffnet von Morgens 10 Uhr an.
Heute Vorführung der Karawane nur um 4 1/2 Uhr.
Sonntag, den 2. Oktober:
Unwiderruflich: Abschieds-Vorstellungen
um 4, 6 und 7 1/2 Uhr.

Knopfarbeiter!

1927
Große öffentliche Versammlung
sämtl. Knopfarbeiter Berlins u. Umgegend
am Sonntag, den 2. Oktober, Vorm. 10 1/2 Uhr,
bei Schirmmacher, Andreasstr. 26.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Willy Wach** über: Die Entwicklung des Kapitals. 2. Diskussion. 3. Die Kohareduktion in der Fabrik von D. Rasche. 4. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht. Gäste willkommen. Zur Deckung der Unkosten findet Zellerfassung statt.

Achtung! Stuckateure!

Dienstag, den 4. Oktober, Abends 7 Uhr, Alte Jakobstraße 48a:
Bereins-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn **Theodor Meyner**. (Thema wird in der Versammlung bekannt gemacht.) 2. Vereins-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.
Der Vorstand.
271/1

Berein der Maschinisten u. Heizer Berlins.
Sonntag, den 2. Oktober, Nachmittags 5 Uhr,
in Schmitz's Brauerei-Anschank, Neue Jakobstraße 24/25:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Ingenieurs Herrn **Mittag**. (Thema wird in der Versammlung bekannt gemacht.) 2. Kasienbericht. 3. Verschiedenes.
Gäste willkommen.
Der Vorstand.
297/2

Achtung! Textil-Arbeiter. Achtung!

Filiale Berlin.
Große Versammlung
Montag, den 3. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, in Heise's Salon,
Fichtenbergerstr. 21.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Theodor Glocke** über: Die Gewerkschaftsbewegung und ihre Ziele. 2. Diskussion über den Vortrag und den vom Zentralvorstand und Ausschuss gestellten Antrag auf Auflösung von der General-Kommission. 3. Verschiedenes.
Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. Gäste haben Zutritt.
Der Bevollmächtigte: **E. Siebers**.
2291b

Öffentliche Versammlung für Männer und Frauen

am Sonntag, den 2. Oktober, Abends 6 Uhr,
in der Berliner Post-Brauerei, Tempelhofer Berg.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Dr. Bernstein** über die Proletarier-Krankheit. 2. Diskussion.
Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein mit Tanz, verankert vom Sozialdemokratischen Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Um zahlreichem Besuch bittet
494/15
Der Vorstand.

Jede Uhr
zu reparieren und reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gutgehens nur **1 Mk. 50 Pfg.** (außer Besuch). Keine Reparaturkosten billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Uhren, getragene Uhren von 5 Mk. an. Neue silb. Cylinder-Memontoirs, 6 Steine, von 14 Mk. an. do. 10 Steine, von 16 Mk. an, goldene Damen-Memontoirs, 14-Karat Gold u. 24 Mk. an. Gold- und Silberwaaren in gr. Auswahl zu Fabrikpreisen.
E. Rother & Stolz, 1. Geschäft: Andreasstr. 62.
Uhrmacher. 2. " Chausseestr. 78.
3. " Chausseestr. 94

Protokoll
des
III. Parteitages
der österreichischen Sozialdemokratie.
Wien & 25 Kr. = 30 W. von 200 & 25 Kr. = 30 W.
Bei Abnahme aus 100 Stück 10 Kr. = 11 W.
Bestellungen sind zu richten an die
Expedition der
"Arbeiter-Zeitung"
Wien, VI. Bez.,
Gumpendorferstraße
Nr. 40.

Gratweil's Bierhallen
Kommandantenstraße 77-79.
Täglich:
Borussia-Konzert- und
Kouplet-Sänger.
Gastspiel des **Charles**
Randolf, Zauberkünstler
und Gedankenspieler à la Cumberland.
Wochenlängs frei. Sonntags Entree 30 Pf.
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.
Zwei Säle
zu Versammlungen und Vergnügungen.
sowie 6 Billards, 3 Kegelbahnen.
F. Sadtke.

Philipp's Festsäle (früher Stöck)
Rosenhallerstr. 98. Fernspr. N. 9 Nr. 190
empf. seine Säle zu
eleganten
hochzeitl. Ball, Kommerz etc. mit u. ohne
Bühne. Gleichzeitl. empfehle meinen
vorchgl. Mittagstisch zu kleinen Preisen.
Vorzügl. Abendkarte.
Achtung!
Stimmgebende Arbeiter zur Gründung
eines Gesangsvereins werden gebeten,
am Sonntag, den 2. d. M., Vorm. 10 Uhr,
in unserem Lokal, Boeddystraße 21 bei
Schröder, zu erscheinen. 2283b
Wilsch, Weig. Krüger.

Freie Volksbühne.

Wie in der Annonce vom 29. September für Montag, den 3. Oktober, einberufene **General-Versammlung** kann nicht an diesem Tage stattfinden, sondern erst
am **Dienstag**, den 4. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr,
im **Konzerthaus Sanssouci**, Kottbusserstr. 4a.
Tagesordnung:
1. Das Verhalten des Kassiers **Zürk**. 2. Rechtfertigung der Vorstandsmitglieder **Wille** und **Kampffmeyer** gegen die im „Vorwärts“ von **Zürk** erhobenen Anschuldigungen. 3. Verschiedenes.
2287b
Der Vorstand. **J. A. B. Kampffmeyer**.

Arbeiter-Bildungsschule

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Nachmittags-Unterricht für Nachtarbeiter am Dienstag, den 4. Oktober, beginnt und zwar in der Nord-Schule, Müllerstr. 179a und in der Ost-Schule, Markussstr. 31 II. Die Stunden fallen Nachmittags von 3 1/2 bis 5 1/2 Uhr. — Gleichzeitig machen wir bekannt, daß die vom Vorstand geplante Vorstellung in der „Urania“ nicht am 9. Oktober, sondern erst am Sonntag, den 13. November, stattfindet. Die bereits ausgegebenen Billets behalten ihre Giltigkeit.
Der Vorstand.
480/17

Freie Vereinigung der Kaufleute.

Große Versammlung
am Sonntag, den 2. Oktober, Nachmittags 3 Uhr,
im Hauptsaal der Armin-Hallen, Kommandantenstraße 20.
Tages-Ordnung:
1. Die Ausfüllung der Fragebogen. 2. Der Ansturm gegen die Sonntagruhe. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.
Gäste willkommen.
Um zahlreiches Erscheinen bittet
Referent: **Alfons Borchardt**.
Der Vorstand.
199/1

Berein d. Arb. u. Arbeiterinnen der Buch-, Papier- und Lederwaren-Industrie.

Montag, den 3. Oktober, bei **Boiz** (Feuerstein), Alte Jakobstr. 75,
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **G. Kessler** über Arbeiterschutz und kapitalistische Begehrtheit. 2. Wahl der Diskussionskommissionen der Freien Vereinigung und des Arbeiterinnenvereins. 3. Abrechnung der Liquidationskommissionen der Freien Vereinigung und des Arbeiterinnenvereins. 4. Bekanntgabe des Arbeitsnachweis-Mealments. 5. Verschiedenes.
Die Billets zum Zeit am 22. d. M. im Böhmischen Bräuhaus werden ausgegeben.
Die Zahlstellen des Vereins sind geöffnet jeden Sonnabend von 6-8 Uhr Abends bei **Lenz**, Alte Jakobstr. 69, und **Thalmann**, Wasserthorstr. 22, von 8-10 Uhr Abends bei **Gründel**, Dresdenerstr. 116, **Korbert**, Beuthstraße 20/22, und **Heule**, Blumenstr. 34.
Die Zahlstelle **Adalbertstraße** fällt weg.
118/1
Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse des deutschen Wagenbauers.

(Ortsverwaltung Berlin 6.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied, der **Schmid**
Georg Rollmann,
am 29. September, an der Lungen-schwindsucht verstorben ist.
Die Beerdigung findet Sonnabend, den 1. Oktober, Nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause **Lothringers**, 17 aus nach dem **Nicolai-Kirchhof**, Prenzlauer Allee 7 statt.
2299b
Die Ortsverwaltung.

Todesanzeige.
Allen Freunden und Genossen die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau **Marie Waiskowitz**, geb. **Schröder**, am 29. September nach schweren Leiden gestorben ist. — Die Beerdigung findet am Sonntag, den 2. Oktober, Nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Sionsgemeinde in Weihensee aus statt.
Louis Waiskowitz
nebst Kindern.
2287b

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

(E. S. Nr. 89 Hamburg) Filiale 7.
Sonnabend, den 1. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, bei **Knappe**, Lindowstr. 10,
Versammlung.
Tages-Ordnung:
Wahl des Delegierten zur außerordentl. Generalversammlung.
Achtung! Die Zahlstelle beider Kassen (Nr. 29 und 89) wird vom Sonnabend, den 1. Oktober, ab von der Lindowstr. 23 nach der Lindowstr. 10, bei **Knappe**, verlegt.
224/1
Der Bevollmächtigte.

Freie Kranken- u. Begräbniskasse d. Schuhmacher u. Berufsgenossen Berlins.

(E. S. Nr. 27.)
Montag, den 10. Oktober, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn **Golk**, Alte Jakobstr. 75,
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vierteljährlicher Kasienbericht. 2. Wahl eines Vorstehenden (weil das Resultat am 24. Mai nicht unanfechtbar war). 3. Innere Angelegenheiten. 4. Statutenberathung.
Mitgliedsbuch legitimirt.
2295b
Der Vorstand.

Schuh u. Stiefel mit Kontrollmarke aus Grjurt

empfehlen
E. Geyer, Oranienstr. 202,
E. Mitschke, Kaskanien-Allee 86,
G. Berbe, Ritterstr. 114,
H. Rath, Waldstr. 34. [3047L]
W. Payke, Manteuffelstr. 31,
G. Rördel, Forsterstr. 7,
A. Anders, Berichstr. 82,
F. Schardt, Rehderstr. 84, Weiseweg.
Allen Freunden und Parteigenossen empfehle mein **Schuhwaaren-Lager**. Gute, solide Arbeit, mäßige Preise.
H. Müller, 80., Schleifstr. 3.

Tischler-Berein.

Sonnabend, den 1. Oktober, Abends 9 Uhr, **Reichstr. 15**: Vortrag. Ausgabe der Billets zur „Urania“ und zu dem am 15. Oktober stattfindenden Stiftungsfeste.
2282b
Der Vorstand.

Martin Klein, Uhrmacher.

1476L
25 Neue Hochstr. 25
empfiehlt sein Lager aller Arten **Hand- und Taschen-Uhren.**
Reparaturen zu soliden Preisen.

Marken z. quittieren von Partei-Beiträgen

empfiehlt allen Genossen die **Druckmarken** und **Kautschuk-Stempelfabrik** von **Conrad Müller**, **Schwendt-Leipzig**.
Preisliste gratis und franko.

Zum Anzuge empfiehlt in großer Auswahl

sozialistische
Bilder und Einsprüche
mit und ohne Rahmen
Th. Mayhofer Nachf.,
Sozialdemokratische Buchhandlung,
Berlin N., Weinbergsweg 15 b.

Größtes Lager Berlins Kinderwagen.

Arbeitsmarkt.
Eüchtige **Putzer**
für **Bisp** und **Cement** finden lohnende Beschäftigung. 2280b
Aktion-Gesellschaft für Monier-
Säulen vorm. **G. A. Wags & Co.**,
Alt-Weiß 97.

Bordmaler für **Schiff- u. Bambus-**
Arbeit verl. **sof. A. Steinicke**, **Grüner**
Bdg 15. 2298b
W. Schildermaler empfiehlt sich
H. Schön, **Reichenbergerstr. 162**. [3053L]

Von der Cholera.

Dem Kaiserlichen Gesundheitsamt vom 29. bis 30. September, Mittags, gemeldete Cholera-Erkrankungs- und Todesfälle:

Table with columns: Staat und Bezirk, Ort, Datum (26.9., 27.9., 28.9., 29.9.), erkrankt, gestorben. Rows include Hamburg, Preußen (Schleswig, Sleswig-Holstein, Mittelrhein).

Verzettelte Erkrankungen:

Regierungsbezirk Stettin: in 1 Ort des Kreises Uckermarke 1 Erkrankung, in 1 anderen Ort desselben Kreises und in der Stadt Stettin je 1 Todesfall. In 1 Ort des Kreises Greifenhagen 2 Todesfälle.

Regierungsbezirk Schleswig: in der Stadt Rendsburg 1 Todesfall.

Regierungsbezirk Potsdam: in je 1 Ort der Kreise Westhavelland und Oberbarnim 1 Todesfall.

Hamburg, 30. September. Amtlich werden 33 Cholera-Erkrankungen und 24 Todesfälle gemeldet; davon entfallen auf gestern 16 Erkrankungen und 15 Todesfälle. Die Transporte betragen gestern 42 Kranke und 5 Leichen. Aus Altona werden amtlich 9 Erkrankungen und 9 Todesfälle gemeldet.

Stettin, 30. September. Laut amtlicher Meldung ist gestern hier eine Kabinenschiffsfrau an der Cholera gestorben. Ein neuer Erkrankungsfall ist nicht gemeldet.

Amsterdam, 29. September. Aus Rotterdam, Jupien, Gouda, Delft und Dordrecht wird je eine Cholera-Erkrankung, aus Herzogenbusch wird ein, aus Bleiswijkgraaf werden zwei Todesfälle infolge von Cholera gemeldet.

Odessa, 30. September. Nach amtlicher Mitteilung ist die Cholera nunmehr auch hier aufgetreten. Vom 23. bis zum 28. September sind zehn Personen erkrankt und vier gestorben.

Die „Times“ meldet aus Malta, die Reisenden, welche dort landen wollten, hätten die Erklärung abgegeben, daß sie seit 12 Tagen nicht in Frankreich, Belgien, Holland, Deutschland, Dänemark, den Ostseehäfen oder New-York gewesen seien. Denselben jedoch, welche direkt aus England kamen, und zwar auf Schiffen, die einen Arzt an Bord hätten und auf denen während der Ueberfahrt keine choleraähnliche Erkrankungen vorgekommen seien, sei die Landung gestattet.

Paris, 30. September. Gestern sind in Paris 31 Cholera-Erkrankungen und 11 Todesfälle, innerhalb der Baummeile 8 Erkrankte und 9 Todesfälle vorgekommen.

Sankt Petersburg, 30. September. Gestern erkrankten hier 3 Personen an der Cholera, 6 sind gestorben.

Parteinarrichten.

In den „berechtigten Eigenthümlichkeiten“, welche die deutsche Regierung in Bezug auf die Sozialdemokratie zeigt, vor allem die Napoleonische Vereinsgesetzgebung. Napoleon III., als er seinen Thron bereits erschütterter fühlte, zwang das Vereinsgesetz zwei Jahre vor seinem Sturz dem Vatte auf. Dieses Gesetz, welches das Vereins- und Versammlungsrecht fast vollständig in die Hand der Regierung brachte, ist heute noch in Kraft. Das Reich hat die Sozialdemokratie nicht besonders geneigt, die Bevölkerung von Sozialdemokraten in der deutschen Regierung günstig zu stimmen, muß selbst der „Dannoverische Kontrakt“ zugestehen, welcher in der Handhabung dieses Gesetzes eine gewisse sozialpolitische Kurzsichtigkeit erblickt. Die „Straßburger Post“ giebt dies gleichfalls zu, aber komisch ist es, wie sie herumspringt, um die kaiserliche Regierung zu vertheidigen. Das Gesetz ist einmal da und dasselbe zieht für alle Lebensdauerungen ohne Ausnahme sehr enge Schranken. Warum aber wird das Napoleonische Gesetz beibehalten? Nun, es herrscht das Bestreben, der Sozialdemokratie Abbruch zu thun und wenigstens ihre Ausbreitung thörichtlich zu verhindern. Dies Bestreben fördert den „Krieg der Organe“, der manchmal fruchtlos zeitigt, die „Kriegs- und Verdrängung“ verweigert ähnlich sehen. Das ist der Grund des Gesetzes gegen die Sozialdemokratie, welches entgegen dem gegen die Sozialdemokraten in Anwendung kommen, damit die Ungleichheit vor dem Gesetze nicht allzu freudig ins Auge falle. In diesem Zirkel springt das reichsindische nationalliberale Blatt umher. Und das Resultat dieser Regierungsgewaltigkeit? Alle ethischen Elemente wenden sich zur und mehr der Sozialdemokratie zu, der einzigen Partei, welche den Muth und den Willen hat, gegen Verdrängung zu kämpfen.

In der Schweiz haben unsere Gegner selbst in der Bauerschaft den Boden an dem letzten Sonntag eine Zusammenkunft der Sozialdemokraten von Niederplattlingen u. s. w. statt, in welcher der Sozialdemokrat und Bund sprach. Er meinte, daß die Bauern allmählich zu selbstbestimmten Personen werden, daß die Bauernschaft selbst zur Sache werden und den Boden in der Bauerschaft selbst zur Sache werden. Er meinte, daß die Bauernschaft selbst zur Sache werden und den Boden in der Bauerschaft selbst zur Sache werden. Er meinte, daß die Bauernschaft selbst zur Sache werden und den Boden in der Bauerschaft selbst zur Sache werden.

auch zur Einsicht der Zweckmäßigkeit und Rentabilität des gewerkschaftlich-landwirtschaftlichen Betriebes kommen. Arbeiten sich die Bauern zu dieser Einsicht durch, dann können Hand in Hand mit ihnen die Arbeiter den gemeinsamen Feind, den Kapitalismus, bekämpfen.“

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Aus Laucha (Provinz Sachsen) wird dem „Zeiger“ „Volksboten“ unterm 26. September geschrieben: „Haben sich die Gendarmen den im Namen des Reichs und des Königs gesprochenen Urtheilen unterzuordnen, oder stehen die Gendarmen über dem Gesetz? Die Frage wäre endlich einmal ernstlich zu regeln. Die königlichen Schöffengerichte, das Raumburger Landgericht und das Berliner Kammergericht haben zu wiederholten Malen entschieden, daß das Erheben eines feinen Entrees bei Versammlungen von der Polizei u. s. w. nicht verboten werden könne. So, das Raumburger Landgericht und das Reichsgericht hat im Prozeß Hoffmann (im Fall Teuchern) entschieden, daß ein Zwangsbesitz gegen ein derartiges ungesetzliches Verbot und ein Auffordern dazu kein Widerstand gegen die Obrigkeit ist, da die Polizei nicht in dieser Beziehung zu verbieten habe. Trotz alledem stellen sich die überwachenden Beamten bei der gestern in Laucha stattgefundenen Versammlung wiederum über das Gesetz, verboten das Entree-Erheben und verurtheilten, die Kaffe mit Beschlag zu belegen, letzteres aber ohne Erfolg, denn der betreffende Beamte war flüchtig, so daß der Gendarm nur Teller und Tisch beschlagnahmte und aus dem Saale entfernte. Wie soll das Volk Recht haben und an das Recht glauben, welches im Namen des Reichs und des Königs gesprochen wird, wenn die Beamten desselben sich in solcher ungesetzlichen Weise darüber fort setzen und auf den Hinweis auf die Erkenntnisse einfach antworten: „Das geht uns nichts an!“ Selbstverständlich wird die Sache weiter verfolgt werden, um festzustellen, ob die Herren Gendarmen auch dem Gesetze unterthan sind und dasselbe zu befolgen haben.“

Lokales.

Achtung! Alle diejenigen Genossen, welche sich im Besitz von Sammelbüchern für die letzten Stadtverordneten-Wahlen befinden, werden gebeten, dieselben behufs Abrechnung schnellstens an die bekannten Stellen abzuliefern. Fr. Zubeil, Naunynstr. 55.

Das Unternehmen der Volks-Kassenhäuser ist gar nicht so unrentabel, wie es den Anschein hat. Alle diese Unternehmen, welche unter dem heutigen System im Interesse der Arbeiter ihre Porten aufstun, müssen sehen, wo sie bleiben und wie sie auf ihre Profitrate kommen. Das thun auch die Volks-Kassenhäuser. Die Verwaltung derselben giebt sich den Anschein, als ob sie aus Gnade und Barmherzigkeit etwas verschente, in Wirklichkeit aber muß doch die Menge der Arbeiterproleten für den Profit sorgen. Die Preise sind scheinbar billig, berücksichtigt man aber den Masseneinkauf und die Zubereitung, so halten sie sich auf ganz leidlicher Höhe. Es wird wenigstens nicht behauptet werden können, daß z. B. Mädel (zwei Eier) mit Kartoffeln ohne Brot für einen Preis von 25 Pf. nicht geliefert werden können. Das ist aber der ständige Preis, ohne Rücksicht darauf, wie sich die Einkaufspreise gestalten. Das Verzehren des Essens gestaltet sich zur einfachen Abfertigung. In dem Geschäft in der Neuen Schönhauserstraße wird Abends 9 Uhr Feierabend gegeben, ganz gleich, ob Jemand noch zu essen hat oder nicht. Bis wenige Minuten vorher wird noch Essen verkauft, es muß also schon ein Konzertessen sein, wenn er im Handumdrehen den Teller geleert haben will. Jede Demonstration bleibt fruchtlos, die Gendarmen stehen schon bereit, wer den Mund aufstut, wird an die frische Luft befördert. Es herrscht überhaupt eine wunderbare „Disziplin“ in den Lokalen. In der Niederwallstraße führt ein Inspektor das Regiment, der früher Polizeibeamter war. Der „besetzte“ einfach, und die Gäste haben zu gehorchen. Das Jeder, der für sein Geld etwas bezahlt, ein Gast ist, diesen Leuten unbegreiflich, sie haben die Meinung, daß sie sich ein Anrecht auf die ewige Seligkeit verdienen, wenn sie für hinfällige Bezahlung den Menschen etwas zu essen liefern. Das „Hinausschmeißen“ ist eine Lieblingsbeschäftigung der Angestellten der Lokale. Wer auch nur ein Wort sagt, was den Herren nicht paßt, wird sofort beim Kragen genommen. Wie bei so vielen kapitalistischen Unternehmungen ist auch hier das „werthvolle Interesse für die arbeitende Bevölkerung“ ein häßliches Mäntelchen, was der Sache umgehängt wird — Ziele und Zwecke bleiben immer dieselben!

Die Schöneberger Hausbesitzer wachen sich mit der Zeit zu Gemüthsleuten der edelsten Sorte aus. In dem brachbarten Millionenborsie existirt ein Hausbesitzerverein und auch ein Mieterverein, deren Interessen sich natürlich abstoßen wie Wasser und Feuer. Die Schöneberger sind aber vertägliche Seelen, und so hat zwischen diesen beiden Vereinen eine Einigung stattgefunden über den Entwurf eines sogenannten Miethkontraktes. Es ist denn nun auch ein ganz angetrohenes Exemplar zu Stande gekommen, das seinen Vätern alle Ehre macht. Was die Mieter dazu sagen werden, muß die Erfahrung lehren, denn der ist wirklich nicht zu beneiden, der sich um Grund dieses Vertrages eine Wohnung mietet. In demselben bedeutet nämlich der Hauspächter alles und der Mieter nichts. Der Vertrag gipfelt in einer „Hausordnung“, die wunderbares Zeug zu Tage fördert. So ist die Verwendung von Steinöfen annehmlich verboten und auch Drehöfen sind nur unter der Voraussetzung gestattet, daß sie nicht durch Glanzruß die Schornsteine verunreinigen und durch Ablen Geruch belästigen! Blumenbretter dürfen prinzipiell nicht angebracht werden, das Gehen in Holzpantinen, die man in Dörfern doch noch zuweilen anzutreffen pflegt, ist in Schöneberger Wohnungen streng untersagt. Wer Besuch bei sich aufnehmen will, hat zunächst die schriftliche Genehmigung des Hauspächters nachzusuchen. Kinder- und Krankenwagen dürfen in den Miethkammern nur unter der Bedingung benutzt werden, daß die Mieter mit einer schalldämpfenden Umhülle von Kautschuk oder Filz versehen werden.“ So geht es noch ein ganzes Ende weiter, so daß es viel einfacher gewesen wäre, nur das anzuführen, was die Mieter dafür, daß sie ihre Mieth bezahlen, eigentlich thun dürfen. Das hätte sich schließlich in zwei oder drei Zeilen zusammenfassen lassen.

Unbegreiflich erscheint es nur, wie der Mieterverein zu einem solchen Kontrakt seine Zustimmung geben konnte. Wenn bei den ganzen Beratungen nichts weiter herausgekommen ist, als dieser Kontrakt, dann waren die gegenseitigen Verhandlungen wahrlich nicht erst notwendig, den hätten die Hauswirthe allein schließlich auch fertig gebracht. Die Miethkontrakte in Berlin sind gewiß nicht schön, aber so gefährlich, wie die im Millionenborsie sind sie doch noch nicht. Was soll denn das heißen, daß einem kurzen Besuch erst die schriftliche Genehmigung des Hauswirthes zur Annahme-Erlaubnis einholen zu müssen? Noch einen Schritt weiter, und der Mieter darf Besuche überhaupt nur noch unter Bewachung und Ueber-

wachung eines vom Hauswirth Angestellten empfangen, — das wäre dann so à la Pförsche. Und dann sollen sich die Schöneberger Bauern auf ihre Klamottenburgen überhaupt nicht so viel einbilden. Sie möchten natürlich gern Berlin spielen da hinter dem Botanischen Garten und gerade die Leute, deren ungerathene Begleiterin in den Jugendjahren die Miethorte war, haben es den Berlinern am besten abgekauft, wie sie sich räupern und wie sie spucken. Die Schöneberger Hausbesitzer haben nicht notwendig, sich so auf's hohe Pferd zu setzen, sie sollen froh sein, daß sie die Mieth pünktlich erhalten und im übrigen das unnütze Gekläne der Miethher lässig bei Seite lassen.

In Krankenhause Moabit ist gestern ein neuer Fall asiatischer Cholera festgestellt worden. Er betrifft den früheren Ruffers Meinde, der in Hamburg längere Zeit als Badewärter thätig war. Bei seiner Ankunft in Berlin am Mittwoch wurde er, obwohl er damals noch gesund war, als verdächtig angesehen und nach dem Krankenhause Moabit geschickt. Dort kam die Krankheit vorgestern bei ihm zum Ausbruch und gestern wurde durch die bakteriologische Untersuchung das Vorhandensein von Komabaazillen konstatiert. Der asiatische Cholera erkrankt gewesene Kellner Lange ist gestern geheilt entlassen worden, während für heute die Entlassung der beiden Bräutigamswitwen und einer Anzahl unverdächtigter Patienten in Aussicht genommen ist. Die Section des so plötzlich verstorbenen Ruffers Hanke hat keinen Anhalt für asiatische Cholera ergeben. Bei dem Volkschirurgen Köwes scheint nur Bruchdarmfall vorzuliegen, indessen ist die Untersuchung noch nicht abgeschlossen.

In Charlottenburg ist der „Charlottenburger Zeitung“ ein folge ein des Mordes an der Kominka dringend verdächtig Mann verhaftet worden. Die Polizei glaubt auf der richtigen Fährte zu sein, doch hat der Verhaftete ein Geständnis noch nicht abgelegt.

Nebenbeschäftigungen ganz eigenthümlicher Art scheinen von Leuten betrieben zu werden, welche unserm Erachtens nach zu den „städtischen Beamten“ zu zählen sind. Vor uns liegt ein hektographirter Brief, der einem Bauherrn per Post zugehakt wurde, der ein Baugesuch eingereicht hatte. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Berlin, Datum des Poststempels. Hochgeehrter Herr! Ew. Wohlgeboren gestattet sich der gehoramt Untergeordnete nachstehendes zur hochgeneigten Berücksichtigung ganz ergebenst zu unterbreiten:

Ich bin in der städtischen Planammer beschäftigt und kann Ew. Wohlgeboren in vielen Sachen behilflich sein, und zwar hauptsächlich bei den hier eingehenden Baugesuchen, wenn dieselben beschleunigt werden sollen.

Da ich mich während meiner freien Zeit mit Feuerversicherungen beschäftige, gestatte ich mir Ew. Wohlgeboren die ganz ergebene Bitte zu unterbreiten, mir hochgeneigt die Kohnbau-Versicherung für den Neubau (folgt genaue Straßenangabe) zuzumachen zu lassen. Der Hoffnung Raum gebend, daß meine Bitte hochgeneigte Berücksichtigung finden möge, zeichne

Hochachtungsvoll ergebenst (folgt genaue Adresse)

Dieser Brief ist, wie schon erwähnt, auf hektographirtem Wege hergestellt, also zum Massenversand bestimmt. Der Stil ist ein solcher, wie er von Subalternbeamten seinen Vorgesetzten gegenüber angewendet zu werden pflegt. Ob der Briefschreiber wirklich in der Lage ist, eine Beschleunigung der Baugesuche herbeizuführen zu können oder nicht, wollen wir dahingestellt sein lassen. Jedenfalls aber soll in dem Empfänger der Glaube erweckt werden, daß dies der Fall sei, — aber nur dann, wenn der „in der städtischen Planammer Beschäftigte“, der sich in seinen freien Stunden dem Feuerversicherungs-Wesen gewidmet hat, die Kohnbau-Versicherung erhält, an der er etwas „nebenebei“ verdienen kann. Vielleicht ist es ein armer Teufel, der es braucht, sehr notwendig braucht, — nun, wir wollen ihm seinen Nebenverdienst nicht abschneiden. Die Behörden sollten ihre Beamten so bejahen, daß sie nicht nöthig hätten, noch Privatgeschäfte zu machen. Wir bringen die Sache hier nur zur Sprache, weil wir wissen, daß unsere Beamten sich unter Berufung auf ihre amtliche Stellung Vortheile privater Natur niemals verschaffen!

Keine kleine Ueberraschung wurde neulich einem hiesigen Förderer zu Theil, als er, nichts ahnend, eine Schraube in eine Polwand einlassen wollte und zu diesem Zweck rüftig mit dem Bohrer vorarbeitete. Mitten in seiner Arbeit erhielt er einen recht empfindlichen Schlag, der ihm um so unheimlicher dünkte, als er sich die Ursache nicht erklären konnte. Unter Jurisdiction des Bohrers flüchtete der Förderer, und erst nach einigen Stunden sollte die unheimliche Erscheinung Erklärung finden. Der Mann hatte, die dünne Wand durchbohrend, ein mit Blei umhülltes Kabel, welches zur Regulierung der gegenüber dem Hause stehenden Urania-Uhr dient, durchstoßen und gleichzeitig ein elektrisches Lichtkabel mit dem Bohrer getroffen. Werthwürdigerweise war hierdurch der Schlag zwischen beiden Kabeln durch den Bohrer hergestellt und der starke Strom aus dem Lichtkabel wurde dadurch in das Uhrenkabel geleitet und zwang, da der Strom für die Uhren sich viel zu stark zeigte, das Uhrwerk zum Stillstand. Längere Zeit standen selbst die mit der Ueberwachung der Urania-Uhren betrauten Elektrotechniker vor diesem Räthsel, ohne dessen Lösung finden zu können. Die Gesellschaft hat wohl für alle möglichen Betriebsstörungen eine Verhällung der Uhren und eine gleichzeitige Alarmierung der Zentralfeste eingerichtet, aber an diesen ungewöhnlichen Fall hatte man doch nicht gedacht.

Die Bestimmungen über die Gastwirthschaften mit weiblicher Bedienung treten heute, am 1. Oktober, in Kraft. Die nächsten äußerlichen Wirkungen der Verordnung lassen sich schon jetzt zum Theil erkennen. Viele dieser Lokale gehen ein; die Wirthschaften entweder ein anderes Geschäft oder übernehmen Strohballen, durchweg in anderen Lokalen. Ein anderer Theil aber giebt sich in Zukunft ein Geschäft zu machen, sei es durch Anhängen der Bestimmungen, daß Angehörige des Wirthes auch künftig die Gäste bedienen dürfen, sei es, weil sie auf die gegenwärtigen Bedienungsmädchen als auf künftige Gäste mit unverminderter Ansehenskraft auf die männliche Bedienung rechnen, sei es endlich, weil sie nicht an eine strenge Durchführung der neuen Bestimmungen glauben. Jedenfalls werden sich von heute ab die Schankstätten mit Bedienung „von zarter Hand“ erheblich verringern; und das ist sicherlich kein Schade. Berlin hat besonders viele dieser Lokale; und in Berlin war das Treiben in denselben besonders schamlos. Hauptsächlich aber wird es darauf ankommen, ob die auf dem Papier stehende Verordnung gleichmäßig und korrekt zur Ausführung kommt; das hängt zum größten Theil von den unteren Polizeiorganen ab.

Der Arbeiter-Bildungsverein von Stettin, Friedenan und Umgegend veranstaltet heute (Sonnabend) in den Räumen des Restaurants zum „Gambrius“ Abornstraße zur Gedächtnisfeier zum Fall des Sozialistengesetzes ein geselliges Beisammensein mit Langfränschen. Entree frei.

Gestern Mittag wurden die Wehre an den Dammwäldern und an der Charlottenburger Schleufe geöffnet und dadurch eine lebhafte Strömung in den Wasserläufen hervorgerufen. Diese Maßnahme hatte nämlich den Zweck, das Unterwasser und den Spandauer Kanal einer Reinigung zu unterziehen und durch den lebhaften Strom den auf dem Wasserpiegel schwimmenden Schlamm zu beseitigen. Wie stark der Strom in Bewegung kam, geht aus dem Umhänge hervor, daß sämtliche Schiffer und Fischer benachrichtigt worden sind, ihre Fahrzeuge, um sie vor Schäden zu schützen, zu besichtigen. Leider kann diese zur Reinigung der Ströme beitragende Maßregel nicht oft ausgeführt werden, weil das aus der Obersee abgeführte Wasser sich nur sehr langsam ergüßt und bei niedrigem Wasserstande der Schiffahrt-Verkehr erschwert wird.

Auf die in unserer Nr. 228 vom 20. September enthaltene Notiz, die mit den Worten beginnt: „Drei Genossen“, geht uns von dem betreffenden Wirt, Herrn Sperling, Ueblicher- und Gubrostrafen-Geld, ein Schreiben zu, in welchem derselbe die Darstellung des Sachverhalts für unrichtig erklärt. Herr Sperling behauptet, daß er sich zu Unbilligkeiten gegen einen der Gäste nur deswegen habe hinreißend lassen, weil derselbe vollständig betrunken war und einen solchen Skandal verursacht, daß seine Entfernung aus dem Lokal, um größere Störungen zu vermeiden, absolut notwendig war. Der Betreffende wurde von dem Wirt nur bei den Schultern erfaßt und zum Lokal hinausgedrängt. Es sind hierüber drei Zeugen vorhanden, unter welchen sich auch der Dirigent des Gesangsvereins Titania befindet. Die beiden Begleiter des angekränkten Gewesenen können unmöglich als vollständige Zeugen angesehen werden, weil sie sich selbst zeitweilig vor den Zustand ihres Gefährten lustig gemacht hatten. Die ganze erste Meldung scheint auf eine Böswilligkeit gegen den Wirt und auf geübte Bestimmung gegen den Wirt hinauszulaufen.

Am Alkoholvergiftung ist ein vierjähriger Knabe in der zwischenen Nacht gestorben. In einem Hause in der Hagenauerstraße wohnte der Bierfahrer G. mit seiner Frau. Als Frau G. gestern Nachmittag in Abwesenheit des Mannes auf kurze Zeit ihren vierjährigen Sohn Emil unbeaufsichtigt gelassen hatte, stürzte der Knabe an das offenstehende Kochenspind heran und nahm diesen eine mit Kognak gefüllte Flasche, deren Inhalt er bis zur Hälfte leerte. Die Mutter fand bei ihrer Rückkehr das Kind bewusstlos auf dem Fußboden liegend vor. Ein sofort zu Rathe gezogener Arzt stellte Alkoholvergiftung fest, konnte es aber nicht verhindern, daß das Kind nach 36 Stunden verstarb.

Polizeibericht. Am 29. v. M. Vormittags wurde vor dem Hause Silesstr. 21 ein Handelsmann beim Ueberfahren des Fahrdammes von einem Bierwagen überfahren und am Kopf und Fuß so bedeutend verletzt, daß seine Ueberführung nach der Universitätsklinik erforderlich wurde. — Vor dem Hause Reindensdorsstr. 4 wurde eine Arbeiterfrau, welche auf dem Fahrdamm einen mit Kognak beladenen Karren vor sich hertrieb, von einem Geschäftsmann überfahren und am Arm und Bein so bedeutend verletzt, daß sie noch ihrer Wohnung gebracht werden mußte. — Auf der Charlottenburger Chaussee, unweit der Sieges-Allee, verunglückte nachmittags ein Schächtermeister dadurch, daß er mit seinem Gesähe gegen ein ihm entgegenkommendes Fuhrwerk so stark anfuhr, daß er vom Bodengeschleudert und von dem anderen Fuhrwerk überfahren wurde. Er erlitt eine Quetschung des Fußes. — Am 29. v. M. Nachmittags entstand auf dem Holz- und Kohlenplatz Schornbrunnstr. 21 ein Brand, durch welchen ein daselbst befindlicher Schuppen zerstört wurde. Ein in demselben untergebrachtes Pferd und ein Flegelbock verbrannten. — Außerdem fanden noch 6 kleine Feuer statt.

Theater.

Leising-Theater. Zum ersten Male: Die Orientreise. Schwant in drei Akten von Oskar Blumenthal und Gustav Kadelburg. Herr Blumenthal und sein dramatischer Kompagnon kennen ihre Leute. Wenn die aufgesetzte Kost auch nur eine Olla Podrida alter Schwanst-Stocken, derber und zierlicher Pöden, handgreiflicher Zweckmäßigkeiten und aufdringlicher Wortspiele ist, — natürlich darf ein Schuß jener verlogenen Bediensch-Plowitzität, die alles und noch etwas mehr davon erlaunt hat, in diesen Berliner Machwerken nicht fehlen —, so ist das Stammpublikum des Leising-Theaters zufrieden. Der Schwant verarbeitet die bekannte Berliner Lokalnotiz vom vorigen Jahre, wonach bei dem Athanas-Abenteuer ein Berliner Bourgeois mit einer Talini-Frau — die „echte“ war daheimgeblieben — den Häubchen in die Hände fiel, nach seiner Art. Nämlich so, daß ein Berliner Fabrikant mit seiner Frau eine Orientreise machen will, daß diese in Dresden die Fahrt aufgibt, ihr Hundreisbillet an eine andere Dame verkauft wird. Auf der Reise muß diese Mittelstufen sich als Frau ausgeben, ein Orientale verliebt sich in die Wido-Frau. Als die Nachricht nach Berlin kommt, daß der Fabrikant und seine Frau von Häubchen gefangen worden sind, will die echte Frau, um den öffentlichen „Skandal“ zu verhüten, ihm heimlich entgegen. Daraus entspringt sich ein Knäuel von Verwechslungen, Verlegenheiten und ähnlichen Späßen, bis die Talini-Frau erscheint und die Sache auflöst. Zum Schluß die obligate Verlobung eines Lebemanns mit einem Waisch. Der dritte Akt war überflüssiger Ballast. Gezeigt wurde vortrefflich. Namentlich Herr S. S. (Kommerzienrat Herbig), Sch. S. (Sch. S.), Panja als liebesüchtiger Tante, Brandt (Gründer) und Fräul. Reisenhoser (Sarah Bartholdy) waren ausgezeichnet.

Berichts-Beitrag.

Ein umfangreicher Diebstahl- und Hehlereiprozess nahm gestern fast die ganze Sitzung der ersten Strafkammer des Landgerichts I in Anspruch. Auf der Anklagebank befanden sich der Handlungs-Kommiss Sally Hinzelmann, der Schneider Gabriel Löwinsky und die Resterhändler David Pachmann und Cohn. Der Erstgenannte war des Diebstahls in mindestens 50 Fällen, des wiederholten Betrugs und der wiederholten Unterschlagung beschuldigt, den übrigen Angeklagten wurde gewerblich und gewohnheitsmäßige Hehlerei zur Last gelegt. Der erst 26-jährige Einzelmann ist auf eine böse Bahn geraten. Vom September v. J. bis zum März d. J. war er bei der Firma Edmund Cohn in der Oberwasserstraße angestellt. Er gerieth in schlechte Gesellschaft und dadurch in Geldverlegenheit. Zunächst half er sich dadurch, daß er von drei verschiedenen Buchhändlern firmen je ein Konversationslexikon für 100 M. an Abzahlung entnahm und dieselben sofort in Geld machte. Sodann befohl er seinen Prinzipal um verschiedene Stücke Stoffe, die er dem Mitangeklagten Löwinsky gab und um mehrere fertige Kleidungsstücke, die er einer Sängerin schenkte. Im März d. J. trat Hinzelmann in die Dienste der Konfektionsfirma D. Lewin am Hauptvogelplatz. Hier nahm sein strafbarer Verkehr mit dem Angell. Löwinsky einen bedeutenden Umfang an. Er wusch demselben Stoffe und Seide zum Betrage von mehreren tausend Mark zuzuwenden, die von dem Lewin'schen Lager entnommen waren. Löwinsky hat die Stoffe an die Mitangeklagten Pachmann und Cohn verkauft und zwar zu so niedrigen Preisen, daß die Staatsanwaltschaft darin die Hauptbestandteile der Hehlerei erblickt. Hinzelmann war gefällig, er

wollte von Löwinsky unter Ausbeutung seiner Nothlage auf die Bahn des Verbrechens gedrängt worden sein. Löwinsky bestritt dies. Die Pachmann und Cohn behaupteten mit aller Entschiedenheit, daß sie sich im guten Glauben befunden hätten. Die von ihnen bezahlten Preise seien solche, wie sie bei Restler und Partie-Baaren-Händler üblich seien und das ganze Auftreten des Angeklagten Löwinsky sei derart gewesen, daß der Gedanke, es handele sich um geflohlene Waare, nicht aufkommen konnte. Nach eingehender Beweisaufnahme plädierte Staatsanwalt Flickel für Schuldig sämtlicher Angeklagten. Er beantragte gegen Hinzelmann drei Jahre Gefängnis, gegen Löwinsky fünf Jahre Zuchthaus und gegen Pachmann und Cohn je ein Jahr Zuchthaus. Fräul. Vertheiliger, die Rechtsanwältin Hugo Sachs, Dr. Friedmann, Bronker, Hornik und Schachian plädierten für milde Umstände in Betreff der beiden ersten, für Freisprechung in Betreff der beiden letzten Angeklagten. Der Gerichtshof verurtheilte Hinzelmann zu drei Jahren Gefängnis, Löwinsky zu zwei Jahren Zuchthaus, Pachmann und Cohn wurden nur der einfachen Hehlerei für schuldig befunden und zu je 6 Monaten Gefängnis verurtheilt.

Das Schwurgericht des Landgerichts I verhandelte gestern gegen den Kandidaten Otto Redlich, welcher der Urkundenfälschung und des Betruges beschuldigt war. Der Angeklagte hat seinen Namen wenig Ehre gemacht, da er mehrfach wegen unehrenhafter Handlungen verurtheilt ist. Im September dieses Jahres bestand sich der arbeitslose Angeklagte in Geldverlegenheit. Er suchte einen alten Bekannten, den Pferdehändler Wessel aus, dem er einen ganzen Roman vorzählte, worin besonders viel von einer reichen Braut, vom Häuserkauf u. s. w. vorkam. Dieser Vortrag war dem Angeklagten um so gefälliger, weil er ihn früher schon einmal gehalten, allerdings mit dem Erfolge, daß er dafür zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt worden war. Wessel ließ sich betören und gab dem Angeklagten leihweise 55 M. Nach einiger Zeit wiederholte Redlich sein Knäuel. Diesmal verlangte er von Wessel 30 M. und erbot sich, als Sicherheit ein Sparbüchlein über 40 M. zu hinterlegen. Wessel überlegte sich, daß er durch Annahme des Buches gleichzeitig Sicherheit für sein erstes Darlehen hatte, er gab deshalb von seinen früher erworbenen Ersparnissen noch 30 M. her. Das Buch erwies sich als gefälscht, es waren nur 2 M. darauf eingezahlt worden. Redlich war verschwunden und wurde fleißig verfolgt. Sonderbarerweise hatte er sich nach einem Orte gewandt, wo er früher wegen des gleichen Schwindels zu 4 Monaten Gefängnis verurtheilt worden ist. Er wurde in dem Gasthause zu Zwillingenberg, wo er sich aufhielt, dabei ertappt, als er seine alten abgetragenen Stiefel gegen die neuen eines anderen Gastes vertauschte. In einem Zerknirschung wollte man nicht glauben, und als man den Angeklagten verhaften ließ, entdeckte man seine fleißige Verfolgung seitens der Berliner Staatsanwaltschaft. Im gefolgten Termine war der Angeklagte gefällig. Die Geschworenen verurteilten ihn milde Umstände, worauf der Gerichtshof ihn nach dem Antrage des Staatsanwalts zu einem Jahr drei Monaten Zuchthaus und dreijährigem Ehrverlust verurtheilte.

Ein Kreditwindler, den es über sechs Jahre lang gelungen ist, sich dem Arme der Gerechtigkeit zu entziehen, stand gestern vor der Person des Handelsmanns Wilhelm Heinrich Schwant vor dem dritten Strafkammer hiesigen Landgerichts I. Derselbe betreibt den Betrug gegen Leute aus der Provinz ganz gewöhnlich. Zwei Strafbahnen aus dem Jahre 1886 waren es, die gegen ihn zur Anzeige standen. Der Herr. Max von Arnungen zu Mohrloch bei Heilsberg hatte durch eine Annonce einen Abnehmer für sein Obst gesucht und darauf hin hatte sich der Angeklagte gemeldet, der sich für einen gut fundierten Obsthändler ausgab und seinen Jahresbedarf sehr verlockend hinstellte. Herr von Arnungen hatte auch seinerzeit Wirtinnen in die Mittheilungen des Angeklagten, sondern schloß mit demselben die Obstlieferung ab. Die erste Sendung hatte einen Werth von 225 M., zu weiteren Sendungen kam es nicht, denn der Angeklagte ließ nach Empfangnahme des Obstes nichts mehr von sich hören. In ganz gleicher Weise lieferte derselbe zu Tilsit einen Wirtshändler Namens Schweiger hinein. In diesem Falle war er es, der eine Zeitungsannonce erließ, in welcher er leistungsfähige Lieferanten von Wild aller Art anforderte, mit ihm in geschäftliche Verbindung zu treten. Herr Schweiger bot zu seinem Schaden dieser Aufforderung Folge geleistet. Der Angeklagte war raffiniert genug, den Lieferanten zuerst vertrauensvoll zu machen und ihm die erste kleinere Wildsendung zwar zu bezahlen. Als dann aber eine zweite Sendung im Werthe von 180 M. eingelaufen war, hat er das Wildpret zu Geld gemacht und dem Lieferanten das Nachsehen gelassen. Er ist dann jahrelang fleißig verfolgt worden, aber erst jetzt ist es gelungen, seiner habhaft zu werden. Wie gegen festgesetzt wurde, hat der Angeklagte noch einen ganz ähnlichen Kreditwindler verurteilt, hat für denselben noch eine sechsmönatliche Gefängnisstrafe zu verbüßen und ist mehrere Jahre im sicheren Auslande gewesen. Als er sich im September wieder einmal nach Deutschland wagte, wurde er verhaftet. Der Gerichtshof legte ihm zu den noch zu verbüßenden 6 Monaten Gefängnis noch eine Zusatzstrafe von 3 Monaten Gefängnis auf.

Vor der Schöffengerichts-Abtheilung, die im Gebäude des Polizeipräsidiums an der Stadtbahn tagt, fand gestern eine Privatklage zwischen zwei Maurern statt. Der Kläger war seinem Gegner vor, ihn bei den Kollegen dadurch verunglimpft zu haben, daß er von ihm behauptete, er habe die Sammlung zum Generalfonds der Maurer zur Kenntnis des Arbeitgebers gebracht. Der Vorliegende Assessor Bachmann mahnte zum Vergleich, und als der Angeklagte einen solchen nachhaft ablehnte, meinte der Vorliegende, daß der Angeklagte es leicht habe zu prozessieren, da die Vertheidigungsgebühren jedenfalls aus der Agitationskasse bezahlt würden. Die weitere Frage des Vorliegenden an den Angeklagten, ob dies nicht der Fall sei, erklärte der Vertheidiger Rechtsanwalt Sachs für unzulässig und rief seinem Klienten, eine solche Frage nicht zu beantworten, worauf eine ausweichende Antwort erfolgte. In der Sache wurde der Angeklagte zu einer Geldstrafe verurtheilt, weil die Verichtigung, daß jemand einen Komraden verrathen habe, eine Beleidigung darstelle.

Soziale Ueberlicht.

Situationsbericht. In der Rührer'schen Maschinenfabrik in Gassen N. L. ist einer Anzahl Arbeiter wegen schlechten Beschäftigungsganges gekündigt worden, auch sind weitere Kündigungen in Aussicht gestellt. Den Arbeitern dieser Fabrik wurde im Sommer dieses Jahres der Arbeitsverdienst bis zu 40 pCt. gekürzt, auch ist neuerdings die Arbeitszeit verkürzt worden. Die Erwerbsverhältnisse sind gegenwärtig überaus traurig. So erhielten gelernte Schlosser für dreizehntägige Arbeit einen Lohn von 20 M. Die Arbeiter schieben die Schuld dieser fortgesetzten Lohnreduzierungen dem Direktor der Fabrik zu. Da noch eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit eintreten soll, so wird von den in G. beschäftigten Metallarbeitern dem kommenden Winter mit Bangen entgegen gesehen. Derartige Bilder könnte man zu Hunderten aus allen Theilen Deutschlands vorführen. Wenn wir es aber thun und die entsprechenden Bemerkungen daran knüpfen und Schlüsse aus solchen Vorgängen ziehen, dann nennt man uns Dezer. Als wenn es

nötig wäre, Menschen, die unter solchen Verhältnissen leiden, noch anzudehen. Wo nichts als Elend im Hause ist und immer wieder nur Elend zum Fenster hinaus, da bedarf es keiner demagogischen Aufbebung. Aber das Elend macht stumpfsinnig, es läßt den Menschen auf eine Stufe hinabsinken, auf welcher er nicht mehr fühlt, daß seine Lebensweise von der des Thieres nicht mehr weit entfernt ist, daß sie in Bezug auf Ernährung schon theilweise tiefer gesunken ist. Und trotzdem keine Anstalten, diesem Elend Einhalt zu gebieten, trotzdem sollen unsere Verhältnisse die besten sein, die je existirt haben. Ja, wir Deutsche fürchten nur Gott, sonst nichts auf der Welt. Wir fürchten uns selbst nicht einmal davor, die Menschen hungern sterben zu sehen, obgleich genügend Mittel zu ihrer Erhaltung vorhanden, oder — weil zu viel solcher Mittel geschaffen wurden. Welcher Widerstand? Aber es paßt zu der gegenwärtigen Gesellschaft. Die Menschen hungern und die Arbeitskraft, die das etwa fehlende herbeschaffen könnte, liegt auf der Straße. Besser läßt sich das Unhaltbare unserer Gesellschaftsorganisation nicht nachweisen. Aber trotzdem sehen wir den größten Theil der Arbeiter noch in dem Glauben befangen, daß an diesen Zuständen nichts zu ändern wäre. Hunger und Elend haben sie unfähig gemacht, mit an den Behreibungen theilzunehmen, die auf eine Aenderung dieser Zustände hinielen. Und da gilt es, Aufklärung zu verschaffen, diesen Stumpfismus zu brechen. Das ist unsere Aufgabe, die in solchen Zeiten, in denen wir derartige Verhältnisse bringen müssen, um so schärfer hervortritt.

In Hamburg sind immer noch 160 Brauer und Hilfsarbeiter ausgeperrt. Die Brauereidirektionen hatten zugesagt, im Laufe des Monats September die Ausgehenden wieder in Beschäftigung zu nehmen. Wir wollen zugeben, daß die Cholera-Epidemie, die fast alle Geschäfte hemmt, auch den Brauereibetrieb lähmt. Aber es geschieht auch seitens der Herren, die rücksichtslos die Arbeiter auf die Straße setzten, nichts, das Elend unter den arbeitslosen Bauern zu mildern. Ebenso ist die in Aussicht genommene Regelung des Arbeitsnachweises noch nicht erfolgt, obgleich seitens der Arbeiter wiederholt hierzu aufgefordert ist. Die Unterstützung der ausgehenden Brauer kann bei den jetzt in Hamburg herrschenden Verhältnissen nur mangelhaft erfolgen. Deswegen müssen sich die Ausgehenden an die auswärtigen Berufsgenossen wenden. In Kiel sind die Differenzen der Brauer mit den Arbeitgebern durch das Eintreten des Gewerkschafts-Kartells beigelegt worden.

Die General-Kommission.

Ernennung über bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Zeit vom 9. bis 21. September 1892 eingegangene Gelder. Aus Hamburg von Kniese's Bau, Neue Hegestraße 30. — Aus Hamburg vom Bau Winstraße, Winterhude 10. — Quartalsbeitrag (2. und 3. Quartal 1892) des Vereins deutscher Stilmacher 60. — Quartalsbeitrag (2. Quartal 1892) der Vereinigung der Schmiede 68.10.

H. Dammann, Kassirer, Hamburg.

Hollvereinshaus, Wilhelmstr. 13, 1. Et.

Unternehmer-Praktik. Die Arbeitslosigkeit in Chemnitz, schreibt der dortige Beobachter, wird durch die Fabrikanten vielfach künstlich großgezogen. So wurde in einer Fabrik wegen Mangels an Arbeit die tägliche Arbeitszeit in vorvoriger Woche um zwei Stunden gekürzt, nach einigen Tagen erhielten plötzlich 25 Dreher, Schlosser, Hobler aus obigem Grunde gekündigt. Diese mögen nun zusehen, wo sie ihres Lebens Unterhalt hernehmen. An Stelle dieser Leute wird die Arbeit von Lehrlingen gehen, welche mitunter zwölf Stunden arbeiten müssen und kaum eine Vesperpause haben. Sogar Sonntags, wenn es verlangt wird, die Arbeiter thätig sein, und für jedes Versehen hagelt es Strafen von 30—50 Pf., oder gar 1—2 M. Herrichten in den einzelnen Fabriken andere Zustände, wäre die Arbeitszeit eine kürzere, wären die Lohn- und Arbeitsbedingungen andere, die Ausbeutung der Belegschaft keine so große, so würden Hunderte, die arbeitslos von der Fabrik zu Fabrik ireen, Arbeit und Brot haben.

Ortsübliche Tageslöhne. Amtsgerichtsbezirk Chemnitz: Erwachsene Personen 1.80 M., weibliche 1.20 M.; jugendliche männliche 1 M., weibliche 80 Pf.; Kinder unter 14 Jahren männlichen Geschlechts 50 Pf., weiblichen Geschlechts 40 Pf. Amtsgerichtsbezirk Limbach und Stolberg: Erwachsene männliche Personen 1.60 M., weibliche 1.10 M.; jugendliche männliche 60 Pf., weibliche 75 Pf.; Kinder unter 14 Jahren männlichen Geschlechts 40 Pf., weiblichen Geschlechts 30 Pf. Kreis Neumarkt: Erwachsene männliche Personen 1.10 M., weibliche 60 Pf.; jugendliche männliche 50 Pf., weibliche 40 Pf.

Nabezu 1000 Tabakarbeiter sind in Hamburg gegenwärtig arbeitslos, wie der Vorstand des Freundchaftsklubs der Zigarrenfabriker in einer Besprechung mittheilt. Der Klub hat die Arbeitslosen-Unterstützung aufheben müssen, weil er die Kosten derselben nicht mehr tragen kann. — Das Hamburger Gewerkschaftskartell berief die Vorstände der zu ihm gehörigen Vereine zusammen, um eine gemeinschaftliche Statistik der Arbeitslosen auszumachen.

Wohnungsverhältnisse. Auf ein bewohntes Gebäude kommen in Leipzig 25,8, in Dresden 27,4, in Chemnitz 29,1 Bewohner.

Versammlungen.

Im Fachverein der Holz- und Bretterträger sprach am 28. September Genosse Dastig unter großem Beisatz über das Thema: „Wissen ist Macht“. In einer Resolution erklärten sich die Anwesenden mit dem Referenten einverstanden und versprachen, für die moderne Arbeiterbewegung voll und ganz einzutreten zu wollen. Der Vorsitzende machte dann der Versammlung bekannt, daß das Kränzchen, welches nach der Versammlung stattfinden sollte, nicht stattfinden dürfe, weil es kurz vor der Versammlung von der Polizei verboten worden sei. Es stellte sich heraus, daß der Wirt Herr Hoffmann den arbeitslosen Teilnehmern erklärte, daß er nicht wolle, worüber eine heftige Debatte entstand, welcher Kollege Paul Kraus das Verhalten des Wirtes so maßlos tadelte, weil derselbe schon einmal ähnlich gehandelt habe! Man beschloß dann einstimmig, bei Herrn Hoffmann kein Glas Bier mehr zu trinken.

Nummelsburg. Am 27. September fand hier eine Volksversammlung für den Kreis Verbornim statt, in welcher Genosse Glöcke unter reichem Beisatz die wirtschaftlichen Krisen referierte. Die Diskussion bezog sich in a Sinne seiner Ausführungen. Die Wahl von Dirten zu einer Berliner Parteitag wurde wegen des schwachen Besatzes der Versammlung vertagt. Der Vorsitzende forderte noch Genossen auf, dafür zu sorgen, daß die nächste Versammlung besser besucht würde und schloß dann die Versammlung mit einmündigen Worten ab.

Die Maler, Lackirer und Freier Maler hielten am 27. September eine öffentliche Versammlung ab. Dieselbe verhandelte zunächst über die Frage: „Wollen wir uns zum Anschluß der Lackirer an unsere Lohnbewegung? Die Rolle des Malers und des Holzmalers entschieden für den Anschluß, indem sie ausfuhren, daß wenn die Maler sich für den Anschluß entschieden, Arbeitstag schon kämpfen, wä die Lackirer es oft nicht zehnjährig hätten, so könnten sie doch für den

Wahrung der Arbeitszeit gemeinschaftlich vorgehen, denn dadurch unterläge eine Gewerkschaft die andere. Das Wichtigste sei dabei, daß die Arbeiter in einer Vorkonferenzversammlung einer ihrer Vertrauensleute in die Lohnkommission wählen. Lediger hat auch die Verhältnisse unter den Arbeitern klar; er meinte, daß für die Arbeiter die beste Konjunktur zum Eintreten in die Lohnbewegung das Frühjahr, für die Flecht- und Lampenarbeiter der Herbst sei; vor allen Dingen aber wären die Kollegen der großen Fabriken für die Gewerkschaftsbewegung noch nicht zu haben, daher könne an ein selbständiges Vorgehen der Arbeiter nicht gedacht werden. Wäre die Meinung, daß, wenn man auf die Lampenarbeiter warten wolle, man sehr lange warten könne, denn diese würden der Bewegung feindlich gegenüber und arbeiteten gern 20 Stunden in der Saison. Schäfer war entschieden für ein Zusammengehen der Arbeiter, Lediger und Krüger in der Lohnfrage, denn dadurch würde das Solidaritätsgefühl gehoben, und auch die Provinz würde sich an diesem einigen Vorgehen ein gutes Beispiel nehmen. Einstimmig wurde dann ein Antrag Heiserer angenommen, wonach die Arbeiter und Anstreicher sich zu einem gemeinsamen Lohnkampf vereinigen sollen. Im weiteren machte Kollege Hölzler auf die große Arbeitslosigkeit im vorigen Winter aufmerksam, über die man jedoch keine Statistik hat, und forderte die Lohnkommission auf, Schritte zu thun, um eine Statistik über die Arbeitslosen in diesem Jahre zu schaffen. Kollege Böhm erklärte, die Kommission habe sich mit dieser Frage schon befaßt. Wäre er forderte die arbeitslosen Kollegen auf, an der von den Mannern zum Donnerstag nach dem Hauptpalast einberufenen Versammlung der Arbeitslosen Theil zu nehmen. In Betreff der Mat-Marken wurde noch ein Antrag angenommen, wonach diejenigen Kollegen, die bis zur nächsten öffentlichen Versammlung noch nicht abgerechnet haben, dort bekannt gemacht werden sollen. Hieraus hielt Dr. Pinn einen Vortrag über die „wirthschaftlichen Verhältnisse des Alterthums und der Neuzeit“, wofür ihm die Versammlung lebhaften Beifall spendete.

Die in der Härscherbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hörten am 28. d. M. einen interessanten Vortrag des Herrn Dr. Christoffer über die Cholera. Es wurde dann erwähnt, daß der zweite Verbandsvorstand in Hamburg an dieser Krankheit gestorben sei, worauf die Versammlung sein Andenken durch Erheben von den Sitzen ehrte. Zum Schluß legte der Referent der Versammlung aus Herz, den bekannten Aufruf Dr. Jabel's durch Mittheilung der Mittheilung, welche in den Arbeitsstätten und Wohnungen herrschen, Folge zu leisten, damit Abhilfe geschaffen wird. An Stelle des Kollegen Niemann, welcher als Besucher zum Gewerbegebiet nicht zugelassen wird, da er bei einem Innungsmeister arbeitet und das betr. Innungs-Schiedsgericht bestritten bleibt, wählte man den Kollegen Deukhner. Als Revisoren für die Agitationskommission wurden Felzer, Reu, Müller bestimmt. Schließlich forderte noch Kollege Freier zu reger Betheiligung am Stiftungsfest des Gesangsvereins auf, das am 8. Oktober im böhmischen Brauhause stattfindet.

Der Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Verbands und Angelegenheiten beschäftigte sich am 21. September mit der bei der Firma Besche u. Co. wegen Lohnreduktionen stattgefundenen Arbeitseinstellung. Der Vorstand hatte in seinen Sitzungen beschlossen, drei dieser Kollegen aus Verbandsmitteln zu unterstützen, die Versammlung genehmigte diesen Beschluß. Zum ersten Vorsitzenden des Verbandes wurde hierauf an Stelle des zurückgetretenen Kollegen Wegner der Kollege Otto Näher gewählt. Kollege Brach (Felsenhauer) wurde als Vorstandsmitglied und Kollege Weiphal (Mader) als Sachkommissionsmitglied von der Versammlung beauftragt, ferner als Schriftführer für Näher Kollege Böhm gewählt. Die Abrechnung vom Sommerfest ergab bei 688,25 M. Einnahme und 573,75 M. Ausgabe einen Ueberschuß von 109,50 M., außerdem sind noch nicht abgeholte Gewinne in Höhe von 21,10 M. verblieben. Nachdem die Revisoren erklärt hatten, die Abrechnung zu geprüft und für richtig befunden zu haben, wurde dem Komitee Decharge ertheilt und hierauf dasselbe für aufgelöst erklärt. Eine ziemlich lange Diskussion entspann sich über den § 4 des Verbandsstatuts. Es gelangten zwei Anträge des Kollegen Pinn zur Abstimmung, welche der nächsten Generalversammlung als Statutenänderungs-Anträge (eventuell auch Aenderung des § 6) unterbreitet werden sollen. Die Anträge lauten: 1. „Der Vorstand wird ermächtigt, nach Prüfung der Sachlage die Abwehrstreiks Unternehmungen zu gewähren, auch wenn die Streikenden vor Niederlegung der Arbeit nicht beim Vorstand vorstellig geworden sind.“ 2. „Der Vorstand ist verpflichtet, innerhalb 8 Tagen eine Generalversammlung einzuberufen, sobald dies von einem freireisenden Mitgliede, welches mit dem Vorstandsbeschlusse nicht einverstanden ist, verlangt wird.“ Ein Antrag des Kollegen Schmidt (Schlosser), um Gewährung von Rechtschutz, mußte wegen Unwesenheit des betreffenden Kollegen abgelehnt werden. Ein Unterstützungsgesuch des Kollegen Nisch wurde durch Bewilligung einer Unterstützung erledigt, nachdem die Kollegen Thate und Kirnes über die Verhältnisse des betreffenden Verlags erstattet hatten. Ferner wurde der Beschluß gefaßt, die Namen derjenigen Kollegen, welche sich Unregelmäßigkeiten haben zu schulden kommen lassen und die betreffende Angelegenheit, nachdem diese dem Vorstand bekannt gegeben, innerhalb 4 Wochen nicht regeln, ohne Ansehen der Person zu veröffentlichen.“ Der Referent bemerkte hierbei, daß sich die Restanten bemühen, ihren Verpflichtungen nachzukommen, und daß die Angelegenheit des einen Kassiers, welcher nicht rechtzeitig abgerechnet hatte, jetzt seine vollständige Erledigung gefunden habe. Dem Kollegen Madlke wurde auf sein Gesuch von der Versammlung die vollberechtigte Mitgliedschaft zugestimmt.

In einer öffentlichen Drechler-Versammlung mit Frauen referirte am 25. September Frau Julia Baader über das Thema: „Die Gleichberechtigung beider Geschlechter.“ Die Referentin erntete für ihre vortrefflichen Ausführungen reichen Beifall. Zur Diskussion sprachen die Genossen Dange und Griesenberg. Hierauf machte der Vorsitzende bekannt, daß jeden Monat eine Versammlung mit Frauen stattfindet, welche die Kollegen recht zahlreich besuchen möchten. Die nächste öffentliche Drechler-Versammlung findet am 17. Oktober bei Gröndel statt. Der Versammlung folgte ein gemüthliches Beisammensein.

Friedrichshagen. In der am 25. d. M. hier stattgehabten öffentlichen Tagesversammlung verlasen die Kollegen Jäkel (Köpenick) und Steinbock (Friedrichshagen) den Bericht über die hier und in der Umgegend üblichen Löhne, worauf Kollege Jäkel die Schaffung eines einheitlichen Lohnsatzes für Friedrichshagen und Umgegend wünschte; die Mehrzahl der Kollegen erklärte sich jedoch dafür, daß der Lohnsatz in Berlin und Umgegend eingehend werde. Kollege Thierme (Berlin) wünschte dann, man solle über 14 Tage noch eine Versammlung abhalten, in welcher über die Tariffrage Beschluß gefaßt und auch die Forderung geregelt wird. Offenlich ist diese Versammlung besser besetzt, als die oben erwähnte, zu welcher nur 20 Mann erschienen waren.

Deutscher Tischlerverband. Die Jahrestellen Norden, Wedding und Moabit hielten am Montag, den 28. September, eine Versammlung ab, in welcher Herr Wengel über „Die Gewerkschaften und deren Nutzen für die Arbeiter“ referirte. Die Diskussion war eine sehr lebhaft; es betheiligten sich daran die Herren Hef, Schmitt, Krüger, Schmidt, Baggard. Kollege Krüger wurde dann als Vortragender für die Jahrestelle 18 in Moabit gewählt. Nachdem vom Vorsitzenden auf den Stettiner Streik aufmerksam gemacht und zur Agitation für das am 18. Oktober stattfindende Stiftungsfest aufgefordert worden war, wurde die Versammlung geschlossen.

Herr A. Mischner schreibt uns, daß er die in der 2. Beilage der Nr. 228 des „Vorwärts“ erwähnte Versammlung des Posamentenarbeiter-Verbandes erst verlassen habe, nachdem dieselbe thatsächlich ihr Ende erreicht hatte, und daß er den Vorstehern nur niederkam, weil seine Ansichten mit denjenigen der Mehrheit der Mitglieder nicht mehr übereinstimmten, was natürlich nicht ausschließt, daß er als Mitglied auch in Zukunft seine volle Schuldbiligkeit thun werde.

Verband der Bau-Arbeiter, Baufache Berlin. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 2. Oktober, Vormittags 11 Uhr, bei Säger, Berliner Weg 29. Tagesordnung: Tagesordnung zum Verhandlung, Abrechnung und Bericht.

Verband der Bau-Arbeiter, Baufache Berlin. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 2. Oktober, Vormittags 10 Uhr, bei J. Säger, Berliner Weg 29. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder.

Verband der Bau-Arbeiter, Baufache Berlin. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 2. Oktober, Vormittags 10 Uhr, bei J. Säger, Berliner Weg 29. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder.

Verband der Bau-Arbeiter, Baufache Berlin. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 2. Oktober, Vormittags 10 Uhr, bei J. Säger, Berliner Weg 29. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder.

Verband der Bau-Arbeiter, Baufache Berlin. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 2. Oktober, Vormittags 10 Uhr, bei J. Säger, Berliner Weg 29. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder.

Verband der Bau-Arbeiter, Baufache Berlin. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 2. Oktober, Vormittags 10 Uhr, bei J. Säger, Berliner Weg 29. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder.

Verband der Bau-Arbeiter, Baufache Berlin. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 2. Oktober, Vormittags 10 Uhr, bei J. Säger, Berliner Weg 29. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder.

Verband der Bau-Arbeiter, Baufache Berlin. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 2. Oktober, Vormittags 10 Uhr, bei J. Säger, Berliner Weg 29. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder.

Verband der Bau-Arbeiter, Baufache Berlin. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 2. Oktober, Vormittags 10 Uhr, bei J. Säger, Berliner Weg 29. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder.

Verband der Bau-Arbeiter, Baufache Berlin. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 2. Oktober, Vormittags 10 Uhr, bei J. Säger, Berliner Weg 29. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder.

Verband der Bau-Arbeiter, Baufache Berlin. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 2. Oktober, Vormittags 10 Uhr, bei J. Säger, Berliner Weg 29. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder.

Verband der Bau-Arbeiter, Baufache Berlin. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 2. Oktober, Vormittags 10 Uhr, bei J. Säger, Berliner Weg 29. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder.

Verband der Bau-Arbeiter, Baufache Berlin. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 2. Oktober, Vormittags 10 Uhr, bei J. Säger, Berliner Weg 29. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder.

Verband der Bau-Arbeiter, Baufache Berlin. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 2. Oktober, Vormittags 10 Uhr, bei J. Säger, Berliner Weg 29. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder.

Verband der Bau-Arbeiter, Baufache Berlin. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 2. Oktober, Vormittags 10 Uhr, bei J. Säger, Berliner Weg 29. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder.

Verband der Bau-Arbeiter, Baufache Berlin. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 2. Oktober, Vormittags 10 Uhr, bei J. Säger, Berliner Weg 29. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder.

Verband der Bau-Arbeiter, Baufache Berlin. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 2. Oktober, Vormittags 10 Uhr, bei J. Säger, Berliner Weg 29. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder.

Verband der Bau-Arbeiter, Baufache Berlin. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 2. Oktober, Vormittags 10 Uhr, bei J. Säger, Berliner Weg 29. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder.

Verband der Bau-Arbeiter, Baufache Berlin. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 2. Oktober, Vormittags 10 Uhr, bei J. Säger, Berliner Weg 29. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder.

Verband der Bau-Arbeiter, Baufache Berlin. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 2. Oktober, Vormittags 10 Uhr, bei J. Säger, Berliner Weg 29. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder.

Verband der Bau-Arbeiter, Baufache Berlin. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 2. Oktober, Vormittags 10 Uhr, bei J. Säger, Berliner Weg 29. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder.

Verband der Bau-Arbeiter, Baufache Berlin. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 2. Oktober, Vormittags 10 Uhr, bei J. Säger, Berliner Weg 29. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder.

Verband der Bau-Arbeiter, Baufache Berlin. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 2. Oktober, Vormittags 10 Uhr, bei J. Säger, Berliner Weg 29. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder.

Verband der Bau-Arbeiter, Baufache Berlin. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 2. Oktober, Vormittags 10 Uhr, bei J. Säger, Berliner Weg 29. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder.

Verband der Bau-Arbeiter, Baufache Berlin. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 2. Oktober, Vormittags 10 Uhr, bei J. Säger, Berliner Weg 29. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder.

Verband der Bau-Arbeiter, Baufache Berlin. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 2. Oktober, Vormittags 10 Uhr, bei J. Säger, Berliner Weg 29. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder.

Verband der Bau-Arbeiter, Baufache Berlin. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 2. Oktober, Vormittags 10 Uhr, bei J. Säger, Berliner Weg 29. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder.

Verband der Bau-Arbeiter, Baufache Berlin. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 2. Oktober, Vormittags 10 Uhr, bei J. Säger, Berliner Weg 29. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder.

Verband der Bau-Arbeiter, Baufache Berlin. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 2. Oktober, Vormittags 10 Uhr, bei J. Säger, Berliner Weg 29. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder.

Verband der Bau-Arbeiter, Baufache Berlin. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 2. Oktober, Vormittags 10 Uhr, bei J. Säger, Berliner Weg 29. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder.

das Eigentum, wie es besteht, mit einer heiligen Schutzmehr umgeben. Warum aber die große Masse der Eigentumslosen diese Schutzmehr der wenigen Eigentümler respektieren soll, zumal wenn diese ihren Besitz als Waffe gegen die Besitzlosen benutzen? davon sagt die Schrift nichts.

Vermischtes.

Wegen Majestätsbeleidigung, Widerstands gegen die Staatsgewalt u. wurde der Antireichergeliebte Gustav Weigt aus Hamm von der Dortmunder Strafkammer zu einem Jahr zwei Monaten Gefängniß verurtheilt. Weigt, der angeblich zu den Anarchisten gehört, hat jene Vergehen im Zustande der Trunkenheit begangen.

Selbst die „Leipz. Jtg.“ gewiß keine Freundin der Sozialdemokratie und in unwahrer Berichterstattung über unsere Bewegung nichts weniger als schäferlich, fertigt die aus dem antisemitischen Verlage von Glöck in Dresden herührende Sudel-Broschüre „Der tolle Michel“ mit den Worten ab: „Die Broschüren aus dem G. J. Verlag lesen wir grundsätzlich bei Seite. Es ist fast immer nur Sensationsmacherei, zumal wenn eine nicht weniger sensationellere Presse das Opus vorher schon mit Posamenten anhängt.“

Witzburg, 27. September. Eine Soldatenmishandlung fand heute am hiesigen Militärgericht ihre Aburtheilung. Der Gefreite des 1. Chevaulegers-Regiments in Nürnberg, Max Bachmann von Weira in Sachen obersteigle im Mai d. J. einen seiner Untergebenen, den Gemeinen Rämmermann, weil er seine Karikaturen nicht mit seinem Namen versehen hatte, vorsetzte ihn Schläge auf den Hinterkopf und ins Gesicht und traktierte ihn mit Stöcken in die Weichteile. Bei letzterer Manipulation bediente er sich der Säbelscheide. Den Mishandelten, der Anzeige erstatten wollte, verwehrte er dazu, seinen Wachtmeister zu belügen. Für die Lüge wurde der Gemeine zu 2 Tagen Mittelarrest verurtheilt. Sein Weigerer erhielt, trotzdem die Mishandlung eine 10tägige Arbeitsunfähigkeit zur Folge hatte, nur 28 Tage Mittelarrest. (Frankfurter Zeitung.)

Auch eine Feuerweh. Aus Oblligs meldet die „Berliner Arbeiterstimme“: Vergangenen Sonntag Morgen brannte in Witzhaus ein von sieben Familien besetztes großes Gebäude. Vom benachbarten Reusenhof waren die Bewohner sofort mit ihrer Spritze erschienen und hatten schon längere Zeit gearbeitet, als die hiesige freiwillige Feuerweh erschien, die Brandstelle besetzte und sofort jede weitere Thätigkeit der Reusenhofer Spritze untersagte. Doch sehr bald erlarmte die Thätigkeit unserer Freiwilligen. Denn während noch an allen Ecken die Flammen durchdrangen, wurde zum Sammeln gelassen und die Feuerweh rückte gemüthlich, trotz energischen Protestes der gefährdeten Bewohner, nach Hause. Erst als Nachmittags der Bürgermeister auf der Brandstelle sich durch den Augenschein von der Gefahr überzeugt, wurde die Weh von neuem alarmirt und nun endlich das Feuer gelöscht und zur Sicherheit eine Wache zurückgelassen. Dätte nicht absolute Blindheit geherrscht, so wäre die Gefahr gar nicht abgesehen gewesen. Decartige Vorkommnisse sind nicht geeignet, der freiwilligen Feuerweh die Sympathie und Achtung der Bürgerschaft zu erneuern.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Czernowitz, 30. September. In der gestrigen Sitzung des Landtags der Bukowina kam es anlässlich der Budgetdebatte zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Rumänen und den kooftigen Deutschliberalen über die Verhältnisse in der Bukowina.

Bern, 30. September. In der heute unter dem Vorsitz des Bundesraths Troy stattgehabten Konferenz der diplomatischen Vertreter derjenigen Staaten, welche die Konferenz über das internationale Eisenbahnrathrecht abgeschlossen haben, wurden die Ratifikationen zu diesem Uebereinkommen ausgetauscht.

Triest, 30. September. Heute Vormittag wurden vier junge Leute sowie eine Frauensperson unter dem Verdachte verhaftet, die vor einem Monate von der Statthalteri sowie eine vorzeflern auf einem isolirten Plage erfolgte Petarden-Explosion herbeigeführt zu haben. Das Resultat der Hausdurchsuchungen bei den Verhafteten ist überaus gravirend. Die vorgegriffene Explosion ist nur geringfügig gewesen.

Paris, 29. Sept. Der in St. Etienne tagende Bergarbeiterkongress beschäftigte sich in seiner heutigen Abend Sitzung mit der Frage der Bildung eines Verbands-Ausschusses. Nach lebhafter Debatte wurde beschlossen, daß Niemand Mitglied dieses Ausschusses sein könne, der nicht selbst Bergmann sei oder gewesen sei. Ferner wurde die Frage der Unterstützung und Pensionirten beraten. Es wurde ein Ausschuss gewählt, um dieses Projekt zu studiren.

London, 30. September. Bei der Nachwahl in South-Bedfordshire wurde der Gladstoner Whittbread mit 4885 Stimmen zum Unterhausmitgliede gewählt. Der Unionist Duke erhielt 4596 Stimmen. Bei den letzten Parlamentswahlen betrug die Stimmenmehrheit der Gladstoner 1019.

(Depeschen des Bureau Herald.)

Gothenburg, 30. September. Der Disponent der Usterberg Hüttenwerk-Aktiengesellschaft hat den Referendons dieser Gesellschaft von ca. 163 000 Kronen unterschlagen. Die Gesellschaft hat den Konkurs angemeldet. Disponent Bäckström war Mitglied der ersten Kammer von 1890 bis 1899.

M. Gladbach, 30. Sept. Der praktisch-soziale Kursus des Volksvereins ist heute geschlossen worden. Inleht zählte derselbe 662 Theilnehmer. Es wird demnächst eine Entscheidung über eine etwaige Wiederholung in ein oder zwei Jahren getroffen werden.

Wien, 30. September. Nach der „N. Fr. Pr.“ wurde die Untersuchung gegen den preussischen Abgeordneten Grafen Gersdorff eingestellt; der Letztere ist bereits aus der Haft entlassen.

Valermo, 30. Sept. Hier und in der Umgegend wurden seit vorgestern ca. 100 Briganten, darunter 27 einspurigere Vagantstäfte, verhaftet.

London, 30. September. Gegen den zum Lordmayor gewählten katholischen Alderman Knill fanden gestern fortwährend feindliche Demonstrationen statt, weil derselbe als Katholik einen katholischen Priester zum Hausgeistlichen machen und dem anglikanischen Gottesdienst nicht betheiligen will. Die Polizei intervenirte kaum. Die liberalen Kreise protestiren heftig gegen die Wahl Knill's; die radikale Presse fordert die Abschaffung der Stellung eines Lordmayors.

Briefkasten der Redaktion.

Alter Abonnent. Der 14. April ist ein Druckfehler. Streichen. Die Arbeitsordnungen sind in der von Ihnen angegebenen Zahl richtig eingetroffen. Besten Dank.

31. August 1892. 1. Das Schreiben wird wohl verloren gegangen sein. Melden Sie den Vorgang doch unserem Genossen Dr. Jabel. — 2. B. H. Thiele, Stralunderstr. 27.

Kirchensprecher. Für Einkommen unter 1500 M. ist keine Kirchensteuer zu zahlen.

G. N. Infanterie- und Kavallerie-Patronen haben jetzt das gleiche Kaliber.

Literarisches.

„**Deutscher Volkskämpfer.**“ Sozialpolitisches Wochenblatt. Vierteljahr 1,50 M., monatlich 50 Pf. Inhalt der Nr. 40: Aus der Woche. — Die soziale Kenntnis und die geschichtliche Entwicklung. IV. — Deutscher Wohnungsverhältnisse. — Der Kongress der englischen Gewerkschaften. — Die Lage der Porzellan-Arbeiter in Böhmen. — Vom Schlachtfelde. — Verschleudertes. — Gedichte. — Novelle. — Die Malthus'sche Theorie. — Die Juraföderation und Michael Bakunin VI. — Der ländliche Arbeiter in der Bukowina. — Der Achtundzestag in den Vereinigten Staaten. — Von der Bewegung. — Gewerkschaftliches u.

Die Sonntagssruhe. Die Bestimmungen über die Regelung der Sonn- und Festtagsruhe. Für Bedienen, Kaufleute, Handwerker, Gastwirthe u. zusammengestellt und mit Erläuterungen versehen von H. Harnisch, Königl. Regierungsrat, Berlin und Remwid, Deutscher Verlag. Eine brauchbare Uebersicht des im Titel Angekündigten.

Mimic-Kneipen und Nacht-Cafés oder Polizei und Sittlichkeit. Von J. Werner. Berlin 1892, Verlag von J. van Groningen u. Komp. Der Verfasser will die Lokale mit „unabhängiger“ Damenbedienung erhalten und die mit „unabhängiger“ besetzt wissen. Die Damenbedienung ist ihm ein Unterhaltungsbedürfnis, für das geforgt sein muß. Wo die Grenze zu ziehen, erfahren wir nicht. Der Verfasser sieht die Gesellschaft „morsch und faul durch und durch“ und weiß keinen Ausweg als den vollen Umsturz oder einen europäischen Krieg. Die Broschüre ist für den Geschmack des oberflächlichsten und gedankenlosesten Lesepublikums geschrieben.

Staatszwang oder Freiheit? Eine Einföhrung in die Weltanschauung der Freiheitspartei. Von Huberon Herber. Mit Erlaubniß des Verfassers für deutsche Leser bearbeitet und eingeleitet von Dr. Wilhelm Rode. Bremerhaven und Leipzig. Verlag von Chr. G. Zienken 1892.

Das lauter aller, lauter lauter, das Alles-gehen-laffen, des Rancheitums mit einem „ethischen“ Nütelchen umkleidet, ist der Inhalt dieser Schrift. Die „Nachtwächterlieder“ vom Staate, wie sie Laßalle nennt, wird hier als Idee der Freiheit verfochten. Jede Maßregel des Staates zum Schutze gegen Ausbeutung wird als unethische Gewaltthätigkeit bezeichnet; die Ausbeutung der Menge durch wenige Kapitalisten als Ausfluß berechtigter Freiheit anerkannt. Die „Freiheit“ des Einzelnen ist die unbedingte Voraussetzung einer vernünftigen Staatsordnung, und neben ihr ist nur noch

Verlag des „Vorwärts“

Berliner Volksblatt

Berlin SW., Beuthstrasse No. 2.

Folgende Erscheinungen unserer Literatur empfehlen wir den Parteigenossen zur Anschaffung:

- Bernstein, Ed.,** Gesellschaftliches und Privateigentum. Ein Beitrag zur Erläuterung des sozialistischen Programms Karl Marx vor den Kölnener Geschworenen. Prozeß gegen den Ausschuh der rheinischen Demokraten wegen Aufruf zum bewaffneten Widerstand (9. Februar 1849). Aus der „Neuen Rheinischen Zeitung“. Mit einem Vorwort von Fr. Engels. 0,15
- Dietzen, J.,** Die Zukunft der Sozialdemokratie. 0,10
- Marx, Karl,** Enthaltungen über den Kommunistenprozeß zu Köln. Mit Einleitung von Fr. Engels und Dokumenten zu Köln. 0,25
- Bebel, Aug.,** Unsere Ziele. Eine Streitschrift gegen die „Demokratische Korrespondenz“. 0,20
- Wolff, Wilh.,** Die schlesische Milliarde. Abdruck aus der „Neuen Rheinischen Zeitung“ März bis April 1848. Mit Einleitung von Fr. Engels. 0,20
- Dietzen, J.,** Sozialpolitische Vorträge. 1. National-Ökonomisches. 2. Die bürgerliche Gesellschaft. 0,15
- Der tote Schalk gegen den lebenden Laffale. Aus dem Berliner „Sozialdemokrat“ 1888. 0,25
- Lafargue, P.,** Der wirtschaftliche Materialismus nach den Anschauungen von Karl Marx. 0,20
- Lassalle, Ferd.,** Arbeiterprogramm. Ueber den Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterbundes. 0,15
- Kaier, Emil,** Wilhelm Weitling. Seine Agitation und Lehre im geschichtlichen Zusammenhang dargestellt. Christenthum und Sozialismus. Eine religiöse Polemik. Separat-Abdruck aus dem „Volksstaat“ 1872. 0,40
- Engels, Fr.,** Zur Wohnungsfrage. Separat-Abdruck aus dem „Volksstaat“ 1872. 0,10
- Deville, G.,** Gracchus Babeuf und die Verschwörung der Gleichen. Aus dem Französischen und mit einem Nachwort von E. Bernstein. 0,25
- Lassalle, Ferd.,** Die Wissenschaft und die Arbeiter. Eine Verteidigungsskizze. 0,15
- Die Chartistenbewegung in England. Mit Anlagen: a) Rede v. Jos. Kayner Stephens, gehalten am 10. Februar 1839 in Stalenbridge. b) Beschlüsse der Chartistenkonferenz vom April 1831. 0,25
- Liebknecht, Wilh.,** Hochverrath und Revolution. 0,25
- Dietzen, J.,** Streitsätze eines Sozialisten in das Gebiet der Erkenntnistheorie. 0,25
- Lafargue, P.,** Das Recht auf Faulheit. 0,15
- Lassalle, Ferd.,** Arbeiterlesebuch. 0,25
- Eccarius, J. G.,** Cines Arbeiters Widerlegung der Lehren J. St. Mill's. 0,30
- Liebknecht, Wilh.,** Wissen ist Macht, Macht ist Wissen. 0,30
- Lassalle, Ferd.,** Kleine Aufsätze. 1. Die französischen National-Verfassungen von 1818. — 2. Antwort an Herrn Prof. Nau. — 3. Laffale und die Statistik v. Wacker-nagel. — 4. Herr Wacker-nagel oder der mod. Herostratus. — 5. Erwiderung auf eine Rezensen der „Kreuz-Ztg.“ 0,15
- Sorkheim, S.,** Zur Erinnerung für die deutschen Nordseepatrioten 1806—1807. Mit einer Einleit. v. Fr. Engels. 0,25
- Liebknecht, Wilh.,** Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie. 0,10
- Lassalle, Ferd.,** Adresse vor den Geschworenen zu Düsseldorf am 4. Mai 1849 gegen die Anklage: Die Bürger zur Bewaffnung gegen die königliche Gewalt aufgehetzt zu haben. 0,25
- Bracke, Wilh.,** Nieder mit den Sozialdemokraten! 0,10
- Lafargue, P.,** Die Entwicklung des Eigentums. Aus dem Französischen von E. Bernstein. 0,25
- Der Zeitgeist. Eine Skizze von E. K. 0,15
- Das kommunistische Manifest. 5. autorisierte deutsche Ausgabe. Mit Vorreden von Karl Marx und Fr. Engels. 0,15

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
Alle Buchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungsdepoteure nehmen Bestellungen entgegen.
Bei Aufträgen von Außerhalb bitten wir um gleichzeitige Einsendung des entfallenden Betrages (Porto extra).

Lehranstalt für Damenschneiderei

von Frau Hoffmann, Modistin, Cuvrystr. 43.

Ausbildung in der eleganten Damenschneiderei, Modellzeichnen, Zuschneiden für Schneiderinnen: Kurze 1—2 Wochen 10—15 Mark. Anfängerinnen: 10 bis 12 Wochen 30 M., unbedingte kostenlose Kostümfertigung für Schülerinninnen. Schnell- und Abendkurse nach Wunsch. 2982

Möbel, Spiegel und Polster-Waaren.

Ganze Ausstattungen in Mahagoni u. Nussbaum; Küchenmöbel in großer Auswahl empfiehlt 1729L. Berlin S.O., Köpenickerstr. 25.



Wo speisen Sie?
In der alt. pommer-schen Küche, Oranien-Str. 181, Hof pl., bei Klein! Frühst. 30 Pf., Mittagstisch mit Bier 50 Pf., Abendstisch von 30 bis 50 Pf. nach Auswahl. 3050L

3000 Pfd. von 6000 jung. gepflückte, weiß weisse reine Eier je 6 Federn 4 Mark, bessere 11. 2c 4 Pfd. 1,30 M., Gänsefedern 2. 5c 11. 2c 4 Pfd. n. 40 Pf. (Fr. können vorbest. werden.) Vers. von 10 Pfd. ab. 3049L] Fritz Edel, Behndwid.

Nur 1 Mark.
Klagen, Eingaben, Reklamationen. Rath im Zivil- und Strafprozeß. Einziehung von Forderungen. Pollak, jetzt Blumenstr. 19 Nr. Auch Sonntags. 2980b

Rechtsbureau des königlichen Amtsrichters a. D., Alte Jakobstr. 190. Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unentgeltlich. Auch Sonntags. [2286L

Nehme hiermit die Beleidigung gegen Fr. Gertrud Reichelt wieder zurück. 2280b J. Fahrwald.

Empfehle meine Dekoration. Vereins- und Billardzimmer steht zur Verfügung. Heinrich Sack, Marienstr. 102. 2975L

Empfehle nach wie vor mein vergrößertes Lokal, stans. Billard etc. dem verehrten Publikum. Vorwärts, Volks-Tribüne, Volks-Zeitung, sowie andere Zeitungen liegen aus. [1142L

M. Berndt, Oranien- u. Alexandrinenstr.-Ecke; Dr. Hoersch, homöopath. Arzt, Pinterstr. 149. 8-10, 5-7, Sonntag 8-10.

Möbel-, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin von Aug. Herold, SW. Oranien-Strasse 83/84. SW.

Verantwortlicher Redakteur: August Enders in Berlin Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstrasse 2.

Elegante Einsegnungs-Anzüge

in blauen u. schwarzen Stoffen und Kammgarnen zu billigsten Preisen empfiehlt Julius Lindenbaum, Frankfurterstr. 139. 2967L

Buchhandlung und Buchbinderei

sowie Galanterie- und Schreibwaaren-Geschäft befindet sich jetzt 3 Brandenburgstrasse 3. 8052L

R. Kohlhardt.

Achtung! Oten. Achtung!

Hüte mit Kontrollmarke

bei Franz Haupt, Schuhmacher, 145 Gr. Frankfurterstr. 145, zwischen Frucht- und Memelerstrasse (kein Geladen). Bitte genau auf die Firma: Franz Haupt, sowie auf die Nummer 145 zu achten. 8048L

Genossenschafts-Bäckerei für Berlin u. Umg.

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.)

Wir haben das Gewicht unseres reinen Roggenbrottes wiederum bedeutend erhöht.

das 50 Pfennig-Brot um ca. 150 Gramm

75 " " " " 225

100 " " " " 300

Ferner beginnt vom 5. n. Mtz. ab der Verkauf von weißer Backwaare in allen unseren Bäckereien und zwar per Stück 2 Pf. 2974L

Unsere Bäckereien befinden sich:

Müllerstraße 33a/34.

Gartenstraße 36.

Brunnenstraße 182a.

Weidenweg 99.

Mantuffelstraße 63.

Hafenstraße 117/118.

Pfeifenbahnstraße 58a.

Der Vorstand: Adolf Scholtz, Lazarus. 98/16

Volks-Seife

mit den Bildnissen bekannter Volksmänner.

Preis: Stück 10 Pf., 6 Stück 50 Pf. 2974L

Vorteilhafteste Seife für den Hausgebrauch.

Für Wiederverkäufer d. d. Haupt-Agentur Max Koehler, Dresdenerstr. 33, 11

Leweck's Goldwaaren-Fabrik,

N., Müllerstr. 174 (Eing. Fennstrasse), 2981L

empfiehlt sein großes Lager von Gold, Silber und Korallen zu ganz enorm billigen Preisen. Massivgold, Trauringe v. 5 M. an. Reparaturen schnell u. billig.

Hüte

mit Kontrollmarke

Striemen, Handschuhe,

G. Gottmann, Große Frankfurterstr. 130.



2994L aus der

Genossenschafts-

Hutfabrik.

Strawatten, Wäsche.

nabe dem Odentheater.

G. Scharnow's

anerkannt leistungs-fähigste

Uhren-Fabrik

Berlin S.,

Oranienstr. 152, Ecke Moritzplatz.

besteht seit 1860. Anerk. beste Bezugquelle

Rüchel-Remontoir-Uhren von 10—15 M.

Silberne Remontoir-Uhren v. 17 M. an

Goldene Damen-Uhren v. 20 M. an

do. Anker-Herren-Remontoir-Uhren v. 50 M. an

Regulateure v. 8 M. an

do. in poliertem Nussbaum-Gehäuse, ca. 1 Mtr. lang, 14 Tage gehend, v. 14 M. an

Wieder-Uhren in verschied. Mustern v. 3,50 M. an



Für jede bei mir gekaufte Uhr übernehme eine schriftliche Garantie bis zu fünf Jahren. 2986L

Bitte genau auf die alte Firma Oranienstr. 152 zu achten.

Möbel, Spiegel- und Polsterwaaren-Magazin.

Ganze Ausstattungen in Mahagoni u. Nussbaum. Küchenmöbel in grosser Auswahl empfiehlt Julius Apelt, Sebastiansstr. 20 (früher 27/28). Reelle Waare. [2929 L] Prompte Bedienung.

Künstliche Zähne, Zahnziehen, Plombieren etc. O. Arndt, Andreasstr. 60 (Eing. M. Andreasstr.) 2199L

Uhren und Goldwaaren Max Busse

157. Invalidenstr. 157, zwischen Markthalle und Ackerstr. Begründet 1877.

Für silberne und goldene Uhren, Regulateure u. Wecker direkter Bezug. Schweizer Fabrikpreise. Gold-, Silber-, Granat- und Korallenwaaren in massenhafter Auswahl zu den denkbar billigsten Preisen. Die neuesten, geschmackvollsten Muster stets auf Lager. Massiv silberne und Alufeder-Geräthe zu Hochzeits-Geschenken. 17872

Spezialität: Goldene Ringe.

In den Werkstätten werden die besten Arbeitskräfte Berlins beschäftigt, daher gewissenhafteste Ausführung von Reparaturen an Uhren und Goldsachen bei billigster Berechnung.

Zum Quartal empfehle allen Freunden und Bekannten mein Bier- und Frühstück-Kofal. Adolf Sievert, Görtzgerstr. 50. 3088L

Zum bevorstehenden Quartalswechsel empfehle meine Zeitungsdepotion. Max Kirsch, Ritterstr. 107, Ecke Prinzenstr. 2294b

Alle Uhren

werden sauber und sorgfältig repariert unter Garantie des Gutes für 1,50 Mark (außer Bruch) bei

W. Winkler,

Berlin N., Reinickendorferstr. 2 g.

gegenüber der Dankes-Kirche. 292L

Lager aller Arten Uhren, Uhrketten

Allen Freunden und Genossen empfehle mein großes Schuh- und Stiefel-Lager, Niederlage der

Deutschen Schuhfabrik Erfurt. 8009L

Große Auswahl von Winterartikeln.

Anfertigung aller Art Schuh- u. Stiefelwaaren. Reparaturen schnellig.

L. Zaacke, Schuhmachermeister, 8 Köppliner Platz 8.

Filz- und Seidenhüte, nur mit Kontrollmarke, empfiehlt C. Polvogt, 2986L Frobenstr. 23 u. Balowstr.

S. Neumann's Central-Bazar

1. Geschäft: Andreasstr. 62, zwischen

Andreasplatz und Langestr. 2. Geschäft:

Frankfurterstr. 90, Ecke Markuststr.

Magazin für Haus- u. Küchen-Geräthe,

Glas, Porzellan und Steingut. Kezeller

Verkauf zu den billigsten Engros-

Preisen. Großer Selbsteigenheitskauf

in Emaille-Waaren, Waschgarnituren,

Besen, Gardinenstangen u. Rosetten etc.

Epieldosen 3. Drechen u. selbstspielend.

Ang. Kossler, 61, Pankowstr. 51.

Neue Hojen, Hojen u. Anaben-

anzüge spottbillig.

Blauweiche Stalingerstr. 13.

Hutfabrik A. Lange

Brunnenstr. 136/137.

Filz- u. Seidenhüte mit Kontrollmarke.

Gr. Lager in Damen- u. Herren-Regen-

schirmen, sowie Haus- u. Reiseutensilien.

Billige Preise. 2854L

Zigarrenpfeifen- u. Pfeifenfabrik

Leopold Kasten, Berlin N.,

en gros. Pothingerstr. 109. Versandt.

Von heute ab bis 3. Okt. werden,

aber nur an Handwerker, die verkaufen.

Sommer-Palcoets, etwas getrag., für

8—10 M., gut erhalt. Hojen für 3

bis 5 M., einz. Hölzer, Jacketts für

4—7 M. u. d. r. 174 p. am Kopen-

platz, verkauft. 28412

Empfehle allen Rauchern meine

Cigarren eigener Fabrik,

Tabak und Cigaretten. [2284b

Julius Ulbrich, Stalingerstr. 41.

Wiener's Lexikon,

Weltgeschichte, Brecht's Zbiereben,

Bücher jeder Art. A. Hannemann,

Wissenschaft. Kaufstr. 56 (Bernspr.)

In Selbstverlage des Verfassers,

Neuenburgerstr. 95 I, und im Verlage

des „Vorwärts“ soeben erschienen:

Dr. Carl Pinn, „Das Bildungs-

monopol der heutigen Gesellschaft“.

Preis 10 Pf. 2261b

Allen Genossen, Freunden und Bekannten empfehle mein Weiß- und Baitisch-Bier-Kofal. Auch ist ein kleines Vereinzimmer zu verleben.

Achtungsvoll 1 M

H. Krüger, Reichenbergerstr. 170.

Privat-Entbindungsaustalt, billig.

Geocamine Zühlendorf, Gräberstr. 30.

Schuhe u. Stiefel mit Kontroll-

marken empfiehlt 2290b

Zinshaf, Weidenstr. 4.

Wichtig für Schneider. 2 gut erhaltene

Ringschneid-Maschinen heb. bill. zum

Verl. d. v. h. m. Brandenburgstr. 11.

sehr geräumig, ungefürt, m.

Bereinz. Piano. Bild. Simeonstr. 23.

Genossen finden febl. Schlafst. (auch

Mädchen) n. vorn Ritterstr. 1, IV geradz.

febl. sep. Schlafst., 6,50 M., Man-

tenfellerstr. 102, v. 1 Tr. bei Kapulte. [2 M

febl. Schlafst. Oranienstr. 157, Seiten-

Kügel 3 Tr. I. 2293b

febl. möbl. Schlafst., Gartenansicht,

sep. Eing., bei Schmidt, Michailow-

platz 4, D. 2 Tr. 2294b

Wollmischer. 6 febl. Hofwohnungen,

2 St. u. K. 315 M. 2275b

Prozess Peus.

In der Strafsache gegen den Genossen Peus wegen Majestätsbeleidigung fand am Mittwoch, den 28. September, die Verhandlung vor dem Landgericht zu Stendal statt, an welcher das Reichsgericht die Sache unter Aufhebung des Magdeburger Urtheils gewiesen hatte. Die Magdeburger Strafkammer hatte bekanntlich auf zwei Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust erkannt. Zum Beginn der Verhandlung stellt der Staatsanwalt Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit. Die öffentliche Ordnung, führte der Staatsanwalt zur Begründung seines Antrages aus, könnte gefährdet werden, da der Angeklagte oder der Verteidiger von ihrem sozialdemokratischen Standpunkte aus Dinge hineinsagen könnten, die in der Verhandlung nicht zu widerlegen seien, und vom Publikum für wahr gehalten werden könnten. Der Verteidiger, Reichsanwalt Stadthagen, beantragte, den Antrag des Staatsanwaltes abzulehnen. Das Magdeburger Gericht habe allerdings die Öffentlichkeit ausgeschlossen, nicht aber das Reichsgericht. Die Gründe des Staatsanwaltes seien hinsichtlich. Wenn der Staatsanwalt nicht widerlegen könne, was der Angeklagte oder er ausführe, so liege das an der Wichtigkeit ihrer Ausführungen, welche doch unendlich die öffentliche Ordnung gefährden könnten. Zu dem Herrn Präsidenten habe er das Vertrauen, daß etwa ungeschickliche Ausführungen, von welcher Seite sie auch kämen, dem Gesetzentwurf zurückgewiesen würden. Peus hob noch hervor, daß ihm daran liegen müsse, vor der Öffentlichkeit darzulegen, wie wenig Berechtigung das Magdeburger Urtheil bezüglich des Ehrverlustes habe, und daß höchstens feinerseits ein schiefer Ausdruck gebraucht sei. Der Gerichtshof leitete hierauf nach längerer Beratung den Antrag des Staatsanwaltes ab. Der Referent verlas sodann das Urtheil des Magdeburger Gerichts und dasjenige des Reichsgerichts. Aus den umfangreichen Urtheilen rufen wir nur ins Gedächtnis, daß Peus am 20. Oktober 1891 in Magdeburg einen Vortrag über „Das reine Gewissen der Sozialdemokratie“ hielt, welcher zur Anklage wegen Majestätsbeleidigung Anlaß gegeben hat. Aus den Auslassungen des Angeklagten unter Zuhören ergibt sich, daß der Angeklagte in seinem Vortrage über die Beziehungen der wirtschaftlichen Verhältnisse zu den politischen, die Ethemata Religion, Freie Liebe, Vaterlandsliebe, Patriotismus, Internationalität des Rechts, Krieg, Arbeitslosigkeit, Revolution berührte und schließlich dogmatische und historische Betrachtungen über das Königtum anstellte. Hierbei sprach er davon, daß die natürliche Fähigkeit mit den Pflichten eines Königs häufig in Widerspruch liege. Geburt und nicht Befähigung entscheide. Das Königtum sei keine absolute Institution, und habe sich im historischen Laufe verändert. Es werde nicht ewig bleiben, die Frucht reife von selbst. In Verbindung hiermit wurden die intrinseken Reuerungen gebraucht, nachdem Angeklagter noch angeführt, daß, wer die Macht, auch das Recht habe, und daß gleiches Recht nur durch die Sozialdemokratie zu erlangen sei. — Das Magdeburger Urtheil hatte diese Reuerungen fünfmal verschiedentlich interpretirt und eine Majestätsbeleidigung für vorliegend erachtet. Das Reichsgericht hatte dieses Urtheil aufgehoben, weil die Verleumdung in einem wesentlichen Punkte durch das Magdeburger Gericht beschränkt war, und den gleichlich unzulässigen Verlust der Ehre nicht ausgesprochen hatte. Trotz der bedenkliehen Interpretation der ersten Instanz hatte es nicht sofort auf Freisprechung erkennen können, weil seiner Ansicht nach die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sei, daß ein Gericht durch eine andere Auslegung der intrinseken Worte eine Majestätsbeleidigung für vorliegend erachtet. Der Staatsanwalt war der Ansicht, der Angeklagte habe Könige in beleidigender Weise kritisiert, und habe in erster Linie den König von Preußen im Auge gehabt, da die Rede auf preussisches Gebiet gehalten sei. Mit Rücksicht auf die agitatorische Thätigkeit des Angeklagten beantragte er zwei Jahre Gefängnis. Der Verteidiger war der Ansicht, daß die sichere Unterlage, die ein richterliches Urtheil erfordert, nicht vorhanden sei. Aus dem Zusammenhang herausgerissene Worte dürften nicht zum Gegenstand einer Anklage gemacht werden. Bedauerlich sei es, daß die Polizeibehörde nicht im Stande sei, eine wortgetreue stenographische Niederschrift der Rede vorzulegen. Denn nur dann wäre es möglich, die Wahrheit zu ermitteln. Die Verhandlung habe aber immerhin so viel aus dem Zusammenhang der Rede zu Tage gefördert, daß sich klar erkennen lasse, daß lediglich theoretische Betrachtungen über die Institution der Monarchie angestellt seien. Wie ein roter Faden ziehe sich durch die Darlegungen des Angeklagten der Gedanke hindurch, die wirtschaftlichen Verhältnisse bestimmen die politischen. Es gebe eine Zeit, in welcher das Königtum keine wirtschaftliche Berechtigung habe, die Könige würden, durch die Verhältnisse gedrängt, freiwillig auf ihre Würde verzichten. Dabei haben wohl dem Angeklagten Beispiele vorgeschwebt, wie die Thronentsagung des letzten brasilianischen Kaisers, der Verlust mehrerer Kronen im Jahre 1868, die Thronentsagungen Karls V., Dicolletians u. f. w. Schiefe Ausdrücke, die in mehrfacher Rede einem Redner unterlaufen, dürfen nicht auf die Goldwaage gelegt und einzeln gewogen, sondern müssen im Zusammenhang betrachtet werden. Ein sozialdemokratischer Redner greife Institutionen, aber nicht einzelne Personen an. Jede Beziehung zu einem bestimmten Könige fehle. Esze man aber bei Verleumdungsgelagen an Stelle der Institutionen, die kritisiert wurden, die zufälligen augenblicklichen Träger dieser Institutionen, so höre jede sachliche Kritik auf. Er beantragte Freisprechung event. ein erheblich geringeres Strafmaß. Peus schloß sich in längerem Darlegen diesen Anträgen an. Das Reichsgericht erkannte dahin, daß der Angeklagte wegen Majestätsbeleidigung zu einem Jahr Gefängnis zu verurtheilen, und daß diese Strafe mit der sechsmonatlichen, die Peus augenblicklich verbüßt, zu einer Gesamtstrafe von 15 Monaten zusammenzurechnen sei. Der Gedankengang der Rede sei der gewesen, daß die wirtschaftliche Entwicklung einer vollständigen Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse bedinge. Das habe Angeklagter in theoretisch-philosophischer Weise an einzelnen Beispielen unter Darlegung der historischen Entwicklung zu zeigen versucht. Hierzu sei er berechtigt, gleichviel ob seine Ansicht zutreffend oder irrig. Beim Ausspruch des die Beleidigung enthaltenden Satzes habe Angeklagter jedoch diese Grenze überschritten. Wenn ein Professor seinen Studenten derartige Darlegungen mache, so würden die Einwendungen des Verteidigers wohl durchschlagend sein. Hier kommt aber in Betracht, daß Angeklagter vor Arbeitern gesprochen und gewußt habe, daß diese nur an die gegenwärtigen Zustände denken und die Ausdrücke auf den preussischen König beziehen. Strafmildernd komme in Betracht, daß Angeklagter keine wohlüberlegte Beleidigung ausgesprochen, sondern in der Aufregung zu der Beleidigung sich habe hinreißen lassen.

Professor zu hören. Ferner wenn der Angeklagte keine wohlüberlegte Beleidigung ausgesprochen hat, wie kommt man dazu, ihn zu der überaus harten Strafe von 1 Jahr Gefängnis zu verurtheilen? Stehen derartige Strafen etwa im Einklang mit denjenigen, welche gemeinhin für Duellen, für planmäßige, wohlüberlegte Tödtung eines Menschen ausgesprochen werden? Keinesfalls. Bei den Arbeitermassen werden Urtheile wie das Stendaler schwerlich Zustimmung finden, trotzdem dieses Urtheil von den Richtern selbstverständlich mit der Absicht, peinlich objektiv zu sein, gefaßt wurde, aber immerhin von Richtern, welchen als bürgerlichen Monarchisten schon die Kritik der Monarchie an sich durch einen sozialdemokratischen Republikaner widerstreben muß, so daß es ihnen nicht leicht sein kann, ihr subjektives, bürgerlich-monarchisches Empfinden zu beherrschen. Peus hat schliesslich, wie schon erwähnt, die gesetzlich vorgeschriebene Grenze der Meinungsäußerung nicht überschritten, dafür soll er 1 Jahr seines Lebens im Kerker vertrauen, während die Fürsten das durch gar nicht eingeschränkte Privileg haben, aber die Sozialdemokraten sowohl wie über die Angehörigen aller anderen Parteien, und überhaupt über Jeden ausnahmslos Alles zu sagen, was sie wollen und wie sie es wollen, ohne daß der eventuelle durch ein solches Wort im Zielfeld verlor Staatsangehörige auch nur die leiseste Möglichkeit hat, Gegenwehr zu erhalten. Deshalb sollten die Fürsten selbst die Initiative ergreifen, daß der Begriff der Majestätsbeleidigung entweder aus dem Strafgesetzbuch entfernt wird, oder daß, wie in England, Majestätsbeleidigungsprozesse nicht mehr veranlaßt werden. Muß denn Deutschland in allen Stücken politischer Freiheit den Staaten West-Europas nachhinken? Und haben die Majestätsbeleidigungsprozesse für die Monarchie auch nur den geringsten Nutzen? Erhöhen sie wirklich die „Liebe des Volkes zum Herrscherhause“? Nein, und tausendmal nein! Sie gehören nicht in unsere moderne Zeit. Sie sind überhaupt etwas Fremdes auf deutschem Boden, eine Erbschaft des altmonarchischen Feudalismus, und es wäre ein Akt wirklich staatsmännischer Gerechtigkeit, wenn man sie endlich abschafft.

Parteinachrichten.

Bei der Agitation für die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Landtags-Wahlrechts in Preußen wird die bis jetzt noch nicht widerlegte Mitteilung gute Dienste leisten, daß nach dem jetzigen Wahlsystem drei aktive Staatsminister in die dritte und letzte Wählerklasse herabzurücken, weil sie nicht so viel Vermögen haben, als für den Wahlbezirk, in dem sie wohnen, zur Erreichung der zweiten oder ersten Wählerklasse nöthig ist. Keinhilfs kann bei jedem Wahlsystem passieren, das auf den Besitz gegründet ist. Eine Handvoll großer Geld kann dadurch im Staat ausschlagend werden, während Millionen von geschickten Leuten rein gar nichts zu sagen haben. Unsere Parteigenossen können darüber Näheres erfahren aus Schuppels vortrefflicher Broschüre über das preussische Wahlsystem, die in der Berliner Arbeiterbibliothek enthalten ist. Nicht übel würde dieses Wahlsystem — ein Zeugnis des geistreichen preussischen Junkertums! — nützlich in „Berliner Tageblatt“ vertritt. Danach war im Städtchen D. der Urwähler und Schlächtermeister Neumann, ein sehr reichlich begabter Herr, in der glücklichen Lage, ein Drittel der Gesamtschulden der Steuerbeiträge aller Urwähler allein aufzubringen. Wegen dieser genialen Begabung bevorzugt die Dreiklassen-Wahl Herrn Neumann damit, daß er für seine Person allein die erste Abtheilung seines Urwahlbezirks bildet.

Bei den vorigen Landtagswahlen erschien der reiche Urwähler im Wahllokal und erklärte: „Ich wähle mich selbst zum Wahlmann.“

„Sehr wohl, Herr Neumann,“ antwortete der Wahlvorsteher, protokollierte den Namen des Gewählten und sagte weiter: „Nach § 20 des Wahlreglements müssen sich die gewählten Wahlmänner, wenn sie im Wahltermine anwesend sind, sofort erklären, ob sie die Wahl annehmen. Ich richte daher an Sie, Herr Neumann, die Frage: nehmen Sie die Wahl als Wahlmann an?“

„Ich lehne die Wahl ab,“ war Neumann's Antwort. Der Wahlvorsteher guckte in sein Wahlreglement und meinte: „Dann müssen wir die Wahl wiederholen. Der § 21 des Wahlreglements schreibt vor, daß, wenn ein Wahlmann ablehnt, sofort eine Neuwahl vorzunehmen ist. Ich schreibe also zu einer neuen Wahl und frage Sie, Herr Neumann, wenn Sie im neuen Wahlgange Ihre Stimme geben?“

„Ich wähle den Schlächtermeister Neumann,“ erklärte der Urwähler würdevoll.

Etwas gereizt fragte der Wahlvorsteher: „Nehmen Sie die Wahl nunmehr an, Herr Neumann?“

Herr Neumann warf sich in die Brust und sprach stolz: „Nachdem ich durch das wiederholt ausgesprochene Vertrauen meiner Mitbürger zum Amte eines Wahlmannes berufen worden bin, nehme ich dieses Amt nunmehr dankend an.“

Sprachlich und schriftlich stillvergessen von dannen zu seinem Fräulein.

Es liegt auf der Hand, daß ein Wahlsystem, welches solche Verkommenheiten möglich macht, die reine Parodie auf den Begriff „Wahlvertretung“ sein muß. Eine Parodie darauf ist aber jedes Wahlsystem, das auf den Besitz gegründet ist. Heutzutage, wo der abgefeimteste Gannet im Hundsmantel zum Millionär wird, während selbst der Professor, der das Wissen aller Fakultäten in seinem Kopfe aufgespeichert hätte, sehr wahrscheinlich ein armer Mann bleibt, wenn er nicht zum Nutzen des goldhungerigen Proleten schreibt, heutzutage also muß das Volk jedes Wahlsystem, das nicht das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht einführt, mit Spott, Hohn, Verachtung zurückweisen.

Heiteres aus Ohlau (Schlesien). Genosse Kupfer in Ohlau wurde aus der Tischler-Innung ausgeschlossen, weil derselbe auch dem Deutschen Tischler-Vereine als Kassier angehört. Die Innung begründete ihren Beschluß damit, daß der Verband „sozialen Grundfäule“ verfolge. Auf Antrag Kupfer's hob jedoch der Magistrat Ohlau diesen Beschluß auf, da das Angehörige zu einer sozialdemokratischen Verbindung allein nicht schon als unehrenhafte Handlung anzusehen ist.

In Augsburg verhandelte am Montag Abend eine außerordentlich stark besuchte Volksversammlung über die gegenwärtigen Brots- und Fleischpreise, sowie über die Augsburger Polizeiverhältnisse. Der Referent über den ersteren Punkt, Genosse Krenner, führte aus, daß es sich keineswegs um die Inflation einer Wäcker- und Metzgerei handle, die Hauptursache der Brots- und Fleischtheuerung sei in den indirekten Steuern begründet. Den Jöllern zu suchen, aber die Wäcker und Metzger tragen auch einen Theil der Schuld, und deshalb müsse ihnen entgegengetreten werden. Die Versammlung nahm eine Resolution ein-

stimmig an, in welcher der Magistrat um den Erlaß einer Vorschrift ersucht wird, der zufolge das Brot nur in bestimmten Gewichtsmengen unter Angabe der Qualität verkauft werden darf; der Preis soll pfundweise berechnet werden, die Normierung desselben den Wäckern überlassen bleiben. Hieran referirte Genosse Bred er über die Augsburger Polizeiverhältnisse. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, in welcher der Magistrat aufgefordert wird, rücksichtslos gegen jene Beamte vorzugehen, welche ihren Instruktionen zuwiderhandeln und sich soweit hinreißen lassen, harmlose Straßenspassanten zu mißhandeln. Für den Fall, daß diesem berechtigten Verlangen keine Beachtung geschenkt werde, sei das Bureau der Versammlung beauftragt, bei der Regierung Beschwerde zu erheben. Weiter heißt es in der Resolution:

„Ferner hält die Versammlung den großen Polizeiapparat, welcher gewöhnlich bei Abhaltung von harmlosen Arbeiterfesten inszenirt wird, für vollständig überflüssig, und findet es bedeutend besser, wenn diese Beamten im Sicherheitsdienste für die Straßenspassanten zu verwendet werden. Die Versammlung erklärt ferner, daß sie es entschieden verurtheilt, wenn Polizeiorgane dazu verwendet werden, ein unter dem Gesetze stehendes Arbeiterblatt zu boykottiren und dasselbe aus den Wirtschaften zu verbannen.“

Eine plausiblere Aussperrung sozialistischer Arbeiter soll in Ungarn bevorstehen. Es heißt darüber: „Die Großwäcker-Gewerbetreibenden haben sich an die übrigen gewerblichen Korporationen in Ungarn mit einem Memorandum gewendet, in welchem sie die Gefahren des Sozialismus für das Gewerbe schildern. Gleichzeitig erklären sie, dieser Bewegung gegenüber bleibe nichts übrig, als daß auch die Arbeitgeber sich über entsprechende Maßnahmen einigen und im Wege der Handelskammern bei der Regierung um Abhilfe ersuchen. So lange dieselbe nicht geboten wird, mögen die Gewerbetreibenden sich einigen, die Anhänger und Verbreiter des Sozialismus unter den Arbeitern nicht zu beschäftigen, und die Namen solcher Agitatoren im Zirkularwege bekannt machen. Die Großwäcker-Korporationen eröffnen die Publikation der Liste sozialistischer Arbeiter, indem sie die Namen derjenigen bekannt geben, welche wegen sozialistischer Antriebe aus Großwäcker ausgewiesen wurden.“ — Wenn es die Massenbewusste Arbeiter nicht niederhalten gilt, ist das Unternehmertum immer einig, gleichviel welchem Volksstamm es angehört. Je brutaler es aber mit den Sozialisten umspringt, um so tiefer schlägt der Sozialismus in den Gemüthern der Mühseligen und Beladenen Wurzel. Die Wirtenschaft, daß Ideen aus den gewaltigen Unterdrückungsverhältnissen erst rechte Lebenskraft schöpfen, haben die Herrschenden noch nie begriffen. Das liegt daran, weil die mit der Herrschaft verbundene persönliche Isolirung der Herrschenden diesen den richtigen Blick für die Regungen des Volkswillens verwehrt.

Soziale Ueberblick.

Aufruf an alle Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend!

Kollegen! Wir haben bereits zwei große öffentliche Versammlungen abgehalten. In der ersten (Ganssow) wurden 6 Kandidaten gewählt, wovon 1 Kandidat, Wittich, ausscheidet, bleiben also 5. In der zweiten Versammlung (Kronenbrauerei Moabit) sind 3 Kandidaten gewählt worden, sonach bleiben da wir 14 Kandidaten aufzustellen haben, noch 6 zu nominiren übrig. Dieselben sollen am Montag, den 3. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, in der im Lokale der Königsbank, Große Frankfurterstr. 17, stattfindenden Versammlung aufgestellt werden. Wir richten nun an alle Kollegen die Mahnworte, doch endlich zahlreicher die Versammlungen zu besuchen und sich der modernen Arbeiterbewegung anzuschließen. Ist es nicht eine Schande, daß von ca. 70—80 Hilfsarbeitern in Berlin kaum einige Hundert organisiert sind? Geht es Euch denn so gut, daß Euer Anschlag an die Organisation überflüssig wäre? Wollen wir etwa unsere Vertretung im Gewerbegericht Leuten überlassen, die uns feindlich gegenüber stehen? Kollegen, das soll und darf nicht geschehen; wählt deshalb Kollegen, die Euer Vertrauen voll und ganz besitzen und erscheint alle Mann am Montag in der Versammlung, zu der auch Damen Zutritt haben. (Siehe Inserat in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“.)

Gleichzeitig eruchen wir unsere organisirten Kollegen, mehr als bisher mit arbeiten zu helfen und nicht selbst die Versammlungen zu vernachlässigen, wie das bei einem großen Theil üblich ist. Pflicht der Organisirten ist es in erster Linie, am Erlösungswerk mit zu arbeiten.

Mit Gruß und Handschlag
Die Agitations-Kommission
der gewerblichen Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend.

Vom Aischenbrödel „Vollschule“. Aus Sandow bei Colbitz wird der in Frankfurt a. O. erscheinenden „Märkischen Volksstimme“ geschrieben: „Verfasser dieses kam neulich nach Sandow und fand da folgende Bekanntmachung: „Die Würthe haben sich einrichten zu Mittwoch den 14. September das ein Jeder Würth zuhause ist und seine Inpoteken nummer angeben muß und von früh 8 Uhr an ganz schön döfäden.“ Sandow den 12. September 1892 Wunderlich Schulze.“ Was soll man nun erst von den übrigen Bewohnern für Kenntnisse verlangen, wenn der Schulze nicht einmal richtig schreiben kann? Wie die Jugend nun auf dem Lande in der Schule ausgebildet wird, hatte ich in Burg im Spreewald an demselben Tage noch Gelegenheit zu beobachten. Dort sah ich 17 Knaben und 19 Mädchen zum Kartoffelacker gehen. Auf meine Frage, ob denn Ferien seien, erhielt ich zur Antwort, sie seien die Schüler der ersten Klasse, hätten heute keine Schule und müßten für den Lehrer Kartoffeln ausmachen, für den Prediger müßten sie auch die Kartoffeln ausmachen, das sei hier so Mode. Für mich war dies nichts neues. Ich meine aber, man sollte doch endlich mit diesem alten Jopi brechen und die Kinder dahin schicken, wohin sie gehören, in die Schule, damit für die Zukunft zum Mindesten keine Ortsschulen mehr vorkommen können, die noch nicht einmal richtig schreiben können.“

Der Verfasser dieser Mitteilung wird wohl noch lange warten müssen, ehe man seinen Rath beachtet. Wozu braucht das Volk ordentliche Kenntnisse? Es soll arbeiten, Steuern zahlen und „das Man halten“, dabei fahren die herrschenden Klassen weit besser, als wenn das Volk im Wissen wohlbeslagen ist.

„Wegen Futtermangels“ erhobten die Junker der Spremeberger Gegend den Preis der Milch von 12 auf 15 Pf. pro Liter. Das Volk kann's ja bezahlen. Hat die Milch, sagt die Frankfurter „Märkische Volksstimme“ erst diesen Preis erreicht, so ist selbst beim reichsten Futterjahr nicht daran zu denken, daß sie jemals billiger wird. Aber unsere Großgrundbesitzer sind es nun einmal gewöhnt, von der großen Masse des Volkes schablos gehalten zu werden. Sie haben es stets verstanden, sich die Gesetzgebung so einzurichten, daß sie einen Vortheil haben,

unbekannt, dass, ob das Volk im Land verkommt oder nicht. Sie haben nicht genug an dem 40-Millionen-Fußelgeschicht, selbst die Kleinigkeit, welche die Milch bringen soll, können sie nicht entbehren.

In Eisenburg war es bisher, wie die „Burgener Zeitung“ mitteilt, bei Bäckern und Pastwaren-Händlern Sitte, die Brote unter dem Namen „Mehnbrot“ zu ganz willkürlichen Gewichten zu verkaufen. Während im allgemeinen ein „Mehnbrot“ noch ordentlicher Mehlung 9/10 Pfund wiegen sollte, kamen auch Brote bis zu 7/10 Pfund herab vor. In einer Versammlung des Allgemeinen Arbeitervereins wurde vor einiger Zeit dieser Missstand zur Sprache gebracht und man beauftragte drei Mann, die Polizeiverwaltung zu ersuchen, von dem ihr nach §§ 73 und 74 der Gewerbe-Ordnung zustehenden Rechte Gebrauch zu machen, wonach die Ortspolizei-Behörde befugt ist, die Bäder und Verkäufer von Backwaren anzuhalten, Preise und Gewicht der verschiedenen Backwaren durch einen Anschlag im Verkaufsstelle bekannt zu geben und dazwischen eine Waage zum Nachwiegen anzustellen. Diesem Entschlusse hat die Polizeibehörde nun Folge gegeben, indem sie bestimmte, daß vom 1. Oktober an die genannten Einrichtungen in Kraft zu treten haben. — Die Arbeiter sollten in jedem Orte darauf dringen, daß derartige Bestimmungen erlassen werden.

Schloßunterliches. Die Arbeiter einer Chemiker Fabrik blieben Mittags oder gegen Abend häufig auf die in der Fabrik angebrachte Kontrolluhr, um zu sehen, ob die Arbeitszeit noch nicht bald um sei. Da ließ der Fabrikbesitzer durch den Klempner — mit einer Schutzschlange die Uhr verdecken. Die Schlinge, welche der Uhr nach der Uhr in Anspruch nahm, war ja auch eine frevelhafte Zeitvergeudung.

Unternehmer-Praktik. Das Bremerhavener Gewerkschafts-Komitee hat auf das vom Vorstande der Vereinigten Fischdampfer-Rhedereien, dem Rheder Bisting, eingegangene Gesuch, zwecks Besprechung über eine Lohnverfugung der auf den Fischdampfern beschäftigten Arbeiter in Unterhandlung zu treten, die gut motivierte Erklärung abgegeben, daß in diesem Vorgehen der Rheder „eine Ausnutzung des zur Zeit unter der arbeitenden Bevölkerung herrschenden Arbeitsmangels zum Zwecke der eigenen Bereicherung“ erblickt werden müsse. Es übertrug die weitere Behandlung der Angelegenheit den Vereinen der Matrosen, Feizer und Kohlenfischer Bremerhavens, weil diese die einschlägigen Verhältnisse am besten kennen, und verpflichtete sich, ihnen thätigste Beizusprechen.

„Entbehrungslohn“ des Kapitals. Die Württembergische Rattmanufaktur in Heidenheim feierte im Geschäftsjahre 1891/92 ihren Bruttogewinn von 388.861 M. im Vorjahre auf 505.769 M., den Nettogewinn von 261.413 M. auf 441.953 M. Der Ausschichtungsplan schlägt vor, hiervon 313.900 M. als Dividende von 14 pCt. (1890/91 10 pCt.) zu verteilen.

Die Chinesenfrage, d. h. die Einführung von Chinesen als Arbeiter, steht jetzt in Frankfurt am Main zur Tagesordnung. So hat in der Abgeordnetenversammlung der Abg. Costa-Machado bereits 6 lange Reden zu Gunsten der Chinesen gehalten. — Die Plantagenbesitzer würden in der Einführung der billigen, bedürfnislosen Chinesen einen Ersatz für die befristete Sklavenarbeit erblicken, die Industriellen würden mit den Plantagenbesitzern in der Heranziehung von Chinesen wetteifern, die Ueberflutung durch Chinesen würde die einheimische Arbeit verdrängen und jede fortschreitende Kulturentwicklung hemmen. Die massenhafte Einführung von Chinesen würde den Kapitalisten billigere Produktionsmittel zuführen, aber zugleich auch der erhöhten Produktion die Konsumenten rauben.

Ueber die sanitären Zustände in Dresdner Bäckereien wurden in der am 29. September abgehaltenen Versammlung der Bäckergehilfen interessante Aufschlüsse gegeben. Nach dem Bericht, welcher darüber der „Sächs. Arb.-Ztg.“ zugeht, stehen den Arbeitern in den Bäckereien zum Reizen ihres Körpers keine besonderen Räume zur Verfügung, sondern die Reinigung muß in denselben Räumen erfolgen, wo die Backwaren hergestellt werden. Ebenso müssen dazwischen die Mühlsteine eingekommen werden; die Abfälle derselben bleiben häufig genug in den Backräumen liegen und verbreiten dann einen ekelhaften Geruch. Die Arbeitsräume befinden sich meist im Keller und sind deshalb in der Regel feucht, dazu ohne Fenster und Ventilation, ferner voller Ungeziefer. Die Schlafstätten sind als Aufsteckbänke zu bezeichnen; sie befinden sich gleichfalls meist im Keller oder unter dem Dach und bestehen dann in einem Bretterverschlag, dessen Jagen mit Papier verklebt sind, von welchem die Fäden herunter hängen; so daß es höchst feuergefährlich ist, wenn die Arbeiter des Abends sich umkleiden wollen und mangels einer Latrine mit dem Streichholz oder legend einem Stüchchen Licht den Raum beleuchten müssen. In einem solchen Raum liegen 5-6 Personen und noch mehr zusammen, die Bettstellen stehen übereinander. Es kommt häufig vor, daß 2 Personen in einem Bett zusammen schlafen müssen. Die Räume sind ebenfalls voll Ungeziefer und schmutzig. Die Bettstätten und Handtücher sind meist in schmutzigen Zustände; es kommt vor, daß es die Woche über nur zwei Handtücher gibt, welche schon in einem Tage durch Schmutz so hart werden, daß es unmöglich ist, sich daran abzutrocknen, weshalb die Arbeiter ihre eigene Kleidung oder die Reihstücke dazu benutzen müssen. In einer Bäckerei befinden sich die Wasserauslässe in den Backräumen und werden gleichzeitig als Pissoirs benutzt; die Röhren gehen durch die Schlafräume der Arbeiter. Tüngergrube und Abort befinden sich dicht an den Backräumen oder Backöfen, so daß durch die Wärme sich Dünste entwickeln, die sich nicht beschreiben lassen, und in diesem ekelregenden und gesundheitsgefährlichen Dunst müssen die Arbeiter die notwendigen Lebensmittel herstellen. Daß von den Backstücken Abgetragene wird mit in „echte“ Braunschweiger Pfefferkuchen verarbeitet. In einer anderen Bäckerei befindet sich der Abort dicht neben den Schlafräumen der Gesellen, die Räume sind aus Holz gebaut und es herrscht darin eine Amöbophobie, daß dort arbeitende Gesellen wiederholt krank geworden sind. Die Gefellenwahl ist zur Abhilfe dieser Mißstände allein zu ohnmächtig, weil Jeder die Mahregelung fürchtet, welche bei der Innung an der Tagesordnung ist, zumal Arbeitslosigkeit von 1/2 bis 1 Jahr gar nichts Seltenes.

Von seiten der Gehilfen ist der Dresdner Magistrat im Wege einer Eingabe auf die in den Bäckereien herrschenden Uebelstände aufmerksam gemacht worden. Nach 10 Wochen kam der Bescheid, der Rath habe jetzt nicht genügend Zeit, sich mit dieser Eingabe zu befassen! Die erwähnte Bäckerversammlung sprach darüber ihr Bedauern aus und beschloß, die geschuldeten Zustände dem Publikum bekannt zu machen. Mit der Sonntaggrube der Gehilfen steht es, wie zum Schluß bemerkt sei, nicht besser. In vielen Werkstätten wird während des Gottesdienstes fortgebildet, in vielen um 1/2-9 Uhr aufgehört und um 11 Uhr wieder angefangen, wodurch dann die Arbeiter um den ganzen Sonntag kommen.

Die „Sächs. Arbeiter-Zeitung“ ersucht nun den Dresdner Magistrat um Interesse der ganzen Einwohnerschaft auf dringende um Abhilfe und meint durchaus zurecht: Der Rath würde dem Vorwurfe der leichtfertigen Gefährdung der Einwohnerschaft mit vollem Rechte verdienen, wenn er weiter auf dem Standpunkte verharre, „keine Zeit dazu zu haben.“

Für die Innungen sind die geschuldeten Uebelstände, die in anderen Städten Deutschlands in nicht geringerem Maße bestehen werden, ein Armutshilfsmaß, wie es blamabler kaum gedacht werden kann.

Versammlungen.

Die außerordentliche Mitglieder-Versammlung der Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinhauer (Weißbinder), Sockenture etc., welche am 18. September stattfand, wählte folgende Kollegen zu Hilfskassen: für den Norden Karl Schulz; für den Osten Wilhelm Schulz; für den Süd-Osten Otto Fuhrmann; für den Süd-Westen Karl Köhler; für den Westen Fritz Buttsche; für Noabit Karl Lutz. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Ersatzmänner für Anträge, gab der Bevollmächtigte der örtlichen Verwaltung dahin Aufschluß, daß diese Wahl nach dem jetzt bestehenden Gesetz nur alle zwei Jahre stattfinden, jedoch noch Ersatzmänner vorhanden seien. Wenn aber die Mitglieder der Versammlung trotzdem darauf bestanden, da Dietrich als erster und August Janick als zweiter Ersatzmann ihren Voten niedergelegt haben, die Wahl vorzunehmen, so bliebe abzuwarten, ob die Wahl genehmigt würde. Die Versammlung beschloß die Wahl vorzunehmen und verlangte deren Behätigung. Gewählt wurden dann als Bevollmächtigter für Anträge Karl Behrend, Blumenhaller, 5, als Ersatzmänner Karl Dienert, Melchiorstr. 26, vorn 1 Tr. rechts, und Fritz Hupke, Am Friedrichshain Nr. 3. Beim Punkt „Innere Angelegenheiten“ entspann sich eine lebhafteste Debatte über die Befähigung der Hilfskassen. Die Versammlung beschloß die Erledigung der Lotterielage jedesmal der Mitgliederversammlung zu überlassen und nicht einzelnen Personen das Recht zugeben, darüber zu bestimmen. Die Zahlstellen und Wohnungen der Hilfskassen sind: im Norden: Karl Schulz, Engenauerstr. 7, S. 3 Tr. (Kassirt 1. Montag Abend von 8-10 Uhr, Köslinerstr. 17 beim Restaurateur Wendi, 2. Sonntagabend von 8-10 Uhr, Veteranenstr. 22 bei Petersohn, 3. Sonntag Vorm. von 8-10 Uhr, Diebensohner und Tredeowstr.-Ecke, bei Schmidt); im Osten: Wilhelm Schulz, Postenstr. 12 (Kassirt Sonntag Vormittag von 9-12 Uhr, bei Böhl, Riederbornerstr. 6); im Süd-Osten: Otto Fuhrmann, Oppelnerstr. 27 (Kassirt Sonntagabend von 8-10 Uhr, und Sonntag Vormittag von 9-12 Uhr, bei Hoffmann, Waldemarstr. 61); im Westen: Fritz Buttsche, Obdenstraße 9, S. 3 Tr. (Kassirt Sonntagabend und Montag Abend von 8-10 Uhr, bei Behrend, Blumenhaller, 5); im Süd-Westen: Karl Köhler, Schenkendorferstr. 4 (Kassirt Montag Abend, bei Paul, Böhlstr. 12, und Sonntagabend bei Kofe, Sneyenauer- und Schleiermacherstr.); Noabit: Karl Lutz, Strephanstr. 41 (Kassirt bei Holzbecher, Dreyestr. 3, in der alten Zahlstelle).

In Schöneberg tagte am 18. September eine Vereins-Versammlung der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter. Zunächst verlas der Vorsitzende folgende Abrechnung vom Stiftungsfest: Einnahme 141,65 M., Ausgabe 133,25 M., Ueberschuß 8,40 M. Der Ueberschuß ist der Vereinskasse zugewiesen. Dann sprach Genosse Wille über die gegenwärtig in Deutschland herrschenden Uebelstände. Sein Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Der Referent forderte noch zum Abonnement auf „Vorwärts“ und „Vollblut“ für Letzter-Beitrag auf und rief vom Leben gewisser gegnerischer Blätter ab, wobei er erwähnte, daß die Arbeiterpresse ja auch die Interessen der Bau-Arbeiter wirksam vertrete. Nachdem noch die Kollegen Klinge und Behrend im Sinne des Referenten gesprochen hatten, gab der Vorsitzende bekannt, daß die nächste Vereinsversammlung am 16. Oktober in Jakob's Salon, Grunewaldstr. 110, stattfinden.

Eine öffentliche Versammlung der Maurer und Fuher Berlins tagte am 25. September in den Krinshallen. Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung: „Unser Kampf ums Dasein“ referirte Herr Schiller Schmidt. Derselbe führte an der Hand reichlicher statistischer Material aus, wie sich die Lebenshaltung des Arbeiters von Jahr zu Jahr verschlechtert, die Lebensmittel vertheuert werden und die Arbeitszeit anstatt vermindert nach der Produktion geregelt, im Gegentheil verlängert wird. Zum Schluß seiner Ausführungen erwähnte er die Auswiesenden einzutreten in den Kampf zur Befreiung der Arbeiter und sich zu diesem Zwecke der Organisation in gewerkschaftlicher sowohl, als auch in politischer Beziehung anzuschließen und thätigst dafür einzutreten. In einer Resolution, die einstimmig zur Annahme gelangte, sprach die Versammlung zu den Ausführungen des Referenten ihre Zustimmung aus und erklärte:

1. In Erwägung: Da unsere wirtschaftlichen Verhältnisse, herbeigeführt durch die Ausbeutungsfucht der Unternehmer, täglich schlechter werden;

2. ferner, da wir durch die Uneinigkeit, welche unter den Berlinern herrscht, mehr und mehr dem trivolen Spiel der Unternehmer ausgesetzt sind, verpflichten sich sämtliche Maurer und Fuher Berlins und Umgegend, sich dem Zentral-Verband der Maurer Deutschlands anzuschließen, um dann vereint dem zentralorganisirten Unternehmertum entgegenzutreten.

Darauf erstattete der Vertrauensmann der Fuher, Kollege Jörker, folgenden Kostenbericht:

Einnahme: Kassenbestand im August 1891 430,50 M., für Marken gingen ein 31,70 M., Zellerfahrungen 246,90 M., auf Sammelstellen 2108,20 M., Summa 2824,30 M. Ausgabe: für Agitation 188,40 M., für Annoncen 117,10 M., für Druck-sachen 55,— M., für Porto 7,05 M., für Krankenunterstützung 21,65 M., an die Geschäftsleitung 200,— M., an die freireisenden Buchdrucker 1900,— M., an die freireisenden Weber in Rixdorf 50,— M., Summa 2589,20 M. Bilanz: Einnahme 2824,30 M., Ausgabe 2589,20 M., bleibt Bestand 235,10 M.

Die Abrechnung des Vertrauensmanns der Maurer, Kollegen Klingenberg, ergab:

Einnahme: Durch Klingenberg 345,65 M., durch Boitshach 251,20 M., durch Franke 345,70 M., durch Michale 115,40 M., durch Gröppler 4,— M., durch Fellerhoff 8,80 M., durch Herrk 93,90 M., durch Schulz 24,30 M., Summa 1126,95 M. Ausgabe: An die Geschäftsleitung 200,— M., für Inserate, Druck-sachen, Porto 11,19 M., für Agitation 54,— M., Summa 642,19 M. Bilanz: Einnahme 129,76 M., Ausgabe 642,19 M., bleibt Bestand 144,76 M. Außerdem wurde auf Voten für die freireisenden Buchdrucker gesammelt 181 M. 95 Pf., welcher Betrag in der Abrechnung der Buchdrucker zu finden ist.

Beide Abrechnungen wurden von den Referenten für richtig anerkannt, worauf die Versammlung den Vertrauensmännern Entlassung erteilte. Es wurde sodann zur Neuwahl der Vertrauensmänner geschritten. Aus derselben gingen als gewählt hervor für die Fuher: Kollege Friedrich Wälsche, Lühbenstr. 26, und für die Maurer: Kollege Heinrich Schigolski, Schwedterstr. 27, Seitenst. I. An dieselben sind von jetzt ab Zusendungen oder Anfragen zu richten.

Die Freie Vereinigung der Getreidebäcker und Zweierarbeiter hielt am 23. September eine öffentliche Versammlung ab, in welcher die Delegirten von der am 11. September in Berlin stattgehabten Konferenz der im Handelsgewerbe Angestellten Bericht erstatteten. Dann referirte Genosse Dr. Sätgenau mit großem Beifall über die allgemeine Arbeiterbewegung und ihre Ziele. An der Diskussion theilnahmen sich Seutler und Otto im Sinne des Referenten, hauptsächlich zur regen Agitation aufzufordern. Darauf beschlossene Maßnahmen die Aufrechterhaltung des politischen Taxis des Unternehmers gegenüber. Die gegnerische Presse wurde scharf kritisiert und man forderte zu reichlicheren Voten der Arbeiterblätter auf. Einstimmig wurde dann folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen der Delegirten der Konferenz voll und ganz einverstanden, ebenso mit den Ausführungen des Referenten über die allgemeine Arbeiterbewegung und ihre Ziele, und verspricht, hauptsächlich dahin zu wirken und zu arbeiten, daß unsere Vereinigung immer größer wird, denn der Einzelne kann sich nur dadurch helfen, daß er sich dem Großen und Ganzen anschließt, sonst ist er dem Kapital gegenüber machtlos.“ Darauf

wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung und die Sozialdemokratie geschlossen.

Eine Bezirksversammlung des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter, einberufen für den Norden begm. Noabit, tagte am 18. September im Weddingpark. Ueber den 1. Punkt der Tagesordnung, Fortsetzung der Diskussion über den Staatssozialismus, wurde kurz hinweggegangen. Dann erledigte man Vereinsangelegenheiten.

Der Zentralverband der Glaser und verwandter Berufsgenossen beschloß, öffentliche Versammlungen nicht abzuhalten. Die Zusammenkünfte der Mitglieder finden am Dienstag vor dem 15. jeden Monats in der Herberge statt.

Literarisches.

Bei der Redaktion eingegangene Schriften:
Das Versammlungs- und Vereinsrecht Deutschlands. Herausgegeben von Dr. G. V. Mascher. Berlin, J. J. Neine's Verlag. Gebunden 2 M.
Die bürgerliche Kunst und die beschlossenen Volksklassen. Von Dr. E. Reich. Leipzig, Wilhelm Friedrich.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. B. Dieck Verlag) ist soeben das 1. Heft des 11. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Zum zehnjährigen Bestand der „Neuen Zeit“ — Pluffo-Berufliche. — Ueber historischen Materialismus. Von Friedrich Engels. — Der Kongreß der britischen Trades-Unions. Von Edward Aveling. — Feuilleton: Kunde von Nirgendwo. Einige Kapitel aus einem utopischen Roman von William Morris.

Briefkasten der Redaktion.

H. V. Befahren Sie doch den deutschen Unterricht der Arbeiter-Schulungsschule. Sollte Ihnen das nicht möglich sein, werden wir Ihnen ein entsprechendes Buch nennen.

Ueber Abonnement Näheres: Der betreffende Genosse soll sich an den Magistrat seiner Heimathstadt wenden. Sollte ihm ein dauernder Schaden an seiner Gesundheit entstehen, so hat er die Militärbehörde dafür regresspflichtig zu machen.

H. G., Wrangelfstraße. H. V., Schwedterstraße, M. S., Beustelstraße. Sie wollen die von ihnen geschuldeten Mißstände Ihren Gewerkschaften melden. Diese sind berufen, Abhilfe zu schaffen.

Altenburg. Ueber den Prozeß haben wir schon berichtet. A. G., Berlin. Auch wir können die Frau nur auf den Weg der Privatklage verweisen, da wir anderenfalls nur eine Anklage zu gewärtigen hätten, für welche wir den Beweis der Wahrheit nicht erbringen können.

Nachow-Jarchow. Das Königreich Westfalen wurde von Napoleon I. zufolge der Bestimmungen des Tilsiter Friedens zwischen Elbe und Rhein durch Dekret vom 18. August 1807 gegründet. Der Friede zu Tilsit hatte Napoleon zum Herrn aller preussischen Provinzen bis zur Elbe gemacht; auch hatte er sich in den Besitz der Länder der Kurfürsten von Hessen und Hannover und des Herzogs von Braunschweig gesetzt. Aus einem Theil dieser Länder bildete er in dem Königreich Westfalen einen Provinzialstaat seines Reichs. Das Königreich Westfalen umfaßte einen Flächeninhalt von 88100 Quadratkilometern mit damals 1.946.845 Einwohnern. — Der westfälische Friede wurde 1848 zu Münster und Osnabrück geschlossen. Durch denselben wurde der dreißigjährige Krieg beendet.

H. R. 1000. Ein Vater ist nicht verpflichtet, eine von seinem Kinde geschlagene Fensterscheibe zu ersetzen, außer wenn er dem Hauswirth gegenüber im Miethekontrakt solche Verpflichtung übernommen hat. Weist hiernach eine Erbschaft, so ist der volle Werth der Scheibe zu ersetzen, auch wenn es eine Vergütung war.

Chausseestr. 94. Der Betreffende darf in Berlin arbeiten, aber nicht hier wohnen.

G. A., Staligerstraße. Sie müssen die rückständigen Steuern bezahlen.

H. H. Heinrich Brine ist auf dem Pare-Lachaise begraben.

G. B., Annmelsburg, Thurfchmidtstr. Wir können Sie mit Ihrer Warnung nur auf den Interzessentheil verweisen.

H. R. 1856. Sie müssen den Vorkreditor privatim verklagen. Erst beim Schiedsmann, dann gerichtlich.

H. R. 100. Es ist eine alte juristische Streitfrage, welches Recht für die Ansprüche eines unehelichen Kindes gegen den Vater zur Anwendung kommt. Nichtiger Ansicht nach das Recht des Geburtsortes. In dem mitgetheilten Falle ist also der Vater an sich zur Alimentation verpflichtet.

G. W. 507. Beide Eheleute mögen in einem gemeinsamen Testament, an die betreffende Abtheilung des Amtsgerichts unter Angabe des Alterszeichens zu richtenden Schriftstückes Widerspruch gegen den Zahlungsbefehl erheben.

H. R. 555. Sie sind im Rechte, die Abmachung mit den Schlossherren in diesem Fall auf die neue Wohnung mit übertragen und bis zum 1. November gültig.

H. 49. Das läßt sich schriftlich nicht recht beantworten; zu mündlicher Auskunft sind wir bereit.

Berlin R. Durch den Zahlungsbefehl wird die Verjährung unterbrochen, es beginnt eine neue Verjährungsfrist zu laufen. Ist Widerspruch erhoben, und handelt es sich um ein Objekt von über 900 M., so verliert der Zahlungsbefehl jede Wirkung, wenn nicht binnen 6 Monat und 2 Wochen nach der Zustellung derselben die ordentliche Klage gestellt wird.

Zwei Bettende. Der Steuererheber kann die Steuer nicht direkt vom Arbeitgeber des Zahlungspflichtigen einziehen. Es kann aber wegen rückständiger Steuern Arbeitslohn gerichtlich gepfändet werden.

H. 50. 1. Gebührenlagen der Anwälte können nach ausbrechtlicher Gesetzesvorschrift bei demjenigen Gerichte angestrengt werden, bei welchem der Prozeß schwebt, aus welchem die Gebührenforderung herrührt. 2. Ob liegt zwar objektiv eine Unterschlagung; es vor würde aber wohl angenommen werden, daß der betr. Sojus nicht das Bewußtsein der Rechtsverletzung hatte, und dann erfolgt Freisprechung.

G. 100. Der Sold der Unteroffiziere ist unpfeindbar. Vielleicht würde aber das Votations-Kommando auf eine dahingehende Eingabe hin den Unteroffizier zur Leistung von Renten-zahlungen veranlassen.

1000. Ihre Anfrage wegen Kündigung der rauhenden Wohnung ist nicht recht klar. Zu mündlicher Auskunft sind wir bereit.

Kastanien-Allee. Die alte Kündigung bleibt in Kraft. Die neue Urkunde, daß Sie eine andere Wohnung beziehen, ist als mündliche nur gültig, wenn die Miethe für ein Jahr oder für die etwaige längere verabredete Miethedauer 100 Mark nicht übersteigt.

H. V., Dieffenbacher. Dem Pfand- und Retentionsrecht des Hauswirthes unterliegen auch die von der Ehefrau des Miethers eingebrachten Sachen, sofern dieselbe nicht entweder zum persönlichen Gebrauch der Ehefrau bestimmt sind, z. B. Kleidungsstücke und Leibwäsche, oder durch einen Ehekontrakt der Ehefrau vorbehalten sind.

Soznowice. Ihr Inserat kostet 1,00 M.